

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verantwortlicher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonntag, den 23. Oktober 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verantwortlicher: Amt IV. Nr. 1984.

Lueger.

Aus Wien wird uns vom 21. Oktober geschrieben:

Seine Fackeln werden leuchten und die Sängler werden nicht singen am St. Luegertag. Wohl blieb von dem mit allen Künsten der Varietepolitik angehäuftes Festprogramm noch manches übrig, aber der Sonntag, der das große Schauspiel der Huldigung Wiens, den Fackelzug und das Niesenständchen bringen sollte, der große Tag, wo vor dem allgewaltigen Bürgermeister das Wiener Volk befehlen sollte, der wird Herrn Lueger in bleiberner Langeweile verschieben, und obwohl ihm die Noten ihn besahret haben, wird ihn Herr Lueger im Kalender seiner Festtagsfreuden nicht rot anstreichen. Es liegt ein Stachel graufamer Logik darin, daß Lueger, der stets ein zügelloser Mensch war, selbst es gewesen, der durch ein zügelloses Wort den Nimbus vernichtet, den er an seinem Geburtstage glanzvoll erhöhen wollte, daß er selbst den Wahn, daß die Millionenstadt zu seinen Füßen liege, zerstört, daß er selbst die ganze Fülle von Haß und Verachtung, die er durch Jahre in den arbeitenden Massen gehäuft, mit dem eigenen ruchlosen Worte lebendig gemacht und entzündet hat. So stark ist dieser Haß, daß er dem alten Demagogen nun geradezu körperliche Angst erregt. Obwohl heute im Landtage die Entfristungskomodie mit allen Regiekünsten gespielt wurde und die Regierung ob des Verbotes nach allen Regeln christlichsozialer Schimpfkunst behandelt wurde, weiß doch jeder, daß der Fackelzug nur verboten wurde, um Herrn Lueger von den Arbeitergratulantien zu befreien. Die Arbeiter, an deren Ehre Lueger schonlos gegriffen, haben ihn von den Straßen „seines“ Wiens weggejagt.

Mit seinem unsäuglichen Wort hat Lueger die gesamte Wiener Arbeiterschaft beschimpft und jeden Arbeiter persönlich gekränkt; das ist sicher nicht die Zeit, den Mann und sein politisches Werk unbefangen zu prüfen. Aber wenn sonst dreißig Jahre politischer und sehr umfassender Tätigkeit nicht nach einem einzelnen Worte beurteilt werden dürfen, so ist es mit Lueger und seinem Ausspruch anders. Freilich ist ihm jenes Rästertwort nur unbewußt entsprungen und am wenigsten hat er bedacht, daß es und welche Folgen es haben könnte. Aber herausgenommen kann aus dem Menschen nur, was in ihm steckt, und wenn grenzenlose Rohheit unbewußt verübt wird, wenn die freche Schmähung, die je ein Politiker gewagt, so kalt und gefühllos, ohne die Entschuldigung einer gesteigerten Aufregung oder einer besonderen Heftigkeit, wenn sie gleichsam in ruhigen Konversationsstone verübt wird, so sagt sie erschöpfend an, welcher Art Charakter der Mann ist, der sie verbricht. Und deshalb hat jenes Schandwort geöffnet, welcher Art die moralischen und ethischen Begriffe sind, die den Schöpfer der christlichsozialen Partei erfüllen, die er, und seine Partei mit ihm, verkörpert. Die gewissenlose Frechheit jener Beschimpfung ist eben keine Ausschreitung, die dem sonstigen Wesen des Menschen nicht zur Last zu legen wäre: sie ist eine Fortsetzung dessen, was Lueger immer getan, ein Ausdruck einer Ordinarität des Empfindens, des Denkens und Handelns, welcher Wahrheit, Redlichkeit, Anständigkeit, welcher alle sittlichen und moralischen Schranken allimmer fremd geblieben sind. Was sich durch Luegers gesamtes Wirken zieht, was diese politische Karriere bewirkt und erzeugt hat, was ihm den vielen Nachlauf gesichert, was ihm seine großen Erfolge gebracht, das war nie etwas anderes als die Aufpeitschung der Vöbelinstinkte in der menschlichen Kreatur, die Vernichtung und Entwürdigung ihrer Tüchtigkeit. In diesem anscheinend so gemüthlichen Wiener, in dieser von selten Naturen so gepriesenen Urbanität steckt nur Gemeines, und die Entfesselung dessen, „was uns alle händigt“, des Gemeinen, ist Luegers Glück und Sieg.

Herr Lueger wird in Wien aufs Blut gehaßt und zu Tode verachtet; das ist nur allzu begreiflich. Wohl mögen sich seine alten Gegner im bürgerlichen Lager mit ihm alle abgefunden haben, in dem vergeßlichen Ringen gegen diese agitatorische Großkunst zermürbt worden sein — die Arbeiter, die er beschimpft, verfolgt, betrübt, die aber stehen wie eine Mauer da und an ihrer Entschlossenheit und Geschlossenheit hat die Mär von dem „geliebten Volkemann“ ein Ende. An sich ist Lueger gar keine Scharfmachernatur — wenn er und seine Leute jetzt auch die blutrünstigsten Scharfmacherreden in Europa führen —, und kein politisches oder soziales Veremntnis — damit nimmt es der hundertmalige Renegat überhaupt nicht ernst — ist es, das ihm gegen die Arbeiterbewegung jene grenzenlose Schaffigkeit eingepflanz hat, die in der berüchtigten Landtags-Äußerung so abscheulich hervorgebrochen ist. Es ist einfach die Wut, die den von niedrigster Eitelkeit verführten Menschen darob erfüllt, daß ihm die Arbeiter die Reberenz versagen, daß sie sein elendes Gouletspiel durchschauen und ihr Urteil in dem nicht feinen, aber ganz sachgemäßen Worte zusammenfassen: „Wui Lueger! Nichts ist selbstverständlicher als dieses Urteil der Arbeiter, denn ihrem auf den politischen, sozialen und intellektuellen Fortschritt der breiten Massen gerichteten Streben muß der nichts-nützige Demagoge als der schlimmste Verderber des öffentlichen Lebens erscheinen, als der Verwüster aller Keime der Entwicklung und Vervielfacher der bürgerlichen Kultur, die in dieser uralten Domäne des römischen Merkantilismus errettet worden ist. Was Lueger an der Wiener Arbeiterschaft gefressen, wie er sie in der Gemeinde, dem Eige seiner Macht, mit betrügerischen Listen erst um das geschädigte Recht gebracht und sie bei jeder Wahl auf neue veranlaßt: das ist in dem Gedächtnisse des Proletariats unverlöschlich und unsäugbar eingetragener und der Kampf gegen Lueger und die Luegerer ist ihm der Kampf gegen seinen schlimmsten und verächtlichsten Feind.

Aber Herr Lueger wird in Wien und in Oesterreich nicht bloß gehaßt und verachtet: er wird auch, und nicht von wenigen, fanatisch geliebt, unermesslich bewundert, er besitzt eine Popularität,

wie sie in Oesterreich niemals, in Europa selten ein bürgerlicher Politiker besessen. Das zeigen am wenigsten eheulich seine großen Wahlerfolge an — denn diese werden zum größten Teil nur durch einen raffinierten Wahlschwindel hervorgebracht, der nur deshalb nicht bloßgelegt werden kann, weil der Besitz der Wahlmaschinen ihn undurchsichtig macht. Aber man mag von dem Jubel, der Herrn Lueger bei jedem öffentlichen Auftreten umrauscht, noch so viel auf das Konto einer unermüdeten Regie setzen, in den unzähligen Luegerfesten das Wollen einer betrieblichen Inszenierungskunst erblicken, in dem ewigen Gelärm den alten Haug der Wiener zu Heß und Spelktatel erkennen, in der Huldigung auch scheinbar unabhängiger Menschen, die sich gleichfalls einzustellen pflegt, den österreichischen Verdensinn konstatieren, der sich vor jedem Erfolg blüht und aber dem erlangten Ruhm die Mittel vergißt, mit welchen er hervorgebracht wurde: es bleibt doch viel echte Begeisterung übrig, ungeheure Liebe, die auch standhält gegenüber dem größten Gebaren der schrecklichen Mordlinge der Partei, die unerschütterlich bleibt, obwohl die wüsten Szenen dieser Gemeinderats- und Landtagsverhandlungen jedes bessere Gefühl abstoßen müssen und gerade in Wien, dem ein gewisser Schönheitsfleck zu eigen war, die größte Abneigung wecken sollten. Natürlich hat die Popularität Luegers viele Ursachen und mannigfache Ursachen und darunter steht gewiß nicht an letzter Stelle, daß Lueger mit seinen spärlichen Vorzügen und seinen unübersehbaren Lasten doch immer eine Persönlichkeit war, die in Oesterreich, diesem gesegneten Lande der Jugendmenschen, auffallen mußte. In diesem Lande der Kavallerminister und blutlosen Provinzialradikalen als Parteiführer mußte ein Mensch auffallen und starke Empfindungen auslösen, der, zum erstenmal in der bürgerlichen Welt, sich auf große Massen stützen wollte, der nicht durch Verbindungen und Empfehlungen von Noterren, sondern durch die Kraft der Wählermassen seinen Weg zu machen suchte. Viel war ja auch an dem „Demokraten“ Lueger nicht, und das „Volk“, mit dem er die Position der Liberalen füllte, waren nur die durch Herabsetzung des Jenseits auf fünf Gulden zur ausschlaggebenden Macht erhobenen Kleinbürger; immerhin war es in dem Leben des vielgewandten und vielgewanderten Demagogen seine relativ anständigste Zeit. Von ihr empfing er auch die Geberde der Volkstümlichkeit, die Kunst der agitatorischen Phrase — die heute freilich, wo der Inhalt seines Strebens nur die Befriedigung einer unermesslichen Eitelkeit ist, nichts mehr ist als eine Schale ohne Kern. Den neuen Mitteln der Luegerschen Agitationsart gefellte sich aber auch ein Ziel, das geeignet war, die so bunte Menge der Kleinbürger zu einer Einheit zusammenzufassen: der Antisemitismus. Daß in der vorluegerschen Zeit auf Wien eine aus korrupten Politikern, rückständigen Mandatsträgern und unduldsamen Zeitungen bestehende Judenherrschaft lastete, daß weiter der unerschöpfliche Zugang von Juden für die leichtfertigen Wiener wirtschaftliche Kompilationen hervorrief und daß dies alles in den ökonomisch zerrütteten Kreisen der Kleinbürger aller Arten und Grade eine Wirkung erzeugte, die dem Ausdruck des dumpfen Gefühls die Lorbeerkrone eines Weissas sicherte: das alles ist wahr und erhält jene Popularität auch jetzt am Leben, obwohl die Hohlheit der antisemitischen Rettungsidee seitler mehr als offenkundig geworden ist. Aber über allem beruht Luegers Popularität auf der Tatsache, daß der Mann der getreueste Ausdruck des Wienerturns ist, daß er seine Melze widerpiegelt, seine Fehler und Laster ohne Rest wiedergibt und die große Kunst trifft, sie als Tugenden erscheinen zu lassen. Ist es nicht der charakteristischste Umstand dieser Karriere, daß eines ihrer besten Hilfsmittel die leibliche Beschaffenheit des „schönen Karl“ war, daß eine große Stadt in ihrem politischen Führer nicht mehr sehen wollte, als eine beliebte Brettlbidn? Die Abneigung des Wiener vor Sachlichkeit, sein Haug zu Spektakelfolgen, seine Zuspihung alles Dinglichen aufs Persönliche, sein Bedürfnis, immer eine populäre Persönlichkeit zu besitzen, was früher im Theater befriedigt wurde, jetzt in der Politik sein Genügen sucht: all das hat den Mann, der die Schablonenagitation so modernisierte, alle Einrichtungen des öffentlichen Lebens in den Dienst seiner Agitation zu stellen wußte, so riesig beliebt und geliebt gemacht. Lueger ist Fleisch vom Fleisch der Wiener; in ihm steht der kleine Mann — und wie zahlreich ist dieser in dieser eminent Kleinbürgerlichen Stadt! — seinen eigenen Aufstieg, befriedigt er eigenen Ehrgeiz. Was gemein ist in den Menschen: daran hat sich Lueger gewendet; und die Rechnung trotzt ihm nicht. Sie lieben ihn, weil in dem Spiegel seines Wesens ihre Fehler und Laster als heroische Tugenden erscheinen.

So ist Lueger der „Erzieher“ der politischen Parteien in Oesterreich geworden. Erzieher, was gleichbedeutend ist mit Verderber. In die politische Agitation hat er die zwei großen Hilfsmittel eingeführt und sie beide zur größten Vollendung gebracht, aus welcher sich heute die österreichische Politik zusammensetzt: Demagogie und Terrorismus. Nur so konnte er diese merkwürdigsten aller Parteien schaffen, die vom Hof bis in die Kloake reicht: indem er mit demagogischen Künsten das anspricht, was jeder zu hören wünscht, dem alten Kaiser sich mit loyalem Patriotismus anbietet, dem frommen Erzherzoge eine Renaissance des Merkantilismus in Aussicht stellt, den Handwerker mit zünftlerischen, den Fabrikanten mit industriefreundlichen Tendenzen sich naht, im selben Atem für Lebensmittelpolitik wie gegen eine Keuerung wektert, die Arbeiter mit einer fassigen Bonhomie ködern will, für alle ist und gegen alles, je nachdem die Schicht geartet ist, die er bearbeiten läßt und gewinnen will. Ein Volkemann, der ein strapelloser Demagoge ist, an dem nichts echt ist als seine Falschheit. Der für sich mittelst der Demagogie wirkt und gegen alle einen strapellosten Terrorismus entfaltet. Daß er die politischen Parteien überall dergewaltigt, wo die Startheit der gesetzlichen Bestimmungen es nur immer ermöglicht, das ist eigentlich selbstverständlich. Aber die Luegerleute machen nirgendwo Halt: sie werden ebenso den Statthalter, den Minister, ja auch ihren

geliebten Kaiser einen „Judenknecht“ nennen, wenn sich irgendwo jemand weigert, ihren Befehlen zu gehorchen. Deshalb hat sich der Häuptling mit so rüden Gefellen umgeben; nicht die Furcht vor ihrer politischen Macht in der Gesamtheit der österreichischen Politik, also etwa im Reichsrat — das ist eigentlich ganz unbedeutend und fiel noch nie ins Gewicht —, sondern die Furcht vor dem gesprochenen Unfug seiner Leute, vor der Gewissenlosigkeit ihrer Verleumdung ist Luegers Stärke, und sie hat ihm geholfen, aber alle seine bürgerlichen Gegner zu triumphieren. So hat er alle Parteien verdorben — indem er sie zwang, ihm nachzugehen und ihm nachzuziehen.

Der beispiellose Aufstieg eines Mannes, der im Wesen nichts ist als ein geschickter Agitator mit einer klangvollen Baritonstimme, war natürlich nur in Oesterreich möglich. Nur hier konnte eine reine Lokalpartei, der jede geistige Idee fremd ist, und die es nicht einmal versucht, auf das staatliche Problem eine Antwort zu geben, zum Mittelpunkt der Liebe und des Hasses der Menschen werden. Nur hier konnte ein Bürgermeister von recht bescheidenen Verwaltungskvalitäten der Abgott der Menge werden und als die höchste politische Potenz erscheinen. Nur in diesem Oesterreich war es möglich — wo der Schein immer über alles ging und der Schwindel die Wahrheit stets überwuchert hat. Der berühmteste Mann Oesterreichs ist Lueger — bitterer kann über Oesterreich kein Urteil ausfallen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. Oktober.

Ein Sieg des guten — Profits.

Unvorsichtig redigierte Blätter haben am Sonnabend früh ihren Lesern ein dunkles Rätsel vorgelegt. Monatlang haben sie ihren Lesern den Ballinshandel mit bewundernswürdiger Zähigkeit verschwiegen und nur drachten sie plötzlich von der russischen Grenze ein Telegramm des Inhalts, daß man nun auch Deutschland passieren dürfe, wenn man mit englischen Linien nach Amerika fahren will. Der „Kolokol-Frische“ freilich hat die Kontorbande gemerkt und auch das Telegramm fern gehalten; eine vorzügliche Redaktion! Aber andere Blätter aus dem Reederjubiläum waren weniger gewissenhaft und ließen das Telegramm passieren.

Wären die Leser der bürgerlichen Presse ihre Zeitung für wert gehalten, über ihren Inhalt nachzudenken, so hätten sie erstaunt fragen müssen, was das denn bedeute, ob dem bisher die Uebung gelehrt habe, daß man in Deutschen Reichs Fremde bei Verlust ihrer Freiheit zwingen, deutsche Schiffsahrtsgesellschaften zu unterwerfen. Zum Glück aber denken die Leser nicht nach und so ahnen sie noch immer nichts von der deutschen Reederpraxis. Sie merken auch nicht, wie frech sie von ihren Organen angelogen werden, die aus Furcht, die Freikarten und die Inzerate zu verlieren — und die Reedereien sind, wie die „Nation“ kürzlich feststellte, nicht geneigt, Blätter zu „unterstützen“, die sie angreifen —, all die von und aufgedeckten Ungeheuerlichkeiten untersuchen haben.

Soll diese Praxis jetzt aufhören — nun gut. Wir freuen uns im Interesse der armen Auswanderer darüber, aber wir schreiben und keinen Sieg der guten Sache, seinen Erfolg der Moral zu. Der drohende und bereits beginnende Vorkott hat diese neue Methode der Seeräuberei und des Menschenfanges zur Selbstbestimmung gebracht — nichts anderes. Es ist ein Sieg des guten Profits, wenn es überhaupt ein Sieg ist. Vorläufig beharren wir im Mißtrauen und wiederholen unsere gestrige Warnung, nach wie vor einstweilen die deutsche Grenze zu meiden.

Judessen, selbst wenn dieser Weltstand nun wirklich aufhört, erhebt ist er damit noch längst nicht. Was man an Hunderten und Tausenden von russischen Auswanderern und Flüchtlingen verübt hat, waren ebenso viele Hunderte und Tausende von Fällen qualifizierter Erpressung, Rötigung und Freiheitsberaubung, begangen von Agenten privater Erwerbsgesellschaften. Wo waren die Staatsanwälte, die diese getverbs- und bandenmäßig begangenen Delikte zur Rechenschaft ziehen mußten; zu ihrer Reumut sind sie zweifellos gelangt, da der „Vorwärts“ sich der besonders sorgfältigen Lektüre seitens der Staatsanwaltschaften erfreut.

Allerdings haben alle Beamten, die man wegen ihrer Unterwerfung unter die gesetzwidrigen Befehle privater Provisionsjäger zur Rede gestellt hat, sich immer wieder auf „Instruktionen von oben“, auf Anordnungen des Berliner Polizeipräsidenten, auf Ministerialverfügungen berufen. Ist diese Behauptung wahr, dann hätten die Agenten der Reedereien und die ihnen Hilfe leistenden Beamten die Delikte ohne Dolus begangen. Dann würde alle Verantwortung für das Unerhörte auf die Regierung selbst mit voller Wucht fallen. Existieren jene behördlichen Anordnungen aber nicht, dann hat die Staatsanwaltschaft die Pflicht, gegen die schuldigen Personen vorzugehen, die, um sich einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, unter Androhung schwerer Nachteile — Mordlieferung nach Ausland — und unter Ausbeutung der Notlage den Kauf von Amerika-Paßkarten deutscher Reedereien erzwingen haben.

Auf alle Fälle wird man sich im Reichstage nach jenen angeblichen behördlichen Anordnungen erkundigen und man wird die Frage zum Ausdruck bringen, ob preussische Minister befugt sein sollen, sogar das deutsche Strafgesetzbuch zugunsten privater Erwerbsgesellschaften außer Kurs zu setzen. Bisher hat die Regierung den schwersten Verdacht nicht von sich abgewehrt, im Gegenteil anfänglich durch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ den Versuch unternommen, die jetzt preisgegebene Praxis zu beschönigen. —

Deutschland und Japan.

London, 20. Oktober. (Fig. Ver.) Die „Times“ bringen heute eine Notiz aus Tokio, die das Verhältnis zwischen Japan und Deutschland bespricht. Sie berichtet über das Mißtrauen, das man

dort Deutschland entgegenbringt, und macht dann folgende Bemerkungen: „Es wäre indes unrichtig, daraus zu schließen, daß die Japaner deutschfeindlich wären. Eine sorgfältige Vergleichung der öffentlichen Meinung Japans zeigt vielmehr, daß man dort zwischen dem deutschen Volk und der deutschen Regierung unterscheidet. Den Japanern ist das deutsche Volk als ein geistig reges und fortschrittliches Volk bekannt, das ihnen geachtet hat, sich die Kultur des Westens anzueignen . . . und das auch während des gegenwärtigen Krieges sich ihnen gegenüber anständig benimmt und mit ihnen einigermassen sympathisiert. Aber die deutsche Regierung hat dort einen ganz anderen Ruf — einen häßlichen in den Augen der Japaner. Der Kiautung-Fall ist beinahe ein Jahrzehnt alt, und doch werden noch mehrere Jahrzehnte vergehen müssen, ehe das Andenken daran ausgelöscht sein wird. Deutschlands Aktion hat die Japaner damals in Erstaunen versetzt. Man überlegte sich, daß Deutschland sich nicht das geringste Gewissen daraus macht, Japans Interessen zu opfern. . . Diese Auffassung wurde noch verstärkt durch die verdächtige Gleichgültigkeit, mit der Deutschland die russische Besetzung der Mandchurie betrachtete, obwohl die Gründe, mit denen man Japan aus Kiautung vertrieb, in noch stärkerer Nähe gegen Rußland sprachen. In Deutschland war es auch, wo die „gelbe Gefahr“ gemalt wurde. . . Auch die Art und Weise, wie Kiautung besetzt wurde, schlug dem deutschen Auge im Osten tiefe Wunden. Seit dem Mittelalter ist eine derartige Gleichgültigkeit gegen die Grundzüge des Völkerrechts nicht an den Tag gelegt und die Religion wegen politischer Zwecke nicht so prostituiert worden. Also: die deutsche Teilnahme an dem Dreifunde, der Japan (1895) zwang, Kiautung zu räumen; die Parole von der „gelben Gefahr“; die stillschweigende Zustimmung zur russischen Besetzung der Mandchurie; schließlich die Besetzung Kiautungs — alle diese Dinge finden nicht den Beifall der im fernen Osten wohnenden Deutschen — sind nur zu sehr danach angelegt, einen Unterschied zu machen zwischen dem deutschen Volk und der deutschen Regierung. Die Deutschen in Japan empfinden dies . . . und machten den Versuch, ein deutsches Blatt in Japan herauszugeben, aber es kann keinen Eindruck machen, da es nur als ein Organ der isolierten Deutschen betrachtet wird. Und diese Stimmung dürfte sich kaum ändern, solange man nicht in Japan überzeugt ist, daß die deutsche Regierung nicht dasselbe Spiel beim Abschluß des jetzigen Krieges treiben wird, wie sie es im Jahre 1895 getrieben hat.“

Der Korrespondent fügt noch hinzu, daß die Besorgnis Deutschlands, Japan würde — im Falle seines Sieges — die Deutschen in Kiautung verdrängen, ganz grundlos sei. Japan habe nicht einmal von Rußland die Räumung der Mandchurie verlangt. Es verlangte nur, daß Rußland die koreanische Halbinsel als japanische Einflußsphäre anerkennen möchte. —

Deutsches Reich.

Zu Befehl Hurra! Die „Vossische Zeitung“ klagt über erzwungene Huldigungen. Es soll nach ihren Mitteilungen neuerdings eine Art monarchistischer Terrorismus ausgeübt werden:

„Die Richter feiern in jedem Jahre von alters her Kaisers Geburtstag durch ein gemeinsames Festmahl. Ehedem nahm daran teil, vor dazu Lust und Geld hatte. Man brauchte aber nicht zu glauben, daß man wegen der Teilnahme für einen besonders königstreuen Mann und wegen des Fernbleibens für einen guten oder schlechten Revolutionär gehalten werde. Soll darin neuerdings ein Wandel eintreten? Es wird uns berichtet, daß bei einem Gerichtschofe die Liste zur Einzeichnung der Anmeldung herangezogen sei und daß sie an diejenigen Richter, die die Anmeldung zum Festmahl unterließen, mit der Aufforderung zur schriftlichen Angabe des Behinderungsgrundes zurückkehrte. Der eine und der andere Richter ließ sich, vielleicht unwillig, herbei, den Grund mitzuteilen. Einer der ältesten Räte aber, der sich dazu nicht gemüßigt sah, schrieb die Gegenfrage hinein, auf welche Befehlsstelle sich das Verlangen nach der Angabe des Grundes stütze.“

Weiter soll an Behörden, insbesondere an Gerichte die Aufforderung ergangen sein, Glückwunschkarten zum heutigen Geburtstag der Kaiserin bei ihren Mitglieðern und Beamten zur Unterzeichnung in Umlauf zu legen. Diesem Verlangen sei vielfach nachgegeben worden. Doch habe es auch einzelne gegeben, die sich mit der Erklärung begnügten, daß sie das Schriftstück zur Kenntnis genommen haben. Sie lehnten es ab, das Schreiben zu unterschreiben zu lassen.“

Wir erfahren aus diesem „mannesmutigen“ Artikel mit Erstaunen, daß es also doch immer noch ein paar Leute im Deutschen Reich gibt, die sich weigern, auf Befehl Hurra zu schreiben, Hurra zu rufen, Hurra zu denken, Hurra zu handeln! Ueber ein Weibchen gibt es keine solche Rebellen mehr, und auch die „Vossin“ wird nicht mehr über erzwungene Huldigungen klagen, weil alles mit Begeisterung sich zwingen läßt. Ohne die jaust preßende Methode Ribbach kämen überhaupt nicht die notwendigen Beweismittel an loyalen und monarchischer Gesinnung zustande. Die Methode ist notwendig oder die ganze monarchische Legende geht zum Teufel. Und das will auch die „Vossische Zeitung“ nicht, die längst gelehrt hat, freiwillig in Extrablättern der Freude über dynastische Festlichkeiten zu huldigen. —

Der entwürdigte Thronbewerber. Bei der Regelung der Thronfolge in Oldenburg, die unter vollständiger Einmütigkeit der Regierung und des Landtags vor sich ging, ist Herzog Ernst Günther, der Bruder der Kaiserin, ebenso um seine Hoffnungen gekommen wie in Lippe der Schaumburger Schwager des Kaisers. Der Herzog hat nun an den Landtag ein Verwahrungs-schreiben gerichtet, in dem er die große Betrübnis klagend und drohend anspricht. Beginn und Schluß dieser „Rechts“-Verwahrung lautet:

„Ich sehe mich zu meinem Bedauern veranlaßt, in meinem und meiner Herrin Agnaten Namen eine förmliche Verwahrung gegenüber der Behandlung der oldenburgischen Thronfolge-Angelegenheit durch Regierung und Landtag des Großherzogtums Oldenburg auszusprechen. . . Was die Form der Zustellung des Kommissionsbeschlusses des Großherzoglich oldenburgischen Landtags betrifft, so ist mir derselbe aus Oldenburg als Drucklosche in offenem Postcouvert zugegangen. Alle weiteren Schritte behalte ich mir und meinem Herzoglichen Hause vor. gez. E. Günther, Herzog zu Schleswig-Holstein.“

Es ist empörend, einen leibhaftigen Herzog also schmählich zu traktieren. Aber Ernst Günther behält sich „alle weiteren Schritte“ vor, die widerspenstigen Oldenburger zur schuldigen Ehrerbietung zu nötigen. Doch will man ihn in Oldenburg nicht haben, aber wenn er einmal Großherzog wird, sollen sie den angesammlten Herrn lieben lernen. —

Wachens Flucht. Kaum ist Dr. Spahn in das preussische Abgeordnetenhaus gewählt worden, da erklärt Dr. Wagem seinen Gesundheitszustand so erschüttert, daß er sein Krefelder Landtagsmandat niederzuliegen gedenke. Die beiden Herren der Christlichen Demut vermögen das weltliche Regiment der Zentrumspartei nicht miteinander zu teilen. Der temperamentvoll eifrige Wagem muß schon im Reichstag den Kuffen- und Jüngerdiplomaten den Vortritt lassen, auch auf dem anderen Felde mag er nicht hintangeführt werden; der an Jahren weit Jüngere fällt sich plötzlich erkrankt, da der beherrschte Reichsgerichtsrat zum Doppelmandat erstarkt. —

Ribbach soll also allmählich ausgegallert werden. Die Vertreibung der Schatzkammer ist ihm vor wenigen Monaten entzogen worden und nun wird der „Voss. Ztg.“ mitgeteilt, daß auch sein Rücktritt von der Stellung als Oberhof-

meister beschlossene Sache sei. Man schließt dies aus der vor wenigen Tagen bekannt gegebenen Ernennung des Zeremonienmeisters Eugen v. Röder zum „Ersten Diensttuenden Zeremonienmeister“ an Stelle des Herrn von dem Kneibed, der die Nachfolge des Freiherrn v. Ribbach im Reichsministeramt der Kaiserin antreten soll.

Wenn die Meldung richtig ist, so wird bald verlauten, daß der Gesundheitszustand des Freiherrn v. Ribbach von neuem schwerer erschüttert sei, weshalb er von seinen Aemtern zurücktreten müsse. Freiherr v. Ribbach hat den Hof so sehr in Ungelegenheiten gebracht, daß der treue Diener nicht mehr so halten ist. Ob seine Brand-schlagungsmethode zu Kirchendanzzwecken zugleich verabschiedet wird, ist eine andere Frage. —

Das „große Ziel.“ In einer Betrachtung über die bevorstehenden Reichstags-Verhandlungen fordert der Offiziant des Grafen Bülow in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ die bürgerlichen Parteien dringlich auf, alle ihre Intentionen „hinter das allen gemeinsame große Ziel der Ueberwindung des sozialdemokratischen Gegners zurückzustellen“. Man sieht, die Regierung stellt den Parteien „große Ziele“, die sie erstreben sollen unter Angabe jeder indiwiduellen Selbstständigkeit. Die Selbstaufgabe der einzelnen bürgerlichen Parteien ist für die Wähler recht belehrend und für die Sozialdemokratie recht unglücklich. Das Norddeutsche Mittel zur Ueberwindung des sozialdemokratischen Gegners“ rückt das „große Ziel“ erst recht ins Weite. —

Agrarische Verwahrung. Aus Hannover wird uns geschrieben: Wie notwendig die Nachunterstützung des von auswärts eingeführten Fleisches in den Schlachthäusern ist, zeigt ein Fall, der sich ereignete auf dem hiesigen Schlachthofe. Ein auswärtiger Viehhändler sah sich bei einem Transport von Rälbern nach Hannover veranlaßt, unterwegs an einem der Tiere die Rotschlacht vorzunehmen. Ein Tierarzt (also nicht ein Laien-Fleischbeschauer) auf dem Lande untersuchte das Kalb und stempelte es als genußtauglich ab. Als das Kalb dann in geschlachtetem Zustande auf dem hiesigen Schlachthofe zum Verkauf gestellt wurde, bemerkten die Schlachthausbeamten sogleich, daß es beschlagnahmt werden müsse. Der beamtete Tierarzt, den sie um Nachunterstützung des Fleisches baten, lehnte dieselbe jedoch ab mit der Begründung, er könne ohne Genehmigung des Besitzers des Kalbes die Nachunterstützung nicht vornehmen, da das Kalb einen tierärztlichen Stempel trage! Glücklicherweise wurde die Einwilligung erteilt und die Untersuchung führte dann tatsächlich zur Beschlagnahme des Kalbes. Hätte der Eigentümer nun die Genehmigung nicht erteilt, dann wäre das Fleisch anstandslos verkauft und von dem Käufer im Vertrauen auf den tierärztlichen Stempel unbedenklich verwendet worden.

Gegen dies gemeingefährliche Gesetz, das auf Scheiß der agrarischen Interessenten die städtische Nachunterstützung verbietet, hilft nichts, als daß die bedrohten Konsumenten Selbsthilfe organisieren und alle Schlächter boykottieren, die das von ihnen gelieferte Fleisch nicht freiwillig nochmals untersuchen lassen! —

Die heilige Allianz. Das „Militär-Wochenblatt“ teilt mit, daß der Militär-Attache der deutschen Botschaft in Petersburg dem Jaren Nikolans attachiert sei. Die „Vossische Zeitung“ erinnert, daß diese Ehrtung das Verhältnis unter den Jaren der heiligen Allianz Alexander I. und Nikolans I. wieder aufnehme, das seit Alexander III. beseitigt worden ist.

Diese herrliche Intimität Preußens mit dem Zarismus wird den beglückten Attache hoffentlich darüber trösten, daß er noch offizieller russischer Instruktion dauernd wie ein schwerer Verbrecher unter eine besondere Polizeiaufsicht gestellt ist.

§ 175. Vom Kriegsgericht der 38. Division in Erfurt wurde am Freitag der Krankenwärter Karl Preiß aus Wiesbaden, der im Garnisonlazarett zu Erfurt seiner Militärpflicht genügt, zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt wegen Sittlichkeitsverbrechens. Der Verurteilte, der nach Ansicht des Verteidigers pervers veranlagt ist, hatte in unzüchtiger Weise den Kanonier Krenpau berührt. Der Vertreter der Anklage hatte neun Monate Gefängnis und Aberkennung der Ehrenrechte auf die Dauer von zwei Jahren beantragt. Neben obiger Strafe wurden dem Preiß die Rechte aberkannt, innerhalb zweier Jahre öffentliche Aemter zu bekleiden. —

Neutrale Wählermänner! Man schreibt uns: Die bevorstehende Landtags-Verfassung im Kreise Dortmund-Bitten-Bogum-Gelsenkirchen entbehrt nicht einigen Reizes. Von Wahl ist hier im eigentlichen Sinne nicht die Rede, nur die letzte Hauptwahl brachte einiges Leben in die Wäde; früher beteiligte sich auch das Zentrum nicht an der Wahl, die Nationalliberalen ernannten die Abgeordneten. Auch bei der Erstwahl würde nichts die idyllischen Kreise stören, wenn nicht im eigenen Lager etwas Rumor wäre.

Die Witterer verlangen, daß dem Bürgermeister Dr. Haarmann das Mandat geschenkt werde, die Gelsenkirchener wollen den Fabrikanten Franken für den Verlust des Reichstagsmandates trösten durch das Präsent eines Landtagsmandats. Die Wählermänner-Versammlung, in der der Kern halber seit jeder die Abgeordneten der Fabrikanten den ihnen vorgeschlagenen Kandidaten als solchen anerkannt und proklamierten, was immer gleichbedeutend mit einer Mandatszuerteilung war, findet freilich in Witten statt.

Wegen der diesmaligen Konkurrenzlandtagswahl fürchten nun die Gelsenkirchener, die Haarmänner würden folgende Schiebung machen. Um die Proklamierung des Witterer Kandidaten zu sichern, werden am den Sonntag stattfindenden Versammlung Arbeiter- und Arbeitervereine in solcher Zahl und so frühzeitig aufgeboden, daß die auswärtigen Wählermänner das Lokal besetzt finden. Um solcher Gefahr zu begegnen, schlägt ein Vorkamer Mann vor, die Versammlung in Bogum stattfinden zu lassen, hier siehe man den Kandidaturen — neutral gegenüber. Ein Dortmund-Blatt wendet dagegen ein, neutral seien eigentlich nur die Dortmund-Wählermänner, darum müsse die Versammlung in Dortmund stattfinden.

Wald werden wir einen Landtags-Abgeordneten haben, der von neutralen Wählern ernannt ist, — das nennt man Wahl. —

Ungeheuerliche Schulskände sind in oldenburgischen Landtag zur Sprache gebracht worden. Aus Mangel an Lehrern hat man dreiklassige Schulen in zweiklassige und zweiklassige in ein-klassige verwandelt, so daß in den letzten zwei Jahren trotz der wachsenden Bevölkerung die Zahl der Schulklassen sich um 10 vermindert hat. Es gibt in Oldenburg 42 ein-klassige Schulen mit je über 70 Schülern, darunter 12 Schulen mit 80–80 Schülern, 4 Schulen mit mehr als 90 Schülern! In den mehrklassigen Schulen finden sich 34 Klassen mit 80–89 Schülern, 6 Klassen mit mehr als 90 Schülern. Kennzeichnend für den Standpunkt der Regierung war die Erklärung des vielberühmten Justizministers Kubistrat, daß Klassen mit mehr als 80 Kinder nicht besetzt werden sollen und daß 60 Kinder für jede Klasse genügen! Auch über das Lehrmaterial wurde im Landtag schwerste Klage geführt. —

Sächsische Amnestie. Im „Dresdner Journal“ wird ein Amnestie-Erlaß des Königs veröffentlicht, in welchem dieser folgende Strafen erläßt: Wegen Majestätsbeleidigung, Hausfriedensbruch, wärdlicher Beleidigung einer Heiligkeit oder eines Heiligen, Verbrechen sowie Uebertretungen gegen das Forst- und Feldstrafgesetz. Die Amnestie gilt auch für die Fälle, wo die Rechtskraft am 1. November eintritt. Bezüglich der unter der Militärgerichtsbarkeit verhängten Strafen ist ein ähnlicher Erlaß ergangen.

Die sächsischen Kamern werden infolge des Regierungswechsels, gemäß der Verfassungsvorschrift, auf den 22. November einberufen; sie haben sich in der Hauptfrage mit der spanischen Frage zu beschäftigen. Die jährlich 300 000 M. betragende Wagnage des bisherigen Kronprinzen fällt weg. Dagegen soll diejenige der Prinzessin Mathilde, der Tochter des verstorbenen Königs, von 20 000 auf 40 000 M. erhöht werden, die Prinzessin soll einen

eigenen Hofstaat haben. Man erinnert sich, daß der Regierungsantritt des verstorbenen Königs Georg eine Erhöhung der königlichen Privatliste und der Prinzenapanagen herbeiführte. Das war erst vor etwa 1/2 Jahren und rief starke Verstimmlung hervor. —

Das deutsche Gemüt.

Belamlich rühmt der Deutsche von sich, daß nur er jenes tiefe und feine Gefühl besitze, das man als „Gemüt“ bezeichnet. Auch unseren deutschen Soldaten rühmt man dieses Gemüt so gern nach. So schildert unsere patriotisch-soldatische Literatur mit Vorliebe Kriegsszenen, bei denen das deutsche Gemüt gar herrlich zum Ausdruck kommt. Man erzählt in Wort und Bild, wie der deutsche Soldat den verwundeten Feind pflegt und erquid. Seit dem chinesischen Feldzug allerdings ist eine Anzahl von Soldatenbriefen veröffentlicht worden, die alle möglichen Eigenschaften offenbaren, nur nicht das so gefeierte deutsche Gemüt. Schon vorgelesen veröffentlichten wir einen Soldatenbrief aus Südwestafrika, der seinen Verfasser durchaus nicht als Gemütsmenschen erscheinen ließ, behauptete dieser Soldat doch, daß in dem Kriege gegen die Hereros Pardon nicht gegeben werde. Heute nun finden wir in dem „Ostpreussischen Boten“, mit dem Unter-titel „Offenburger Tageblatt“, abermals einen Soldatenbrief, der seinen Verfasser keineswegs als besondern Gemütsmenschen erscheinen läßt. Findet man in dem Briefe doch folgende Stelle:

„Ein Herero, der mir unter die Hand fällt lebend, für den ist die Kugel zu teuer, aber das, was auf meinem Gewehr aufgespannt ist, soll ihm wohl bekommen, bis er den letzten Atemzug tut.“

Mit unseren Truppen verfahren sie, daß einem die Haare sich sträuben, wenn man es hört. Bei dem letzten Ueberschritt nach Ostem wurde festgestellt, daß sie bloß auf Meider ausgehen; 15 Tote wurden von uns geschunden, nackt ausgezogen, einem Leutnant die Brust freizug und quer durchgeschnitten, der wahrscheinlich noch lebte, als er hollgezogen wurde.

Das bejorgen alles die Weiber. Wenn einer von den Männern tot oder kampunfähig wird, so stehen schon wieder andere da, die das Gewehr abnehmen und weitersehen. Es wurde gesehen, daß ein toter Herero noch völlig im Ausschlag lag mit der Pfeife im Munde und zielte; so sterben Hunde; ein anderer wurde gefunden sitzend am Wasser hinter einem Busch. Dieser hatte in einer Hand einen heißen Fuch, war wie lebendig in Stellung und hatte Wunden ausgewaschen; als man näher untersuchte, hatte er 6 Schuß. So haben die Bengels ein Leben, daß sie mit 5 Schuß noch weiter kämpfen.

Hat ein Hereroschützer 5 Verwundete oder Tote und wir 8, so nennt er es Sieg, wenn er auch zurückgehen muß.

Jetzt hört die Schweinerei auf. Wenn unsere Truppen am Platz sind, so hört der Kampf nicht eher auf, bis alle dahin sind.“

Wir sehen also, daß unser Südwestafrikakrieger den Hereros nicht genug Schlimmes nachsagen kann. Er ist erbittert darüber, daß sie den Gefallenen die Meider ausgezogen haben. Er erzählt sogar, daß ein Leutnant durch Messerstücke verletzt worden sei, der wahrscheinlich (!) noch gelebt habe. Besonders übel nimmt es unser Südwestafrikakrieger den Hereros, daß sie ein so zähes Leben besitzen. Statt nach Empfang einer deutschen Kugel sofort die schwarze Seele anzubauen, sind diese „Bengels“ so unerschämmt, erst nach fünf oder sechs Schüssen das Zeitliche zu segnen. In der Tat, welche Unerschämtheit von diesen schwarzen Vurschen, unsere deutschen Soldaten zu einer solchen Munitionverschwendung zu zwingen. Dafür soll, so kündigt unser Krieger an, den Hereros künftig auch kein Pardon gegeben werden. Der Kampf soll nicht eher aufhören, bis alle dahin sind. Er selbst gelobt, daß er zwar einem ihm lebend in die Hände fallenden Herero keine Kugel gönne, ihn aber mit dem Bajonett niederstoßen will.

Wir wissen ja nachgerade im voraus, was unsere offiziöse Presse zu solchen Gemütsübergüssen sagen wird. Sie wird wieder einiges von „Menomisterei“, „Kuffschneidererei“ usw. lassen. Daran, einen solchen Soldaten schmeichelt aus der südwestafrikanischen Truppe zurückzuziehen, denkt man natürlich nicht! —

Ueber den südwestafrikanischen Hottentottenaufstand

veröffentlicht im „Tag“ S. von Verban einen Artikel über die Kriegsausfälle, aus dem wegen der Vertraulichkeit des Verfassers mit den südwestafrikanischen Verhältnissen einiges wiedergegeben zu werden verdient.

Von Verband schätzt die Zahl der Hottentottenkrieger auf nur 1500 Mann. Gewisswohl hält er den Aufstand für eine sehr unangenehme und jedenfalls recht langwierige Affäre. Die kriegerischen Eigenschaften der Hottentotten schätzt er sehr hoch ein. Der Hottentott sei der gewohnte Jäger und Soldat. Bei seinem leichten Gewichte mache er die unglaublichen Mäße, und das Gelände verfolge er zu benutzen trotz unserer besten Patrouillenführer. In der Ernährung sei er sehr genügsam. Er sei ein ausgezeichneter Schütze, der auf 200 Meter jede Kopscheibe treffe. Was seine Kampfschwere anlangt, so sei er besonnenner als der Herero. Hurra-Attaken mache er nicht; er breche das Gesicht ab, sobald es anfangen, brenzlich zu werden, und sei dann wie vom Erdboden verschwunden.

Da das Terrain in Kamaland ebenso schwierig sei, wie das des Hererogebiets, so werde der Krieg jedenfalls sehr lange dauern. Die in kleineren Bänden zerstreuten Hottentotten werden durch ihre Anzahl das ganze Land unversicher machen. Sie würden einzelnen Reitern oder einzelnen Wagen jeden Verkehr unmöglich machen, denn das „Vorliegen und Abschießen“ sei eine Fortsetzung der Hottentotten. Viel-leicht würden die Hottentotten trotz der alten Stammesfeindschaft mit den Hereros sich mit diesen die Hand zu reichen versuchen und den alten Groll im größeren gegen die verhassten Deutschen vergessen.

Mit Munition dürften die Hottentotten genügend versehen sein. Zudem sei der Hottentott parfan mit der Munition.

Ueber die Ursache des Hottentottenaufstandes ist von Verband der gleichen Meinung wie wir. Die Hottentotten hätten befürchtet, daß nach der Niederwerfung der Hereros dann sie an die Reihe kommen würden. Bedauerlich sei nur, daß die Hottentotten die Absicht der Deutschen zu frühzeitig erfahren hätten. Daran seien die Europäer schuld, die in Gegenwart der Eingeborenen Fragen besprochen hätten, die man nicht heimlich genug halten konnte.

Ueber die Lage des Hererosfeldzuges ist von Verband nicht der optimistischen Meinung, die in der bürgerlichen Presse hier und da auftritt. Seien die Hereros auch ohne Zweifel stark geschwächt, so sei ihre Macht doch noch nicht gebrochen. Auch nicht einer ihrer hervorragenden Führer sei bis jetzt gefangen genommen worden. Diese Führer würden den Aufstand immer von neuem ansagen, besonders jetzt, wo ihnen von den Hottentotten eine so willkommene Hilfe geworden sei. Je mehr Truppen nach dem Süden der Kolonie abgingen, je stärker der Typhus aufstiege, desto schneller würden auch die Hererosbanden wieder mobil werden. Munition würde ihnen immer wieder von neuem zugeführt werden können, s. B. aus dem Oamboslande. Wenn die Oambos auch vorläufig noch keine Lust bewiesen, nach dem Süden vorzuziehen, so würden sie doch um so mehr bemüht sein, die Hereros mit Munition zu versorgen.

Nach alledem scheint wenig Aussicht vorhanden zu sein, daß von den 200 Millionen Kriegskosten auch nur ein Pfennig gespart wird, viel eher liegt die Möglichkeit vor, daß diese ungeheure Summe noch überschritten werden könnte.

Der Keetmannhooper Distriktshauptmann v. Burgsdorff, an den Herrsch Witbooi seine Kriegserklärung richtete, war nach deren Empfang allein und unbewaffnet zu dem Hauptling geritten, um ihn von seinem Vorhaben abzubringen. Seitdem ist keine Nachricht von ihm gekommen, so daß man annehmen muß, daß er als Geisels im feindlichen Lager zurückgehalten wird.

Berlin, 22. Oktober. Ein heute vom Generalkonsulat in Kapstadt eingegangenes Telegramm meldet: Die Kompanie Bache wurde am 5. d. M. im Lager Sturmactwert bei Wasserfall (Gurub) bei Tagesanbruch durch Morenga mit 150 Gewehren angegriffen. Der Feind wurde in die Karrasberge zurückgedrängt, die Verfolgung war aber ohne Verstärkung unmöglich. Der Feind hat 11 Tote zurückgelassen, sein Verlust ist aber zweifellos erheblich stärker. Major v. Bengelke beabsichtigt vorläufig in Warmbad und Sandfontein zu bleiben.

Berlin, 22. Oktober. Im Gefecht am 15. Oktober bei Osova in die sind gefallen: Meier Gottfried Burg aus Krume bei Schodwitz, verwundet Unteroffizier Karl Schmarzow aus Wilhau in Mecklenburg (Schuh in die rechte Schulter und Streifschuss ins Bein); Meier Karl Peter aus Frankfurt a. O. (Weitelshaus in den rechten Oberarm); Meier Gottlob Hauher aus Hülshof in Württemberg (Fleischschuh in den rechten Oberarm). Im Lazarett Ojimbunde an Typhus gestorben: am 17. Oktober: Gefreiter Ernst Franke, 2. Kompanie, Regiment 2, geboren am 6. Juni 1882 in Menden. An Typhus sind ferner gestorben: Gefreiter Alwin Kunze, geboren 13. Mai 1882 zu Waupen in Sachsen, am 16. Oktober im Lazarett Ostfriesland; Unteroffizier Erich Waldeemar Madday, 2. Kompanie, 2. Feldregiment, geboren 27. Juli 1879 zu Friedberg (Kreis Schmün), am 21. Oktober im Lazarett Okahandja; Meier Friedrich Robert Esser, 2. Feldregiment, geboren 11. November 1882 in Offenbach a. M., am 21. Oktober im Lazarett Ojimbunde.

Husland.

Schweiz.

Ein Polizeikommissar als agent provocateur. — Weitere Proteste gegen die Militärarrestate.

Zürich, 21. Oktober. (Sig. Ver.) Eine sehr interessante Entfaltung wurde in Genf gemacht. Das berühmte Roulottengeseh, das vor Jahresfrist in der Volksabstimmung mit Wucht verworfen wurde, hatte seinen Ursprung in einem Artikel unseres Genfer Parteiblattes, in dem die Soldaten aufgefordert wurden, auf Versammlungen und Mithandlungen durch Offiziere sofort nach dem Babelworte „Aug um Aug, Zahn um Zahn“ zu reagieren. Jüngst wurde nun in Genf der Geheimpolizeisekretär Boisdehene wegen Unterschlagung im Amt verhaftet, und jetzt erfährt man, daß er der Verfasser jenes von der Reaktion so gewaltig freischützten Artikels war. Unter diesen Umständen liegt der Verdacht nahe, daß der Polizist den Artikel im Interesse der militärischen Schutzmacht als agent provocateur geschrieben und veröffentlicht hat. Der Vorgang mahnt aber auch unsere Parteipresse zur Vorsicht solchen Mitarbeitern gegenüber.

Gegen die Militärarrestate bei Straßburg haben weiter die Genossen in Zürich in einer großen Protestversammlung, die Arbeiter von St. Zimmer (Anton Reucenburg), der Parteitag der Solothurner Sozialdemokratie und die Arbeiter in Herisau (Appenzell) Stellung genommen. Die „Staatsmänner“ in unserer Partei bemühen sich vergebens, mit ihrer Einschüchterungspolitik die Arbeiter zu der „Erkenntnis“ zu bringen, daß das Militärarrestat durch kapitalistische Regierungen nur aus Liebe und im Interesse der streikenden Arbeiter geschieht. —

Frankreich.

Militärjustiz.

Paris, 20. Oktober. (Sig. Ver.) Die Militärjustiz hält offenbar darauf, die demokratischen Kreise von Zeit zu Zeit daran zu erinnern, daß sie ihr bereits altes und so feierliches Versprechen in Bezug auf die Abschaffung oder Reformierung des militärgerichtlichen Urteiles noch immer nicht eingelöst haben.

Das Kriegsgericht von Nantes hat wieder einmal ein ungeheures Urteil gefällt. Es handelte sich um die Beleidigungsbeschwerden eines Wachtmeisters wider einen vom Militärdienst bereits befreiten, ehemaligen Gemeinen, namens Demacheau. Das Kriegsgericht erklärte sich trotzdem für zuständig und verurteilte den Zivilisten wegen einer Beleidigung, die übrigens das Resultat eines zum Militärdienst in keinerlei Beziehung stehenden Gezänktes war, zu einem Jahre Gefängnis! Unglaublich, aber wahr!

Das Urteil hat den Protest der Gewerkschaften von Nantes hervorgerufen, die in öffentlichen Versammlungen die Militärjustiz brandmarkten. Andererseits hat die Kantoneser Sektion der Liga der Menschenrechte eine Protestresolution votiert, worin insbesondere die „empfindende Paucität“ des militärgerichtlichen Vorgehens betont und die Annullierung des Urteils verlangt wird. Das Zentralkomitee der gleichen Liga protestiert gegen die Ungeheuerlichkeit der ganzen Gerichtsaktion und „ernewert mit der größten Energie seine früheren Wünsche betreffs der Abschaffung der Kriegsgerichte in Friedenszeiten“. Eine besondere Kommission des Komitees soll noch die Angelegenheit prüfen, um eventuell die Annullierung des Urteils durch den Kassationshof und die Vorkaufung der Militärrichter wegen Gewaltmißbrauchs anzustreben.

Den Wunsch betreffs Abschaffung der Kriegsgerichte wird das Komitee jedenfalls noch mehr als einmal zu „ernewern“ haben. Die Militärjustiz wird ihm die nötige Gelegenheit reichlich verschaffen. —

England.

Die Briten in Mittelasien.

London, 20. Oktober. (Sig. Ver.) Der Einfluß der Briten in Mittelasien wird in dem Maße stärker, als der Stern Rußlands erbleicht. Von der moskowitzischen Furcht befreit, wenden sich die mittelasiatischen Völker den Briten als dem kleineren Uebel zu.

Der Emir von Afghanistan, der vor drei Jahren den Thron seines Vaters bestieg, verhielt sich bis vor wenigen Monaten zurückhaltend gegenüber den Briten und war zu den Russen in Beziehung getreten. Das Verhältnis zwischen Afghanistan und Britisch-Indien war während dieser Zeit so gespannt, daß die Russen annehmen konnten, im Falle eines russisch-englischen Zusammenstoßes würde Afghanistan auf seinen Rußlands stehen. Diese Spannung, die England beunruhigte, ist plötzlich gesunken. Die das Indische Amt gestern mitteilte, hat der Emir den Vorschlag gemacht, seinen Sohn nach Indien zu schicken, um den aus Europa heimkehrenden Statthalter von Indien zu begrüßen, gleichzeitig soll ein indischer Beamter nach Kabul kommen, um die Beziehungen zwischen Afghanistan und England zu besprechen. Dieser Vorschlag an die britische Regierung bedeutet eine definitive Abgabe des Emirs an Rußland. Er bedeutet eine Rückkehr zur englandfreundlichen Politik seines Vaters Abdurrahman, auf den die Briten sich stets verlassen durften.

Auch die britisch-perisischen Beziehungen verbessern sich zusehends. Am 13. d. M. läßt sich eine lauffähige Mission von Bombay nach Vambur-Abbas ein, um die Handelszentren Persiens zu besuchen. Die Reise wird sechs Monate in Anspruch nehmen. Die Mission wurde von den Handelskammern ernannt und von der Regierung reichlich mit Geld und Transport versehen. Sie wird von einer Abteilung indischer Kavallerie begleitet, ebenso von einem perisischen Oberst mit Soldaten. Oberleutnant Sikes, der britische Konsul von Herman, wird einen Teil der Reise mitmachen. —

Amerika.

Im State New York wird der Wahlkampf zur Zeit wohl am höchsten geführt. Der populistische Kandidat Watson wird beschuldigt, von den Republikanern gekauft zu sein, um die Seite der Demokraten zu schwächen. Von dem wilden Durcheinander der Interessenkämpfe gibt Harpers Weetly als Beispiel an, daß die Zeitung „Sun“ einen Republikaner für das Präsidentschaftsamt (also Roosevelt) und einen Demokraten für das Gouverneursamt unterstützte. Bei der „Evening Post“ ist es umgekehrt, diese unterstützt den Demokraten für die Präsidentschaft und wünscht dem Republikaner als Gouverneur.

Die Wahlwetten stehen hier zu ein zugunsten von Roosevelt; dagegen im State New York mehr zugunsten des demokratischen Gouverneurskandidaten Tammany Hall (die berüchtigte demokratische Organisation) arbeitet mit Hochdruck, um seine Macht in New York zu erhalten. Viel Aufmerksamkeit erregt auch die Rührigkeit der sozialistischen Partei, die in seinem State so stark ist wie in New York. Eugen Debbis ist voll großer Zuversicht und prophezeit, daß der Staat New York allein mehr sozialistische Stimmen bekommen wird, wie vor vier Jahren das ganze Land. Andere industrielle Staaten werden mit entsprechenden Zunahmen folgen; Massachusetts und New Jersey im Osten, Ohio, Indiana, Illinois und Wisconsin im mittleren Westen und Kalifornien, Oregon und Washington an der Küste des Pacific Ozeans. Die feindselige, habsüchtige Haltung der Kapitalistenklasse gegenüber der Gewerkschaftsbewegung erleichtert den Sozialisten ihre Agitation bedeutend. —

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Die russischen Verluste.

London, 22. Oktober. (Bureau Laffan.) Die Zahl der russischen Verwundeten in der letzten Schlacht von dem Tage an, wo Auropatkin die Offensive ausnahm, bis zum 18. Oktober wird von dem Petersburger „Daily Telegraph“-Korrespondenten auf Grund der Meldungen Kurypatkins auf 55 868 angegeben. Die Anzahl der Toten läßt sich nicht genau beziffern, da viele Soldaten vermisst werden; man schätzt sie auf 12 000.

Petersburger Blätter veröffentlichen eine vom Kriegsministerium zusammengestellte Liste der russischen Verluste vom Beginne des Feldzugs, d. i. dem 8. Februar bis zum 1. Oktober. Es ergibt sich daraus, daß der Abgang der russischen Armee an Toten und Verwundeten bis zu dem genannten Termin 1489 Offiziere und 40 736 Mann beträgt.

Die Verluste der Russen in Port Arthur sind natürlich viel zu niedrig angegeben. Trotzdem beträgt nach diesen Aufstellungen der russische Gesamtverlust zirka 116 000 Mann! Nicht eingerechnet wäre dabei die Zahl der Kranken, die sich ebenfalls auf viele Tausende belaufen dürfte!

Die Lage am Schaho.

Tokio, 22. Oktober. Amtliche Mitteilung. Marshall Dyama berichtet: In der Front war gestern keine Veränderung der Lage zu verzeichnen. Die Anzahl der von unserer linken Armee eroberten russischen Geschütze beläuft sich im ganzen auf 43, davon wurden 27 von der linken und 16 von der rechten Kolonne genommen. In der Nähe von Changliantao wurden von unseren Streifwachen in der Nacht des 20. Oktober 200 Russen tot aufgefunden.

Petersburg, 22. Oktober. Der Korrespondent der „Witshewija Wiedomosti“ in Mukden telegraphiert seinem Blatte unter dem gestrigen Datum: In der vergangenen Nacht griffen die Japaner drei Kompanien des 83. Regiments an. Diese trieben den Feind aber zurück, verfolgten ihn bis zu den japanischen Laufgräben, drangen auch in diese ein und erbeuteten Vorräte an Konerven, Munition, Werkzeugen und ein Geschütz. — In der Umgebung von Mukden wütet ein furchtbarer Sturm. Nachts fällt die Temperatur auf 5 Grad unter Null. Das schlechte Wetter ist für die Japaner äußerst ungünstig. Sie erfrieren. Ganz früh morgens haben unsere Kosaken heute auf den vordersten Stellungen des Feindes zwölf starke Japaner aufgefunden und sie ins russische Lager gebracht, wo sie erwärmt und mit Nahrung versehen wurden. Die Gefangenen sagen aus, die Kälte bringe ihr Heer in eine schwierige Lage. —

So läme also wirklich der von Auropatkin reklamierte „himmlische Alliierte“ den Russen zur Hilfe. Zwar nicht, indem er ihre Waffen legnete, aber doch durch Nachhilfe. Diese Prüfte lassen natürlich nur die Japaner erstarren; die Russen, die dabei auf dem Herd zu liegen pflegen, fühlen sich in der Mandchurei bei 5 Grad kälter auf dem nassen gefrorenen Erdboden erst mäßig!

Erstklassige Menschen.

Der Prozeß wegen Beleidigung der deutschen Offiziere, der durch den Roman „Erstklassige Menschen“ hervorgerufen worden ist, begann am Sonnabend vor der 2. Strafkammer des Berliner Landgerichts I. Die Anklage richtet sich gegen den Schriftsteller Graf Vaudiffin sowie gegen die Inhaber der Jantsechen Verlagsbuchhandlung Dr. phil. Erich Jante und verwitwete Frau Dr. Jante. Den Vorsitz im Gerichtshofe führt Landger.-Dir. Hahn, die Anklage vertritt Staatsanwalt Liebowitz, die Verteidigung führen die Rechtsanwältin Paul Alexander Kay und Stein. Als literarischer Sachverständiger ist der Dichter Deibel v. Liliencron zur Stelle.

Der im Jantsechen Verlage erschienene Roman „Erstklassige Menschen“ ist anfangs Februar erschienen und am 17. März d. J. beschlagnahmt worden. Der Angeklagte, der unter dem Pseudonym Fichtel v. Schlicht schreibt, bestreitet entschieden, daß sein Roman den Charakter einer Schmähchrift habe. Als solche sei er keineswegs gedacht, vielmehr habe er eine sehr ernste Tendenz und wende sich gegen den im Offizierskorps herrschenden Aberglaube und gegen verschiedene Mißstände, die sich aus der falschen Haltung der Gesellschaft gegenüber den Offizieren ergeben. Die Tendenz der Besserung, aber nicht der Beleidigung, sei der Grundzug des Buches. Er sei sich nicht bewußt, irgend etwas anderes gesagt zu haben, was er nicht schon in anderen Schriften, die das Leutnantleben schildern, gesagt hätte. Die in Offizierskreisen vielfach herrschenden Ansichten, die Geldnot mancher Offiziere und so weiter, die Folgen, die daraus entstehen, wenn junge Leute ohne die genügenden Mittel Offizier werden und über ihre Verhältnisse leben, das schlechte Ende, das die jungen Leute dann zur Pistole greifen oder vor den Ehrenrat kommen, habe er nicht nur in lustigen Geschichten, sondern auch in ernstlichen wiederholt behandelt. Er habe nicht etwa fabrikmäßig gearbeitet, um die Konjunktur Wille auszunutzen, er habe vielmehr Wille's Buch überhaupt nicht gelesen gehabt. Angeregt zu dem Roman sei er durch Becherleins „Jena und Sedan“, er habe länger als sonst, nämlich neun Monate daran gearbeitet. Er sei Aristokrat und selbst 12 Jahre Soldat gewesen, seiner näheren Familie gehören viele Offiziere an, er habe regen Verkehr mit Offiziersfamilien, sein einziger Sohn solle Offizier werden, jeder, der ihn kenne, werde behaupten, daß er Liebe zu dem Offiziersstande habe. In seinem eigenen Offiziersleben habe er niemals Kränkungen erfahren, die ihn verbittert hätten, er habe freiwillig seinerzeit den Abschied genommen, um ganz der Schriftstellerei zu leben. Er wisse, daß der Kaiser alle seine Schriften lese, seine Theaterstücke würden in den ersten Theatern aufgeführt und sowohl in Preußen wie in Sachsen, in Oesterreich, in Rußland von den allerhöchsten und höchsten Herrschaften angesehen, er habe zur 50. Geburtstagfeier von Erzherzog v. Werder das Festspiel „Der Stolz der Kaiserin“ verfaßt, kurz, er habe keineswegs eine offiziersfeindliche Tendenz. Er habe mit seinem Roman begonnen, als von Wille's Roman noch gar nicht geredet wurde. Von Bedeutung für das Entstehen des Buches sei auch der Selbstmord eines ihm nahe bekannten jungen Offiziers gewesen, der sich wegen übergroßer Schulden das Leben genommen. Da habe er sich mit der Frage beschäftigt, wie es möglich sei, daß einem so blutjungen Menschen ein Kredit von 65 000 M. eingeräumt werden konnte. Man leide das Geld eben nur dem Offizier im bunten Rock. Die Schuld an diesem Selbstmord hatte nach seiner Meinung die Gesellschaft, die jeden Offizier verführe und es ihm übermäßig leicht mache, Kredit zu erlangen; sein Buch richte sich daher nicht gegen die Offiziere, sondern gegen die Gesellschaft, die aus ihnen „erstklassige Menschen“ geradezu geschöpfe. Die Gesellschaft sei schuld, wenn sich Mißstände im Offiziersleben herausgebildet haben. Er habe in seinem Buche auch deutliche

Mittel zur Abhilfe angegeben. Als der Roman erschienen war, habe zunächst auch kein Mensch Beleidigungen darin erblickt, am wenigsten der Kriegsminister, der den Roman sehr bald gelesen hatte. Erst sechs Wochen später sei die Beschlagnahme verfügt worden, nachdem Vebel im Reichstage dem Kriegsminister gegenüber auf das Buch hingewiesen hatte. Der Titel „Erstklassige Menschen“ und die Bezeichnung „Zitronenfalter“ rühren gar nicht von ihm her, beide Bezeichnungen seien bei einer darauf bezüglichen Besprechung von einem Freunde vorgeschlagen worden. Mit den „Zitronenfaltern“ seien keineswegs die „Kaiser“ gemeint, das Gardefürstler-Regiment habe sich auch gar nicht getroffen gefühlt und seinerzeit in den Zeitungen kundgegeben, daß es auch keinen Straf Antrag gestellt habe. Schon die Tatsache, daß sein Roman in einem sehr angesehenen Verlage erschien, mühe doch den Verdacht, daß es sich um eine Schmähchrift handle, umhohen.

Die Vertreter der Jantsechen Verlagsbuchhandlung haben sich nur wegen Verbreitung des Romans nach seiner Beschlagnahme zu verantworten. Angeklagter Dr. Jante weist darauf hin, daß die Werke des Grafen Vaudiffin schon seit 10 Jahren in seinem Verlage erschienen. Schon im Frühjahr 1903, noch ehe Wille's Roman herausgekommen war, habe er mit dem Angeklagten mündlich über die Herausgabe dieses Buches, das ein erstes Werk sein sollte, verhandelt. Er habe also keineswegs die „Konjunktur“ wahrnehmen wollen und im Vertrauen auf die Autorität des Verfassers kein Werk in Verlag genommen. Jedwede beleidigende Absicht habe ihm völlig fern gelegen. Nach der Beschlagnahme habe er auch nicht ein Exemplar mehr im Inlande vertrieben, sondern das Werk aus seinem Verlage zurückgezogen und das Urheberrecht einer Wiener Verlagsanstalt übertragen. In Oesterreich sei von Anfang an der Absatz sehr groß gewesen, denn fast ein Drittel der ersten Auflage sei nach Oesterreich gegangen. Frau Dr. Jante bestätigt die Angaben ihres Sohnes. Der Verlag hatte die Uebersetzung, daß der Roman nach kurzer Zeit wieder freigegeben werden würde.

Die Gattin des Grafen Vaudiffin bekundete über Entstehungsort und Tendenz des Romans auf Grund der Unterhaltungen, die sie darüber mit ihrem Gatten gehabt, daselbe, wie letzterer. Ihr Gemann habe den Kostengeist unter den Offizieren, die Schattenseiten der Erziehung im Kadettenkorps und die Gefahren schildern wollen, die sich an junge Offiziere, die kein ausreichendes Vermögen haben, herandrängen. Wille's Buch habe ihr Gatte nicht gelesen. Als die Beschlagnahme erfolgte, seien sie auf einer Reise im Orient gewesen, aber auf telegraphische Nachricht sofort zurückgekehrt.

Es folgt die Verlesung des ganzen Romans, die Stunden im Anspruch nimmt.

Um 5 Uhr war die Verlesung des Romans zu Ende. — Auf die Aufforderung des Vorsitzenden Landgerichtsdirektors Hahn läßt sich der Angeklagte Graf Vaudiffin noch in längerer Vorlesung über die Gesichtspunkte aus, die ihm bei Abfassung jenes Buches geleitet haben. Er betont wiederum, daß ihm jede Absicht der Beleidigung ferngelegen habe. Kein Mensch habe ihm wohl solche Absicht imputiert, bis die Sozialdemokratie sich des Buches bemächtigte und ihm eine Tendenz unterlegte, die ihm nicht innewohnend habe. Er habe zeigen wollen, wie heutzutage gegenüber der Protektion der abligen Offiziere — wie die Rangliste erweise — die Advancementsaussichten für die bürgerlichen Offiziere sehr gering sind. Er habe zeigen wollen, daß die Offiziere künstlich verdorben werden dadurch, daß ihnen ungläubiger Stoeck geradezu aufgedrängt werde. Er habe zeigen wollen, wie der Offizier durch die Gesellschaft geradezu verwöhnt werde, wie man auch um des allerjüngsten Leutnants willen die allergrößten Unstände macht. Diejenigen, die alle naselang mit Geld und Kavalar gefüttert werden, können unmöglich sich zu Hause mit frugalem Mittagbrot oder mit 30 Pf. für Frühstück begnügen. Er bestreite entschieden, daß sein Buch die gesellschaftliche Stellung der Offiziere zu untergraben geeignet sei. Er wolle zeigen, daß die Offiziere nicht immer dahin gehen sollten, wo Praterhöfen winken und Champagnerproppen knallen, zu den Millionären und den mit großen Reichthümern Geseigneten. Viele Mißstände würden nach seiner Meinung dadurch hervorgerufen, daß der größte Teil der Offiziere aus dem Kadettenkorps kommt, da dort außer Turnen, Reiten u. dgl. nicht genügend viel gelernt wird. Ihm sei auf der Kriegsschule ein solcher Offizier bekannt geworden, der von Schiller, Goethe, Herder, Lessing nicht mehr kannte, als den Namen. Selbst die Selektionen zeigen häufig solche Lücken in ihrer allgemeinen Bildung, daß sie später, wenn sie des Leibes Rothdurft und Nahrung beschaffen können. Im Kadettenkorps fehle dem jungen Mann jeglicher Familienzusammenhang, sie entbehren den Umgang mit Frauen und Gelehrten. Er wolle zeigen, daß es eine Sünde ist, einen 7jährigen Jungen, der noch gar keine eigene Meinung über seinen zukünftigen Lebensberuf hat, in das Kadettenkorps zu stecken, weil die ganze Erziehung des Jungen dort umsonst oder für 80 M. gewährt wird. Deshalb schlägt er vor, daß das Erziehungsgeld in den Kadettenkorps von 80 M. auf etwa 1200 M. erhöht werde, denn dann würde sich mancher Vater besinnen, ehe er seinen Sohn in das Kadettenkorps steckt. Dann habe er sagen wollen, daß es Unfug ist, wenn die Offiziere aus dem Kadettenkorps schon in so jungen Jahren zur Charge und mit 18 Jahren vor die Front kommen. Wenn ein Selektioner plötzlich 60 M. und einen monatlichen Zuschuß, großen Kredit und den Hauszins erhält, dann sei es doch kein Wunder, daß er zu einem leichtsinnigen Lebenswandel verführt wird. Die Statistik zeige, daß etwa 15 Proz. der Offiziere, die aus dem Kadettenkorps kommen, in drei bis vier Jahren wieder um die Ecke gehen. Die jungen Leute sollten erst etwa mit 20 Jahren und nach erreichtem Maturum Offiziere werden. Außerdem habe er sich für Aufhebung der Altersgrenze ausgesprochen, denn er wisse, daß viele inaktive Offiziere gern in ihrer alten Charge weiter gebiet haben würden. Durch die Aufhebung der Altersgrenze würde viel soziales Elend und Bitterkeit verschwinden. Weiter mühte in Bezug auf die zahllosen Abzüge, die von den jüngeren Offizieren monatlich verlangt werden, eine Aenderung einzutreten, denn wenn ihnen am Ersten lamm mehr etwas übrig bleibt, müssen sie Schulden machen. Damit im Zusammenhange stehen die Aenderungen in der Uniform, deren Notwendigkeit nicht angezweifelt werden soll; die Reuanschaftungen könne der Offizier aus eigener Tasche nicht bezahlen, das Geld müsse aus Staatszuschüssen für Kleider gewährt werden. Er habe weiter zeigen wollen, wie falsch es sei, daß alle verabschiedeten Offiziere ihre Söhne immer wieder Offiziere werden lassen. Jeder der früh verabschiedeten Offiziere klage und stöhne, daß er oft nicht wisse, wie er sich durch's Leben schlagen solle — trotzdem lassen sie ihre Söhne immer wieder Offiziere werden, weil sie für deren ganze Erziehung im Kadettenkorps nur 80 Mark zu zahlen haben. Diese Eltern zu warnen, sei auch ein Zweck des Buches gewesen, das er in erster Absicht geschrieben und auf das er noch heute stolz sei. Er könne nicht begreifen, wie ihm von sozialdemokratischer Seite geschäftige Absichten untergelegt werden konnten. Es sei ihm nahegelegt worden, doch den Wahrheitsbeweis anzutreten, er habe viele Zuschriften erhalten und es sei ihm von vielen Seiten Material zur Verfügung gestellt, aber er lehne den Eintritt des Wahrheitsbeweises ab, denn er mache das Wort Goethes zur Wahrheit und Dichtung sich zu eigen, welcher sagte: „Nies, was in dem Buche steht, ist erlebt und doch ist nichts so erlebt, wie es geschrieben ist.“ Auch sein Buch sei nach seinen langjährigen Erfahrungen geschrieben, aber die ganzen Personen sind erfunden und aus den verschiedensten Charakteren, die er im Leben kennen gelernt habe, habe er sich die Bestalten geformt. Es wäre ihm leicht, den Wahrheitsbeweis zu bringen, aber er wolle nicht, weil er keine Lust habe, den Sozialdemokraten neues Futter zu bringen, weil er nicht alle Kaweraden an den Pranger stellen wolle und weil er nicht den Ehrgeiz habe, ein zweiter Wille zu werden und sich damit eine Villa zu verdienen.

Der Vorsigende hält dem Angeklagten eine Reihe von Stellen vor, die doch darauf hindeuten, daß er nicht einzelne Typen vorführen und einzelne Mißstände geißeln, sondern seine Angriffe im allgemeinen gegen die deutschen Offiziere richten und sie schmähen wollte. Der Angeklagte befreit dies ganz entschieden. Es handle sich hier ja doch um einen Roman und es sei doch das Recht des Schriftstellers, die Farben zu wählen, die er für seine Gebilde brauche. Er gebe zu, daß er viel Schwarz gewählt habe, dies sei aber in guter Absicht geschehen. Er habe nicht geglaubt, daß man in einem Roman eine Verleumdung erkliden kann, denn es handle sich doch um erfindene Personen und Handlungen.

Der Vorsigende hält ihm vor, daß er in seinem Roman doch einen Repräsentanten des gebildeten Bürgeriums in einem grellen Gegenfah gestellt habe zu den adeligen Offizieren, die als die Repräsentanten des schrecklichsten Bananensentums geißelt werden. Der Angeklagte erwidert, er habe zeigen wollen, daß die erstklassigen Menschen nicht das sind, was das Publikum von ihnen hält, und die adeligen Offiziere ihren Dienst nicht besser verrichten, als die bürgerlichen.

Der Vorsigende weist ferner darauf hin, daß die Offiziere doch als unehrenhafte Schuldner ganz im allgemeinen hingestellt werden, die in sittlicher Beziehung sehr laß seien, die sich ihre Gesundheit ruinieren und dann die erste beste reiche Dame heiraten, die bewußt gräßliche Pflichtwidrigkeiten begehen zc. zc. — Der Angeklagte betont wiederholt, daß es sich ja um einen Roman handle und nicht um eine Anklage, sondern um eine Warnung, wohin es kommen könnte.

Es wird sodann als Sachverständiger Herr. Delle v. Liliencron vernommen: Im Namen des ganzen deutschen Offizierkorps lege er Protest gegen diesen Roman ein. Das sei überhaupt kein Roman, sondern eine Anklage. Schon das Wort „Erfollosche Menschen“ sei ein ordinäres deutsches Wort der populären deutschen Sprache, es sei häßlich und höhnisch. Er behaupte, daß ein solches Garderegiment, wie es im Buche geschildert werde, gar nicht existieren könnte, wo ein bürgerlicher Offizier so behandelt werde wie der Leutnant Winter in diesem Buche. In den Offizierkorps gäbe es nur das Wort „Kamerad“. Den Vätern aller Parteien sei es aufgefallen, wie gehässig das Buch geschrieben sei. Es sei geradezu unerhörlich! Schon seit Jahrzehnten würden in Wehrblättern, den „Liegenden Blättern“ usw. die Offiziere als Arretins und Jüdisen hingestellt, der Roman stelle sie aber noch viel tiefer. Es werden darin nicht einzelne, sondern ein ganzer Typus in schmerzlicher und empörender Weise an den Pranger gestellt. Es handle sich nicht um eine künstlerische Arbeit, sondern um eine etwas flüchtig hergestellte Anklage, die empörend sei.

Staatsanwalt Liebenow hält die drei Angeklagten der Verleumdung der deutschen Offizierkorps im Sinne der §§ 185 und 186 für schuldig. Der Kriegsminister v. Einem habe sich nicht erst durch die Sozialdemokraten zur Stellung des Strafantrages drängen lassen, sondern schon am 20. Februar Schritte bei der Staatsanwaltschaft getan in der Richtung, ob wegen Verächtlichmachung von Staats-einrichtungen vorgegangen werden könnte. Daß es sich um eine Schmähschrift sondergleichen handle, habe jeder objektive Beurteiler, habe die Presse aller Schattierungen anerkannt. Im Reichstage sei man einig gewesen in der Beurteilung des Romans und seiner Tendenz. Der Roman sei voller Verleumdung, wie kaum je in anderer Roman. Die adeligen Offiziere sollten getroffen werden, deshalb sei der Name des Romans der Garde entnommen. Die Gardeoffiziere werden geschildert als Geden und Narren, die vor Eitelkeit plagen, in den Künsten der Verführung groß seien, die Jagd nach reichen Erbinnen anstellen, hazardieren, aber gar kein ernstes Streben haben. Sie werden hingestellt als Mäddchenjäger von fast brutaler Rohheit, als lächerliche Menschen, verlumpte, sittlich tief stehende Schurken und nicht ein einziger einwandfreier, tüchtiger Vertreter des Offizierstandes trete in dem Roman auf. Das Bild sei ein völliges Jerrbild, der Angeklagte male ganz schreckliche und schauerhafte Bilder von dem Leben in den Offizierkorps. Die Absicht der Verleumdung gehe schon aus dem Titel hervor, mit welchem die adeligen Offiziere verhöhnt werden sollen. Hätte der Angeklagte Graf Vaudissin Mißstände abbesseln wollen, so hätte es dazu andere Wege gegeben. Er als Angehöriger der Armee mußte wissen, daß seine Kritik auf unsere Offiziere nicht paßt und eine solche falsche Kritik ein vaterlandgefährliches Unternehmen ist. Er sei schon gewarnt worden, als er seinerzeit das Feuilleton „Der Leutnantsbund“ veröffentlichte. Damals habe ihm das Schleswigsche Offizierkorps deutlich gezeigt, daß es sich beleidigt fühlt, und er und seine Familie seien damals boykottiert worden, bis der Angeklagte Versöhnung gelobt habe. Er sei noch, als auch die Mitangeklagten seien zweifellos von der Absicht geleitet worden, gute Geschäfte zu machen und die Villenkonjunktur auszunutzen. Auch die Mitangeklagten hätten sich der Verleumdung schuldig gemacht, der Verkauf nach Wien nach der hiesigen Beschlagnahme sei eine schwere Verhöhnung der staatlichen Autorität. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Grafen Vaudissin 1500 Mark Geldstrafe, gegen die Mitangeklagten wegen der Verleumdung je 750 Mark Geldstrafe und wegen Vergehens gegen § 28 des Preßgesetzes je 250 Mark Geldstrafe und Publikationsbefugnis für den Kriegsminister.

In vorgerückter Abendstunde wiesen die Verteidiger, Rechts-anwälte Kay und Stein alle Anklagepunkte und Ausführungen des Staatsanwalts zurück und führten in juristischer Beziehung aus, daß in keiner Weise der Angeklagte, der seit langer Zeit in Saafien domiziliert sei, gerade preussische Verhältnisse im Auge gehabt habe und der Kriegsminister zur Stellung des Strafantrages nicht legitimiert sei.

Die Beratung des Gerichtshofes war nur eine kurze. Der Gerichtshof verurteilte in späterer Abendstunde folgendes Urteil: Wegen Verleumdung: den Angeklagten Grafen Vaudissin zu 300 Mark Geldstrafe, den Angeklagten Dr. Janke zu 200 Mark Geldstrafe, event. 30 bezw. 20 Tage Gefängnis. Der Gerichtshof hat ferner auf Inbrauch-harmonierung aller Exemplare des Buches, der Platten und Formen erkannt und dem Kriegsminister die Publikationsbefugnis zugesprochen. Frau Dr. Janke wurde von der Anklage der Verleumdung freigesprochen. Wegen Vergehens gegen § 28 des Preßgesetzes wurden verurteilt die Angeklagten Dr. Janke und Frau Janke zu je 200 Mark Geldstrafe ev. zu je 20 Tagen Gefängnis. — Der Gerichtshof war der Ansicht, daß in dem Roman objektive Verleumdungen der preussischen Offiziere im Sinne des § 185 enthalten seien; die Vorwürfe richten sich nicht nur gegen einzelne Personen, sondern gegen die Armee als Ganzes. Der Roman sei ein Tendenzroman schlechter Tendenz. Der Gerichtshof hat aber angenommen, daß Graf Vaudissin nicht bloß ein niedriges Motiv geleitet hat, nicht bloß das Interesse des Gelderwerbes und das Verstreben, eine gute Konjunktur auszunutzen, daß er vielmehr sein Buch in ernstlicher Weise hat halten wollen, daß er sich aber bei seiner Abfassung zu sehr von seinen Stimmungen hat fortreißen lassen.

Wir werden in der nächsten Nummer auf diesen Prozeß und die Äußerungen des Angeklagten über die Absichten, welche die Sozialdemokratie seinem Roman angeblich untergelegt habe, zurückkommen.

Aus Industrie und Handel.

Der neueste Akt der Hibernia-Verstaatlichungs-Pötte.

Die gestern in Düsseldorf abgehaltene Generalversammlung der Hibernia ist so verlaufen, wie voranzusehen war: die Mehrheit der Stimmen hat gegen die Verstaatlichung entschieden und ist über den Antrag der Dresdner Bank, der die Aufhebung der in der Generalversammlung vom 27. August gefassten Kapitalerhöhungs-Beschlüsse forderte, zur Tagesordnung übergegangen. Nachdem vom Amtsgericht Gernö die von der letzten Generalversammlung der Hibernia-Aktionäre beschlossene Kapitalerhöhung in das Register eingetragen worden war, und dadurch die 6 1/2 Millionen Mark neuen Aktien das Recht erlangt hatten, mit abzustimmen,

stand fest, daß die Dresdner Bank mit ihrer Gefolgschaft in der Minorität bleiben und ihre Vermählung, die Verstaatlichungs- und Kapitalerhöhungs-Frage nochmals zur Abstimmung zu bringen, sich als ein nutzloses Experiment erweisen werde. Darüber scheint, wie die gestern veröffentlichte Erklärung der Dresdner Bank zeigt, diese sich selbst seit einigen Tagen völlig klar gewesen zu sein, denn sonst wäre die von ihr in alle Welt hinausgeschickte Anklage, daß sie in jedem Falle Protest gegen die Abstimmung einlegen werde, kaum begreiflich.

Woll ein solches Ergebnis der diesmaligen Versammlung von vornherein feststand, war von der Aufregung, die am 27. August die anwesenden Prokaktionäre beherrschte, wenig zu merken. Langsam und fast pedantisch vollzog sich die Erledigung der Geschäfte, durch feinerlei turbulente Szenen unterbrochen.

Ueber die Einzelheiten der Verhandlung wird telegraphisch berichtet:

Am 11 Uhr beginnt die Generalversammlung. Vertreten sind 58 709 000 Mark Aktien, darunter die Dresdner Bank mit 27 430 800 Mark. Abgeordneter v. Cynern übernimmt den Vorsitz in Vertretung des abwesenden ersten Vorsitzenden des Aufsichtsrats; Geheimer Justizrat Winterfeld wird zum zweiten Vorsitzenden gewählt.

Punkt 1 der Tagesordnung lautet: Nochmalige Beratung über den Vorschlag der königlich preussischen Staatsregierung betreffs Abtretung des Unternehmens an den Staat und Beschlußfassung hierüber sowie eventuell über die Modalitäten der Auflösung der Gesellschaft. v. Cynern führt aus, die Verwaltung sei der Ansicht, eine Abstimmung sei gegenstandslos, da die erste Offerte der Staatsregierung bereits rechtsgültig abgelehnt sei und das Angebot des Staates sich nicht auf das insolge der Kapitalerhöhung um 6 1/2 Millionen Mark erhöhte gegenwärtige Grundkapital beziehe. — Rechtsanwalt Bondi-Dresden verliest namens der Dresdner Bank den von dieser angeklagten Protest, worin gegen die Abstimmung der 6 1/2 Millionen Mark junger Aktien Verwahrung eingelegt wird, ebenso gegen die Beschlässe, welche durch Mitstimmungen dieser 6 1/2 Millionen Mark Aktien zustande kommen. Es wird vorgeschlagen, Stimmzettel auszuschreiben. Der Vorsigende erklärt dies als unzulässig, weil die Abstimmung geheim sei. Schließlich wird der Antrag angenommen, die Abstimmungszettel dem Protokollführer in Verwahrung zu geben.

Da aber der Antrag nun einmal gestellt ist, glaubt die Verwaltung ihn zur Abstimmung bringen zu müssen und beantragt hierzu, die Generalversammlung wolle beschließen, die Verstaatlichungs-offerte abzulehnen. Eine Diskussion findet nicht statt. Die Abstimmung ergibt folgendes Resultat: Es stimmten nach Festsetzung der Präsenzliste 58 006 000 Mark an Aktien, vertreten durch 108 Anwesende, u. a. die Berliner Handelsgesellschaft mit 12 300 000 Mark, v. Bleichröder mit 12 276 000 Mark, die Deutsche Bank mit 3 386 000 Mark, Daniel mit 1 805 000 Mark, Geheimrat v. Arnegg mit 1 236 000 Mark, Essener Kreditanstalt mit 545 000 Mark, andere hatten kleine Beträge zu vertreten. Bei der Abstimmung stimmten sieben Stimmzettel mit 27 430 800 Mark für die Verstaatlichung, 101 Stimmzettel mit 31 265 200 Mark gegen die Verstaatlichung.

Zum Punkt 2 der Tagesordnung: Abänderung des ersten Satzes des § 16 des Gesellschaftsvertrages durch Erhöhung der zulässigen Höchstzahl der Aufsichtsratsmitglieder und Feststellung dieser Höchstzahl betont Dr. Gerke-Frankfurt a. M. den Standpunkt der Dresdner Bankgruppe, daß diese an der Beratung und Beschlußfassung kein Interesse habe, da sie nach wie vor auf dem Standpunkt stehe, daß die jungen Aktien nicht stimmfähig seien. Sie ziehe deshalb aus diesen Punkt der Tagesordnung zurück. Da hiergegen ein Einspruch nicht erhoben wird, ist Punkt zwei erledigt und zugleich der damit in Verbindung stehende Punkt vier der Tagesordnung: Für den Fall der Annahme des Antrages auf Abänderung des ersten Satzes des § 16 des Gesellschaftsvertrages durch Erhöhung der zulässigen Höchstzahl der Aufsichtsratsmitglieder und Feststellung der Höchstzahl, Festsetzung der Zahl der neu zu wählenden Mitglieder des Aufsichtsrats und Wahlen zum Aufsichtsrat mit der Maßgabe, daß die neu zu wählenden Mitglieder des Aufsichtsrats erst von der handelsgerichtlichen Eintragung des die Abänderung des § 16 des Gesellschaftsvertrages betreffenden Beschlusses an zu amtieren haben.

Zu Punkt drei: Beschlußfassung über den von der Dresdner Bank und Genossen gestellten Antrag auf Aufhebung sämtlicher in der Generalversammlung vom 27. August 1904 bezüglich der Kapitalerhöhung gefassten Beschlüsse beantragt die Verwaltung, die Generalversammlung wolle beschließen: „Der Antrag zu Punkt drei der Tagesordnung wird in Anbetracht der inzwischen erfolgten Eintragung der Durchführung der Kapitalerhöhung in das Handelsregister für erledigt erachtet.“ Dazu erklärt Rechtsanwalt Dr. Springer-Berlin in Vertretung des Hauses Bleichröder, daß sein Haus von der Ausgabe der 6 1/2 Millionen Aktien für 3 250 000 Mark Aktien übernommen und eingezahlt habe, weshalb es einen gegen die Kapitalerhöhung gefassten Beschluß nicht anerkennen könne.

Geheimer Justizrat Winterfeld als zweiter Vorsitzender der Versammlung gibt die Erklärung zu diesem Punkte ab, daß insolge der Eintragung der 6 1/2 Millionen Mark Aktien eine Beschlußfassung gegenstandslos sei, da das Grundkapital eine Erhöhung erfahren habe. Diese Erhöhung lasse sich nur auf zwei Wegen aus der Welt schaffen, entweder durch Urteil in dem noch schwebenden Prozesse oder durch eine Wiederherabsetzung des gegenwärtigen Grundkapitals. Nach kurzer Debatte wird zur Abstimmung über den oben erwähnten Antrag der Verwaltung geschritten.

Die Abstimmung über den Antrag der Verwaltung zu Punkt 3 ergab: 7 Stimmzettel mit 27 430 800 Mark gegen den Antrag und 97 Stimmzettel mit 31 262 800 Mark für den Antrag der Verwaltung, womit Punkt 3 der Tagesordnung erledigt ist. Direktor Schuster-Berlin erklärt in seinem und im Namen der Dresdner Bank, daß er für Punkt 3 (den Antrag der Dresdner Bank auf neue Beschlußfassung) gestimmt haben würde, wenn er zur Beratung gekommen wäre. Damit wird die Versammlung, die einen ruhigen Verlauf nahm, beendet.

Die Frage ist: was soll nun werden? Sicherlich wird, wie schon ihr Protest beweist, die Dresdner Bank die Abstimmungen gerichtlich anfechten, und es ist immerhin möglich, wenn auch gerade nicht wahrscheinlich, daß die Anmeldung der Kapitalerhöhung und demnach auch die Ausgabe der 6 1/2 Millionen Mark Aktien-Zertifikate und deren Mitabstimmung in der gestrigen Generalversammlung vom Gericht als nicht den Anforderungen des Handelsgesetzes entsprechend erachtet wird. Aber da voraussichtlich die vertretende Partei sich bei der ersten Entscheidung nicht beruhigen, sondern weiter prozessieren wird, so kann die Sache sehr langwierig werden. Wird nun bis zur endgültigen Entscheidung die Dresdner Bank die von ihr angekauften Aktien behalten oder gedenkt die Regierung, trotzdem ihre voraussichtlich die im Besitz der Dresdner Bank befindlichen 27 1/2 Mill. Mark Aktien zur Erreichung ihres Zweckes gar nichts zu nützen vermögen, doch dieser die Last abzunehmen und vom Landtag eine Summe zu fordern, die sich auf mindestens 70 Millionen Mark stellen dürfte? Und was will die Regierung

mit diesem Aktienbesitz anfangen, der jetzt nach der Kapitalerhöhung nicht mal dazu ausreicht, daß sie einige ihrer Vertreter in den Aufsichtsrat zu senden vermag, wenn die Hibernia-Verwaltung nicht will? Ganz abgesehen davon, welche mögliche Rolle die Regierung damit der Öffentlichkeit gegenüber übernimmt, daß sie als Hauptaktionärin einer Aktiengesellschaft fungiert, auf deren Beschlüsse sie keinen Einfluß hat. Oder beabsichtigt vielleicht die Regierung sich vor dem Hochmut der rheinischen Gruben- und Hüttenmagnaten zu demütigen, ihre Verstaatlichungs-Offerte zu erhöhen und die Veräußerung abzugeben, daß sie an weitere Verstaatlichungen nicht denkt? Das hieße, sich selbst in der schiefsten Weise bloßstellen. Aber was dann? Man braucht nur diese Fragen aufzuwerfen, um sofort zu erkennen, in welche Patsche die Ungeklärtheit der langen Erzählung aus Brad- webe die Regierung geföhrt hat. Endlich einmal ein Minister aus dem national-liberalen Lager, und nun erweist dieser sich als ein solches Licht vor dem Herrn!

Das Zustandekommen des neuen Montantrahs Gelsenkirchen-Schalker-Note Erde kann als gesichert gelten. Die Generalversammlung des Raderen Hütten-Aktienvereins Note Erde genehmigte ebenfalls gestern einstimmig die von der Verwaltung beantragte Ermächtigung des Vorstandes zum Abschluß eines Gemeinschaftsvertrages mit der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft und der Aktiengesellschaft Schalker Gruben- und Hüttenverein zu Gelsenkirchen. Ebenso wurde der für den Fall des Zustandekommens dieses Gemeinschaftsvertrages nötigen Statutenänderung einstimmig zugestimmt. Endlich wurden, gleichfalls für den Fall des Zustandekommens des Gemeinschaftsvertrages mit der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft, Geh. Kommerzienrat Emil Kirdorf-Kleinbe bei Gelsenkirchen, Geheimer Seehandlungsrat Max Schüller und Ministerialdirektor a. D. Birkel. Geh. Ober-Regierungsrat Josef Hüter, beide in Berlin, neu in den Aufsichtsrat gewählt.

Preussische Schanzenweisungen. Bekanntlich hatte die Zulassungsstelle der Berliner Börse sich geweigert, die neuen preussischen Schanzenweisungen zum Börsenhandel zuzulassen, weil die Seehandlung nicht genau die Summe der auszugebenden Anweisungen angeben wollte. Auf die Beschwerde der königlichen Seehandlung vom 10. Oktober d. J. hat jetzt die Handelskammer von Berlin nach Kenntnisnahme des Reichspräsidenten des Ministers für Handel und Gewerbe vom 22. Oktober d. J. und unter Berücksichtigung des darin festgestellten Höchstbetrages der auf Grund der Befehle vom 26. April 1896, 20. April 1898 und 1. Juli 1902 auszugebenden preussischen Staats-Schuldverschreibungen in ihrer Sitzung vom 22. Oktober 1904 beschlossen: Die auf Grund der vorgelegten Befehle auszufertigen, vom 1. Oktober 1904 ab verzinslichen, spätestens am 1. Oktober 1908 zurückzahlbaren 2 1/2 Proz. preussischen Schanzenweisungen bis zum Betrage von 248 317 600 Mark zum Handel und zur Notiz an der Berliner Börse zuzulassen.

Dänemarks Margarine-Industrie. In Dänemark nimmt die Margarineproduktion ebenso wie die Butterproduktion mit jedem Jahre zu. Im Jahre 1903/04 (d. h. vom 1. April 1903 bis 31. März 1904) wurden 41 758 201 dänische Pfund Margarine hergestellt, vor zehn Jahren, in 1894/95 erst 15 504 008 Pfund. Die Produktion und der Verkauf von Margarine stehen in Dänemark (seit 1889) unter Kontrolle der Regierung. Im Gegensatz zur Butter bleibt fast die ganze Menge der Produktion zum Verbrauch im Lande. Margarine wird aus Dänemark deswegen nicht exportiert, weil das Härden derselben gesetzlich verboten ist und im Auslande nach weicher (ungefärbter) Margarine keine Nachfrage vorhanden ist. Auch die aus dem Auslande nach Dänemark eingehende Margarine darf nicht gefärbt sein. Ausländische Margarine (hauptsächlich aus Holland) wurde in den letzten Jahren in einer Menge von etwa 5 Millionen Pfund jährlich eingeföhrt. Die Dänen schäken also ihre gute Butter zum großen Teil nach England; sie selbst aber essen vielfach Margarine.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Berlin, 22. Oktober. Nach einem heute über Schweden eingegangenen amtlichen Telegramm des kaiserlichen Gouverneurs von Deutsch-Neu-Guinea ist die Verfolgung der bei dem Ueberfall der Missionstationen in den Bainingbergen auf Neupommern beteiligten geflohenen Eingeborenen beendet. Die Schuldigen sind sämtlich bestraft, die Mörder hingerichtet.

Zur Unterschlachtung Jenneres. Wien, 22. Oktober. (W. T. B.) Bis heute Abend sind von dem von Jenner verurteilten Gelde 245 000 Kronen aufgefunden worden.

Konpromißverhandlungen mit den Tschechen. Wien, 22. Oktober. (W. T. B.) Die „Neue freie Presse“ meldet: Im Hinblick auf die bevorstehende Reichstagsagung sind Verhandlungen mit den Tschechen im Zuge, um eine wirtschaftliche Konpromißpolitik anzubahnen. Es handelt sich darum, die Notstandsvoorlagen, das Budget und den Posttarif aus der Obstruktion auszuschalten.

Französische Deputiertenkammer. Paris, 22. Oktober. (W. T. B.) Hubbard verlangt, daß die Regierung die Initiative bezüglich der Trennung von Kirche und Staat ergreife.

Engerand, Nationalist, wünscht, daß vor einem Beschluß über die Trennung eine allgemeine Volksabstimmung über die Frage veranfaßt werde. Ministerpräsident Combes erklärt, die jüngsten Vorfälle mit den Bischöfen hätten die Unmöglichkeit dargelegt, das Konfordsats-Verhältnis aufrechtzuerhalten. Redner erinnert dann an die Aufforderung des Papstes an die Bischöfe von Laval und Dijon, trotz des Verbotes der Regierung sich nach Lyon zu begeben. Der Papst habe deutlich seine Mißachtung vor dem Konfordsat und den Rechten Frankreichs bewiesen. Die Regierung habe den Papst zur Erfüllung seiner Verbindlichkeiten aufgefordert, und verlangt, daß die Briefe an die ebiden Bischöfe zurückgezogen würden. Da sie keine Genehmigung erhalten habe, habe sie den Vorkämpfer beim Papst abberufen. Der Papst habe den Bischof von Laval gemahregelt, weil dieser zunächst der Regierung sich unterworfen und sich getweigert habe, das Uebergewicht der geistlichen Macht über die weltliche anzuerkennen.

Combes führt weiter aus: Der Bischof von Dijon wurde auch von der radikalischen Opposition angegriffen. Keine Regierung hat eine Einmischung des päpstlichen Nuntius ertrogen. Das Einvernehmen, das nötig ist, um einen Geistlichen zum Bischof zu machen, ist auch nötig, um ihn abzusehen. Die Geistlichkeit hat durch ihre Angriffe die Gebuld der republikanischen Partei erschöpft. Nachdem Redner dann auf die Kundgebungen bei der Schließung der Schulen und auf die Angriffe gegen den Präsidenten Loubet wegen seiner Komreise hingewiesen, fährt er fort: Die Trennung der Kirche vom Staat ist unvermeidlich geworden. Alle Gewalttaten, die den Papst zu bewegen suchen, ihr Uebergewicht in weltlichen Dingen anzuerkennen, haben ihre Mühe vergeblich aufgewendet. Diejenigen, welche ein neues Konfordsat zu Stande bringen wollen, würden dupiert werden und die Regierung schließlich zur Dinnacht verurteilt. Ich will die Freiheit der Kirche in einem mit unseren übrigen Freiheiten vereinbarten Maße. In Wirklichkeit ist der Papst derjenige, welcher die Trennung wollte; er will den Staat unterjochen, wie er die Kirche unterjocht hat. Man sprach von einem Gang nach Canossa. Mag nach Canossa gehen wer will; was mich betrifft, so gestattet es mir weder mein Alter noch meine Geschmacksrichtung, mich dahin zu begeben. (Inhaltender lebhafter Beifall.)

Nach weiterer Debatte wird schließlich mit 325 gegen 237 Stimmen eine Tagesordnung angenommen, durch welche der Regierung das Vertrauen der Kammer ausgesprochen wird.

Der Krankenhaus-Prozess in Hamburg.

dessen Verhandlungen bis dahin keine wesentliche Bedeutung hatten, nahm in der Verhandlung am Freitag einen außerordentlich lebhaften Verlauf. Die Sitzung, welche die sechste dieser Tagung ist, begann mit einem sensationellen Zwischenfall. Nachdem am Schlusse der Mittwochs-Verhandlung, die im übrigen nur mit Verlesungen ausgefüllt wurde, auf Antrag des Angeklagten Rechtsanwalts a. D. Roosen beschlossene worden war, in eine umfassende Beweisaufnahme über die Zustände in den Hamburgischen Staatskrankenhäusern einzutreten und zu diesem Zwecke u. a. auch den Chef des Krankenhauses-Kollegiums Dr. Schröder als Zeugen zu vernennen, sowie die Protokolle des seinerzeit die Untersuchung führenden Bürgerchaftlichen Ausschusses vom Präsidium der Hamburgischen Bürgerchaft einzufordern, teilte bei Eröffnung der heutigen Verhandlung der Vorsitzende Landrichter von Bergen mit, daß ein von dem Präsidium der Bürgerchaft, Landgerichts-Präsidenten Engel-Hamburg unterzeichnetes Schreiben eingegangen sei, in dem mitgeteilt wird, daß die vom Gericht eingeforderten Protokolle des Bürgerchaftlichen Ausschusses nicht ausgeliefert werden würden, da die Sitzungen dieses Ausschusses nicht öffentlich stattgefunden hätten und die Bürgerchaft eine eingehende Körperchaft darstelle, als deren Präsident er die

Aushändigung der Protokolle verweigert.

(Bewegung.) Es handelt sich bei den eingeforderten Protokollen um die Resultate der von der Krankenhaus-Verwaltung im Anschluß an das Erscheinen der unter Anklage stehenden Broschüren angestellten Ermittlungen nach den darin behaupteten Umständen. Diese Protokolle würden dem Bürgerchaftlichen Ausschuss im Original überreicht, während eine von der Verwaltung zurückbehaltene Abschrift im Verlaufe des Verfahrens der Staatsanwaltschaft zuging, die dieses „geheime Dossier“ den Gerichtsakten einverleibte. Das Aufsuchen dieses „geheimen Dossiers“ bereitete bekanntlich die vorige Verhandlung gegen die Angeklagten, die nunmehr auf das Bekanntwerden des Inhalts des Dossiers den größten Wert legen.

Zu Anknüpfung an die Verlesung der Inschrift des Bürgerchafts-Präsidenten Engel bemerkt der Vorsitzende, daß es ihm fraglich erscheine, ob nach diesen Erklärungen das Gericht überhaupt in der Lage sei, das geheime Dossier zu verlesen, da es ja nur die Abschrift eines Originals darstelle, das zu den Geheim-Akten der Bürgerchaft gehöre, deren Herausgabe durch deren Präsidenten verweigert worden sei. Rechtsanwalt Dr. Goldfeld: Er sei der Ansicht, daß der Präsident der Bürgerchaft nicht das Recht habe, die Herausgabe der Protokolle zu verweigern, da die Hamburgische Bürgerchaft keine Behörde im Sinne des Gesetzes sei. Er stelle daher den Antrag, die Protokolle event. durch einen Gerichtsvollzieher beschlagnahmen zu lassen und zwar bei demjenigen, der sie zuerst im Besitze habe.

Staatsanwalt Jermann: Er müsse den Antrag auf Beschlagnahme der Akten unterstützen. Nach dem Gesetze könnten die Akten einer Körperchaft nur dann zurückgehalten werden, wenn die vornehmste Dienstbehörde erkläre, daß aus ihrer Veröffentlichung irgend welche Nachteile zu befürchten seien. Die Hamburgische Bürgerchaft sei nur eine parlamentarische Körperchaft, keine Behörde, es könne ihr daher auch nicht von einer vorgehenden Dienstbehörde, etwa ihrem Präsidium, die Akte sein.

Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Bradenhoef: (der Mitglied der Hamburgischen Bürgerchaft ist): Daß das Präsidium der Bürgerchaft unsere oberste Dienstbehörde sein sollte, dazu wollen wir es doch nicht kommen lassen. Auch die Konstruktion, daß eine parlamentarische Körperchaft das Recht haben sollte, vertrauliche Akten nicht auszuliefern, ist unhaltbar. Die ganze Sache wird immer jeftämmer und deshalb kann ich nicht umhin, auch meinerseits den Antrag auf Beschlagnahme der Akten zu stellen.

Angeklagter Dr. Roosen (der sich selbst verteidigt): Ein gewisser Respekt vor einer gesetzgebenden Körperchaft verlange, daß man, auch wenn das Gesetz eine Lücke enthalte, sich auf diese nicht beziehe, sofern es sich nicht um vitale Interessen handele. Er sei der Meinung, daß man das Zwangsmittel der Beschlagnahme im vorliegenden Falle nicht anzuwenden brauche, da man ja das geheime Dossier in der Hand habe und niemand das Gericht an dessen Verlesung hindern könne. Er befürchte, daß andernfalls der Prozeß, der schon so viel verwickelte Rechtsfragen geboren habe, auch noch zu einem Kolleg für staatsrechtliche Fragen werden würde. Der Beweis, daß der Bürgerchaftliche Ausschuss bei der Krankenhausepisode nicht so gearbeitet habe, wie er arbeiten mußte, lasse sich schließlich auch ohne das geheime Dossier führen. Das Gericht habe nur nötig, das nachzuholen, was der Ausschuss versäumt habe, nämlich die Patienten zu den in den Broschüren geschilderten Fällen als Zeugen zu vernennen.

Nach längerer Beratung verkündete Landrichter v. Bergen, daß sich das Gericht den Beschlufs auf Beschlagnahme der Bürgerchafts-Protokolle vorbehalte und zunächst die früheren Mitglieder des Bürgerchaftlichen Ausschusses, Landgerichtsdirektor Dr. Govers, Weerwein, Wöhning und Prahl, als Zeugen über die Arbeiten des Ausschusses hören und Dr. Govers erfragen werde, die mit der Beschlagnahme bedrohten Akten mitzubringen und daraus dem Gericht vorzutragen. Das Gericht sei der Ansicht, daß unter diesen Umständen sich die Beschlagnahme vielleicht umgehen lasse.

Dr. Bradenhoef: Damit kommen wir immer noch nicht in den Besitz der Protokolle. Ich verstehe nicht, weshalb man sich so sehr gegen die Einsichtnahme in die Akten sträubt und bleibe dabei, daß sie beschlagnahmt werden müssen.

Staatsanwalt Jermann: Auf keinen Fall wird man uns hindern können, die Abschriften der Protokolle hier zu verlesen. Es gelangt dann zunächst ein vertraulicher Bericht über eine im Sitzungssaale des königlichen Charité-Krankenhauses in Berlin am 8. Dezember 1901 stattgehabte Konferenz der deutschen Krankenhaus-Direktoren

in Sachen der Schwesternpflege zur Verlesung, der den Hamburger Krankenhaus-Protokollen beiliegte. Dieser Konferenz wohnten u. a. bei: Geh. Med.-Rat Prof. Dr. von Bergmann-Berlin, Geh. Med.-Rat Prof. Dr. Curschmann-Leipzig, der Generalarzt der Armee Ober-Prof. Dr. Schaper, Professor König von der königlichen Charité, Geh. Med.-Rat Gürtler-Hannover, Geh. Rat von Leyden-Leipzig, Prof. Schweninger und ferner die Professoren Senator, Färbringer, Gerhardt, Hahn, Polly, Kenbers, Heubner, Sonnenburg, sowie für die Hamburgischen Anstalten der als Zeuge anwesende Prof. Dr. Venberg. Der Generalarzt der Armee Prof. Dr. Schaper legte dieser Versammlung nahe, sich zu den Angriffen der Angeklagten gegen die Krankenpflege auf Männerabteilungen durch weibliche Pflegerinnen zu äußern, da inzwischen an den Reichstag und den Bundesrat ein Gesetzesvorschlag gelangt sei mit folgendem Wortlaut: „Die Verwendung weiblicher Personen zur berufsmäßigen Pflege männlicher Kranken in Krankenanstalten jeglicher Art ist verboten. Nur im Notfalle, wo das Leben eines Menschen in Gefahr und keine andere Hilfe zur Hand ist, sind Ausnahmen zum Zwecke einer vorübergehenden Hilfeleistung zulässig. Zur Reinigung der für die Aufnahme von Männern dienenden Krankenzimmer dürfen weibliche Personen unter 40 Jahren nicht verwendet werden.“ Ein solcher Gesetzesvorschlag würde ja nicht angenommen werden, allein, da von den Angeklagten behauptet werde, daß genügendes männliches Wärterpersonal vorhanden sei, um die Verwendung weiblicher Hilfspersonen überflüssig erscheinen zu lassen, so erachte es nötig, zu diesem Punkte und zu der Forderung der sog. „wilden“ Schwestern Stellung zu nehmen, in welcher Frage die Schriften der Angeklagten manches Sachliche enthalten. Dagegen bedürften die vielfachen Angriffe gegen die Ärzte einer Widerlegung nicht, wohl aber seien Schritte notwendig, um die Schwestern gegen

beleidigende Angriffe, wie sie in den Schriften in großer Zahl enthalten seien, zu schützen. Es wurden deshalb folgende Fragen zur Besprechung gestellt: 1. Läßt sich durch höheren Lohn ein zuverlässiges Wärterpersonal

gewinnen? 2. Vietet die männliche Pflege vor der Schwesternpflege Vorteile? 3. Erscheint ausschließlich Schwesternpflege auf Männer-Abteilungen zulässig? 4. Ist es vorteilhafter, den Schwestern auf Männer-Abteilungen Wärter beizugeben? 5. Ist es zulässig, daß auf den Aufnahme-Stationen für Männer Schwestern Dienst tun? 6. Ebenso auf den Abteilungen für männliche Geschlechtskranke, ferner in Vordräumen, beim Rasieren und dergleichen? 7. Erscheint es notwendig, in die mit Schwesternschaften abzuschließenden Verträge die Bestimmung aufzunehmen, daß Schwestern zu keinen Hilfspersonen herangezogen werden dürfen, welche ihr Sittlichkeitsgefühl betrieuen könnten? 8. Sind in größeren Krankenhäusern sog. „wilde“ Schwestern tätig?

Es folgte dann eine sehr eingehende Debatte. Geh. Rat v. Leyden glaubt nicht, daß einfach durch höheren Lohn gutes männliches Personal gewonnen werden könne; in der Straßburger Klinik habe er katholische Schwestern und Hilfspfleger gehabt. Erstere waren gut, letztere schlecht, und die dortige Direktion glaube, daß durch höheren Lohn kein geeignetes männliches Personal zu gewinnen wäre, weil die Leute zu ungebildet seien. Auch Prof. Curschmann-Leipzig meinte, daß man selbst gegen höchste Löhne kein geeignetes Wärterpersonal erhalten würde. Geh. Rat König führte aus: Die Pflege müsse immer eine doppelte sein, eine körperliche und eine geistige, und besonders die letztere könne nur die Frau leisten, für Männer sei das unmöglich. In der chirurgischen Klinik der königlichen Charité seien die besten Erfahrungen damit gemacht, daß die Pflege von Schwestern geleitet werde, unter welchen Wärtern arbeiten. Prof. Frankel vom Urban-Krankenhaus in Berlin meinte, die sich zum Krankenwärterdienst Meldenden seien meist verlorene Existenzen. Die Zustände auf diesem Gebiet hätten sich erst gebessert, als die Schwesternpflege gewonnen sei. Prof. Färbringer vom Krankenhaus am Friedrichshain vertritt beim Wärterpersonal vor allem die Humanität und die volle Hingabe an den Beruf; dazu komme das Trinkselberumwesen, das die Wärter demoralisiere.

Geh. Rat Kenbers ist ebenfalls der Ansicht, daß durch höheren Lohn kein besseres Wärterpersonal zu gewinnen sei, höchstens gute Oberwärter. Er erkläre das Haupthindernis in dem Mangel einer einheitlichen Organisation des Wärterpersonals, das keine ordentliche Vor- bezw. Ausbildung und keine Aussicht auf spätere Verforgung habe.

Prof. Sonnenburg wies auf den

Fall Anstalt hin; die Erhöhung der Löhne habe doch bewirkt, daß der Beschl des Wärterpersonals nicht mehr so paß sei wie früher.

Der Verwaltungsdirektor der königlichen Charité, Geh. Reg.-Rat Müller, hob hervor, daß hinsichtlich des raschen Wechsels und der Unbrauchbarkeit des männlichen Wärterpersonals in der Charité gleich ungünstige Verhältnisse vorlägen, wie in den Hamburger Krankenhäusern.

Geh. Rat Gerhardt ließ einen Teil der Wärter durch einen Stabsarzt ausbilden, aber gerade dieser Teil verließ noch vor Ablauf eines Jahres die Anstalt. Geheimrat Hahn sprach für gemischtes Personal bei Männern, weibliches bei Frauen und Kindern. Er hat im Operationsaal nur weibliches Personal, aber wo das Schamgefühl der Frau gesont werden muß, männliche Hilfe, die dann von Volontärärzten geleistet würde. Wärter habe er im Operationsaal gar nicht mehr und habe seitdem bessere Zustände. — Prof. Frankel wies u. a. darauf hin, daß auch in der Privatpflege Frauen meist lieber genommen würden, ebenso machte Prof. Heubner darauf aufmerksam, daß besonders für Nachtmachen nur weibliches Personal auf die Dauer brauchbar sei. — Prof. Dr. Kotter vom katholischen St. Hedwigskrankenhaus in Berlin teilte mit, daß dort die Männerabteilung den barmherzigen Schwestern unterstehe, unter deren Leitung die Wärter die gewöhnlichen Arbeiten ausführen. — Prof. König ist der Ansicht, daß Männer nicht wie Frauen in Gesellschaften zusammenzutreten, um sich die Krankenpflege drücken zu lassen; da wählen die Männer lieber einen anderen Beruf. Eine Organisation der Wärter erscheine nicht möglich. — Geh. Rat Trendelenburg-Leipzig empfahl auf das warmste die ausschließlich weibliche Pflege, wie er sie jetzt in Leipzig habe und teilte die ganz traurigen Erfahrungen mit, die er früher mit männlicher Pflege gemacht habe. Erst seit der Einführung der weiblichen Pflege auf allen Männerabteilungen hätten auch die fortwährenden Streitigkeiten zwischen Schwestern und Wärtern aufgehört. — Prof. Lenharz-Hamburg hielt das Urteil des Herrn Trendelenburg für entscheidend, da auch er dieselben schädlichen Erfahrungen mit vielen Wärtern gemacht, und empfahl, wo es nur irgend angeht, ausschließlich weibliche Pflege; er wünsche auch keine Hilfspfleger unter den Schwestern. Die Erfahrungen, die seit Jahrzehnten in Leipzig gemacht seien, bewiesen die Vorteile dieser Einrichtung. In Hamburg seien die gleichen Erfahrungen gesammelt. Die in der Broschüre beliebte Unterscheidung zwischen konfessionellen und rote Kreuz-Schwestern sei ganz willkürlich, sowohl die Diakonissen wie die barmherzigen Schwestern übten in der Wirklichkeit die gleichen Pflichten aus wie die rote Kreuzschwestern, wenn auch die gebrauchten Bestimmungen gewisse Einschränkungen enthielten. Er führt dafür eine Reihe von Beispielen aus den verschiedenen Krankenhäusern und Orten an. In Bremen pflegten nur die jüngeren Diakonissen bei Operationen an den männlichen Geschlechtskranken den Operationsaal zu verlassen. Hedner führte an, daß ihn auch aus dem Wiener Bürgerhospital berichtet sei, daß die Hilfspfleger nicht zu brauchen seien; von abends 8 Uhr seien überdies dort immer nur barmherzige Schwestern für alle Pflegeakte zur Verfügung. — Geh. Rat Gerhardt: Im Julius-Hospital in Würzburg, wo seit Bestehen desselben — also seit mehreren Jahrhunderten — nur weibliche Pflege auch auf den Männerabteilungen besteht, sei in den 13 Jahren seiner Amtstätigkeit niemals etwas vorgekommen; die weibliche Pflege habe sich ausgezeichnet bewährt. — Prof. Curschmann-Leipzig: Das Wort „ausschließlich weibliche Pflege“ müsse im Jacobshospital in Leipzig cum grano salis genommen werden; es sind viele Protokollanten und Volontärärzte da, welche eben die Hilfspflegerleistungen übernehmen, die das

Sittlichkeitsgefühl der Schwestern

verlehen könnten. Eine ganze Zahl von Dingen muß doch von männlichem Personal besorgt werden. Er hält für nötig, daß auf jeder größeren Männerabteilung 1-2 ambulante Wärter vorhanden seien, deren Vorgesetzte die Schwestern nicht zu sein brauche; auch im Badehaus, auf der Aufnahme-Station sei männliches Personal unentbehrlich, während die Pflege der Kranken im engeren Sinne auf den Sälen ausschließlich weiblichen Pflegekräften anvertraut sein sollte. — Prof. Gürtler-Hannover hat im Altemeinien-Hause nie Unannehmlichkeiten mit der Schwesternpflege gehabt, auch dort sind zur Hälfte der Schwestern ein bis zwei Wärter angestellt. Er empfiehlt doch einen bezüglichen Satz in die Kontrakte mit Schwesternschaften aufzunehmen, daß sie tunlichst von bestimmten Sachen fernzuhalten seien; welche, das müßte dem Laiegefühle des Arztes überlassen bleiben. Bei Geschlechtskranken und Geschlechtskranke sollte die Schwesternpflege ausgeschlossen sein. — Geh. Rat Kenbers: In Berlin ist alleinige Schwesternpflege nicht durchzuführen; ein gemischtes System mit gut bezahlten Wärtern, nämlich Oberwärtin, ist das Beste.

Zum Schluß sagte Generalarzt Prof. Schaper die Aeußerungen dahin zusammen, daß die überwiegende Ansicht der Anwesenden dahin gehe, daß ausschließlich Schwesternpflege, besonders für die Berliner Verhältnisse, nicht möglich sei; daß die Pflege der männlichen Kranken am besten durch ein gemischtes

System gesichert würde; besonders wäre männliche Hilfe in den Aufnahme-Stationen der Männer, in den Badehäusern, für Massage, den Abteilungen für Geschlechtskranke, für Deliranten unumgänglich nötig; auf den anderen Abteilungen wären für diejenigen Hilfspflegerleistungen, welche das Sittlichkeitsgefühl der Schwestern betrieuen könnten, männliche Hilfspfleger erforderlich, welche am besten den Schwestern unterstellt wären.

Die Versammlung beschloß dann auf den Vorschlag der Herren Geh. Räte König und v. Bergmann, auf die Broschüren nicht in der Art zu reagieren, daß man gleich an den Bundesrat gehe, sondern die ganze Sache dem Minister vorzulegen und den Vorkänden der Schwesternverbände zu empfehlen, auch ihrerseits Schritte bei den Behörden zu tun.

Zu Anknüpfung an diese Verlesung folgte

die Vernehmung des Senators Dr. Schröder.

Er wird zunächst über die vielbesprochene Rede vernommen, die er seinerzeit nach Erscheinen der inkriminierten Broschüre gelegentlich der Weihnachtsfeier im Eppendorfer Krankenhaus gehalten hat und in deren Verlauf er nach dem Bericht, der im „Hamb. Korr.“ darüber erschien, die gesamten Angriffe als „Kasse Unwahrheiten“ zurückwies. Der Zeuge betonte zunächst, daß die Rede veranlaßt worden sei durch die Angriffe, die sich doch in wesentlichen gegen die Schwesternpflege richteten, und die daher den Zweck hatten, die Schwestern zu beruhigen. Aus dem Verlesen des Konzeptes der Rede ergibt sich, daß sie vielfach ganz wesentlich mit dem Wortlaut des im „Korr.“ zum Abdruck gelangten Berichtes differiert. In der Rede ist unter anderem ausgeführt, daß sich bei der Untersuchung in keinem Falle die Behauptungen über sittliche Exzesse der Schwestern haben nachweisen lassen; die Anschuldigungen, so wird mit Nachdruck ausgeführt, haben sich nicht als wahr erwiesen. Auf Befragen des Vorsitzenden gibt der Zeuge an, es sei wohl möglich, daß er dem Dr. Sandow keine Mitteilung von dem Beschlufs zugehen ließ. Dr. Goldfeld konstatierte, daß das Konzept der Rede, wie sie Senator Dr. Schröder vorgetragen habe, wesentlich von dem Zeitungsreferat im „Korrespondenten“ abweiche. Insbesondere erkläre er dieses die Behauptung der Broschüre nur insofern für in keinem Fall erwiesen, als von Exzessen einzelner Schwestern gesprochen worden sei, während das Zeitungsreferat so verstanden werden müsse, als ob alle tatsächlichen Angaben der Broschüren unwahr seien.

Nach Vernehmung des Zeugen regt Dr. Goldfeld an, ob die Beweisaufnahme nicht unterbrochen werden könne, ebenso die Frage nach der Verjährung der ganzen Sache. Der Angeklagte Dr. Roosen erklärt darauf, daß er auf die Einrede der Verjährung verzichte, da er es nicht für vornehm halte, wenn ein Angeklagter von diesem Mittel Gebrauch mache. Der Staatsanwalt wendet sich gegen den Antrag unter Bezugnahme darauf, daß man mitten in der Beweisaufnahme stehe, und daß er es deshalb für bedenklich halte.

Rechtsanwalt a. D. Dr. Roosen beantragte dann noch: 1. Den Berichtstatter des „Hamb. Korr.“ darüber zu vernennen, ob er sein Referat über die Rede des Senators Schröder aufrichtig erhalten; 2. ihm, dem Angeklagten, endlich Einsicht in das „geheime Dossier“ zu gestatten, und 3. die drei Zeugen: Prof. Lenharz, Dr. Wiesenberger und Oberarzt Jolasse zu konfrontieren, um festzustellen, ob ersterer die bekannte Resolution seiner Anstaltsärzte verkündet haben dürfte oder nicht.

Nach längerer Beratung verkündete Landrichter v. Bergen, daß die Beschlufsfassung über alle Beweisanträge vorbehalte und zunächst die Beweisaufnahme schlicke, um die Plaidobers über die Verjährungsfrage entgegenzunehmen. In diesem Zwecke wurde die Verhandlung auf Montag vormittag vertagt.

Gewerkchaftliches.

Grober Unfug.

Die moderne Gesellschaft ist nicht in der Lage, das Uebel der Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Untergeleitete Arbeitsnachweise können das Uebel höchstens teilweise weniger fühlbar für den einzelnen machen, indem sie verhüten, daß den einen die ganze Schwere der Brot- und Erwerblosigkeit durch Monate trifft, während andere Glücklichere der Zufall schnell über Arbeitspausen hinweghilt. Nur verteilen, nicht schaffen kann der Arbeitsnachweis die Arbeit.

Darum empört es ja gerade die Arbeiterchaft mit Recht so, daß die Schachtmacher-Verbände in ihren fälschlich Arbeitsnachweis genannten Wahregelungs-Bureaus gerade umgekehrt wirken wie ein gut geleiteter Arbeitsnachweis, und diese Bureaus benutzen, um den Arbeitern, die sich durch Untertätigkeit auszeichnen, das Hungerbrot immerwährender Arbeit zu bieten, über die Kadenstarken aber die Hungerpeitsche in Form völliger Arbeitslosigkeit zu schwingen.

Die Arbeiter, denen es gelungen ist, durch einen gut geleiteten Gewerkschafts-Arbeitsnachweis oder in Form eines wirklich paritätischen, mit den Unternehmern gemeinsam geleiteten Nachweises solchen Verhältnissen zu entgehen, sollten alles tun, diese Errungenschaft hochzuhalten und sie zu festigen.

Auch die Kapazitäten in Berlin besitzen einen paritätischen Nachweis, dessen Wert leider — wie es scheint — nicht alle Beteiligten zu schätzen wissen. Und liegen mehrere Karten vor, in welchen von diesem Nachweis Arbeiter verlangt werden. Auf einer der Karten ist die Unterschrift des Unternehmers direkt gefälscht. Derselbe erklärte den ihm zugesandten Arbeitslosen, daß er keine Arbeiter verlangt habe. Auf einer anderen Karte ist als Arbeitgeber ein gewisser Lotenhof, Landsberger Allee 22, angegeben. Dort befindet sich — ein Kirchhof. Das wurde ebenfalls erst von den Arbeitssuchenden entdeckt, da in der Tat die Branche mehrere Arbeitgeber namens Lotenhof aufweist.

Was ist nun die Ursache solchen Unfugs? — Auf dem Bureau vermutet man, daß Arbeitssuchende selbst die Karten aufgegeben haben zu dem Zwecke, die vor ihnen auf der Liste stehenden auf einige Zeit aus dem Arbeitsnachweis zu entfernen, um dann etwa in dieser Zeit als frei gemeldete Stellen selbst besetzen zu können.

Das wäre unkollegialisch gehandelt gegen Leute, die schon länger arbeitslos sind, es wäre aber auch lächerlich! Durch derartige Mittel diskreditiert man die Institution und macht einen geregelten Arbeitsnachweis unmöglich. Um eines augenblicklichen kleinen Vorteils willen wird — wir nehmen den besten Fall an — gedankenlos eine große Sache gefährdet; und wenn es unter Umwelts auf solche Vorkommnisse den Gegnern des Arbeitsnachweises gelingen sollte, denselben wieder zu beseitigen, tragen die Veranstanter dieses Unfugs den Schaden gemeinsam mit der großen Masse.

Charaktervolle Arbeiter sollten sich zur Anwendung solcher kenden Mittel im Kampfe ums Dasein überhaupt nicht herbeilassen, sondern bedenken, daß man die eigene Lage dauernd nur heben kann, wenn man ehrlich mitarbeitet am Ausbau der Institutionen, die dem Allgemeinwohl dienen!

Berlin und Umgegend.

Für die Gips- und Zementbranche ist der kürzlich zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern abgeschlossene Tarifvertrag gestern auf dem Gewerkegericht feierlich geworden. Unierkündig anerkannt haben den Tarif 16 Firmen einschließlich der dem Berliner Beton-Verein angehörenden Geschäfte mit rund 2800 Arbeitern. Etwa

20 Firmen haben nicht unterzeichnet, jedoch bezahlen diese teilweise den tarifmäßigen Lohn bereits seit dem 1. Oktober. Der andere Teil dieser letztgenannten Firmen hat sich jedoch deshalb nicht zur Anerkennung des Tarifs bereit finden lassen, weil die von ihnen beschäftigten, meistens unorganisierten italienischen Arbeiter selbst nicht an der Tarifbewegung teilgenommen haben.

In dem Auslande des Gesamtpersonals der Buchdruckerei von Reinhold Kühn, Leipzigerstraße, ist eine wesentliche Veränderung noch nicht eingetreten. Die Hoffnung der Firma auf einen Abfall der Ausständigen hat sich nicht erfüllt. Soweit dieselben noch nicht anderweitig bereits Arbeit erhalten haben, leben sie mit frohem Mut der Entwidlung der Dinge entgegen. Die „arbeitswilligen“ Erlagmannschaften wechseln alle Tage, da sie teils mit der Arbeit, teils mit dem Gemütsmenschen Herrn Faktor Albrecht sich nicht befreundeten können. Da von einzelnen Schriftisten die verschiedensten Systeme vorhanden sind, die Arbeitswilligen aber nicht fähig sind, dieselben unterrichten zu können, so gleichen die Seelkisten einem großen Zwiebelstichhaufen. Bezeichnend für die Beliebtheit der Firma ist, daß sich noch nicht ein einziger Berliner Korrektor für die durch den Ausstand frei gewordene Stelle gefunden hat. Herr Albrecht muß selbst im Schwelge seines Angeichts die Korrekturen lesen. Da viele hiesige und auswärtige Behörden bei der Firma ihre Arbeiten ausfertigen lassen, z. B. das Amtsgericht in Charlottenburg, das Landgericht I und II Berlin, das Kammergericht, das Oberlandesgericht Frankfurt a. M. und Köln, der Magistrat zu Schöneberg, die Bau- und Ministerialkommission sowie das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung, so soll nicht unterlassen werden, diese auf den wahren Grund des Ausstandes aufmerksam zu machen. Das soziale Empfinden der Firma ging soweit, daß sie einen bei ihr seit Jahren beschäftigten Maschinenmeister, der in vollem Maße das Vertrauen seiner Kollegen hatte, während einer kurzen Krankheit, verurteilt durch eine Ausschlagung der linken Hand während seiner Tätigkeit bei der Firma, die Entlassung ins Haus schickte, wahrscheinlich als Trost für den erlittenen Unfall. Glücklicherweise gehören ähnliche Handlungen in den Berliner Buchdruckereien zu den Seltenheiten. Da die Firma unausgesetzt durch die Fach- und Tagespresse Arbeitsträfte sucht, so sei darauf aufmerksam gemacht, daß dieselbe für organisierte und tarifreue Gehälfen gesperrt ist.

Die Aussperrung der Müllkutscher gestaltet sich für die Aussperrten am Schluß der Woche günstiger als am Anfang derselben. Schon sollen sich die Unternehmer geäußert haben, den größten Teil der alten Leute wieder einzustellen, weil sie mit den Arbeitswilligen nicht fertig werden können. Wie überall bei Lohnkämpfen, so werden auch hier die Streikposten mit übermäßiger Strenge von den Polizeibehörden behandelt. In der Kieholzstraße zu Treptow zum Beispiel wurde ein Streikposten von dem daselbst postierten Gendarm ohne jeden Grund geschlossen nach dem dortigen Amtshaus transportiert.

Gestern war eine Kommission der Aussperrten auf dem Polizeipräsidium vorstellig geworden, um Einspruch gegen die Begünstigung der Abfuhrunternehmer durch die Hauswirte zu erheben, die mir dadurch möglich sei, daß die Polizei die Anhäufung des Mülls auf den Höfen dulde. Die Kommission wurde vom Geheimrat Brauer empfangen, der jede polizeiliche Duldung in der angeordneten Hinsicht in Abrede stellte und hervorhob, daß schon gegen eine ganze Anzahl von Hauswirten Strafverfügungen wegen Anhäufung des Mülls ergangen seien. Hierauf überreichte die Kommission Herrn Brauer ein Zirkular der Firma Hermann Scheller, das die Hauswirte um freundliche Unterstützung während der Aussperrung ersucht und in dem es folgendermaßen heißt: „Ich will dabei nicht unterlassen, besonders zu bemerken, daß die Polizeireviere Nachricht über die Sachlage erhalten und den Verhältnissen bei etwaiger vorübergehender Anhäufung von Müll in den nächsten 8 Tagen Rechnung tragen werden, so daß Polizeistreifen jederzeit nicht zu befürchten sind.“ Herr Brauer sprach seine Verwunderung über jenes Zirkular aus und bemerkte gleichzeitig, er habe zwar im „Vorwärts“ etwas Ähnliches über eine angeblich auffällige Nachsicht der Polizei den Hauswirten gegenüber gelesen, es jedoch für unwahr gehalten. Nun sich die betreffende Firma in ihrem Zirkular aber selbst auf eine gewissermaßen polizeiliche Zusicherung von Nachsicht wegen Anhäufung des Mülls berufe, so könne er nur sagen, daß Herr Scheller, der allerdings in dieser Sache bei ihm vorstellig gewesen sei, keinerlei Konzessionen gemacht worden seien. Die Reviervorstände seien vielmehr angewiesen worden, den in Frage kommenden Hauswirten mitzuteilen, daß, falls das umherliegende Müll nicht innerhalb 24 Stunden abgefahren wäre, dies dann auf Kosten der Wirte durch die Polizei gesehen würde. Mit dieser Erklärung konnte die Kommission beruhigt nach Hause gehen, um jetzt noch energischer wie bisher die Regelung der Lohnfrage mit den Unternehmern in die Hand zu nehmen.

Die Aussperrung der Möbelschleifer. Nach den beim Holzarbeiterverband eingelangten Meldungen sind gestern 16 Tischler aus 18 Werkstätten, die schon bisher ausgesperrt hatten, aufs neue ausgesperrt worden. Dem zur Abwehr der Aussperrung ins Werk gestellten Streiktraten 43 Tischler des Betriebes von Jaroski in der Dranienstraße bei.

Der Streik der Rahmenvergolder hat einen guten Erfolg gehabt. Die einmütige Arbeitsniederlegung veranlaßte die größten und maßgebendsten Geschäfte der Branche, über die Köpfe der Innung hinweg die Forderungen der Arbeiter zu bewilligen. Unter diesen Umständen konnte die Innung ihren Widerstand natürlich nicht aufrecht erhalten. In einem Schreiben an den Vorsitzenden des Vergolderverbandes erklärte der Vorsitzende der Innung, daß diese nach kurzer Debatte die geforderte Lohnerhöhung von 7 1/2 Proz. bewilligt hat. — Die am Sonntag abgehaltene Versammlung der Rahmenvergolder nahm eine Resolution an, worin sie erklärt, daß sie den mit der Innung getroffenen Vereinbarungen zustimmt, daß aber in allen Werkstätten, wo weniger als 25 M. Wochenlohn gezahlt wurde, an der Forderung einer Lohnerhöhung von 10 Proz. festgehalten wird.

Die Lage des Streiks der Balkenarbeiter der Firma Mecklenburg, Kaiserstr. 6/7, Fabrik Georgenkirchstr. 64, ist unverändert. Es haben sich zwar einige Arbeitswillige gefunden, doch ist die Leistung minderwertig. Die Lage ist für die Streikenden gut. Die Verhandlungen mit Herrn Mecklenburg führten zu keinem Resultat. Die Fabrik bleibt nach wie vor gesperrt.

Deutsches Reich.

Die streikenden Schlächter in Hamburg beginnen, das Streikgebiet zu verlassen, um die Streikliste zu entlasten. Der Streikkommission ist es bis jetzt gelungen, die meisten Arbeitswilligen wieder abzusprechen.

Auf einer Konferenz der Buchbinder Nordbayerns, die in Nürnberg tagte, wurde konstatiert, daß die Organisation überall gute Fortschritte gemacht und daß die auf dem Dresdener Verbandstag beschlossene Beitragserhöhung auf die Mitgliederzunahme nicht ungünstig eingewirkt hat, wie von verschiedenen Seiten befürchtet wurde. Nur die Zahl der Einzelmitglieder ist etwas zurückgegangen, während die Mitgliederzahl in den Jahrestellen beträchtlich gestiegen ist. Von allen Delegierten wurde die Anstellung eines besoldeten Bezirksleiters für Bayern als unbedingt notwendig bezeichnet und mit dem Hinweis darauf begründet, daß es ohne sonderliche Schwierigkeiten gelungen ist, in den Nürnberger Kunstanstalten die neunstündige Arbeitszeit durchzuführen, ein Erfolg, den man nur der Unabhängigkeit des damaligen Vorsitzenden zu verdanken habe. Es wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der Vorstand und Ausschuß des Verbandes ersucht werden, die Anstellung eines Bezirksleiters so bald als möglich zu betätigen.

Ausland.

Der Straßenbahnerstreik in Norrköping. Am Mittwoch ist der Verkehr vormittags um 10 Uhr teilweise aufgenommen worden. Um die Mittagszeit sammelten sich wiederum auf den verschiedenen Plätzen große Volksmassen an und wiederum kam es zu Polizeistößen und zu vielen Sittstößen. Die Zahl der Demonstranten wird vom Schwedischen Telegraphenbureau auf 1000 angegeben. Am Abend wiederholten sich die Demonstrationen nicht oder doch nicht in dem Maße, was hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, daß der Straßenbahnerstreik schon gegen 6 Uhr, also bevor die Arbeitszeit in den Fabriken und Werkstätten beendet war, eingestrichelt wurde. Die Gesellschaft, der die Rockspinger Straßenbahnen gehören, führt den Titel: „Elektriska aktiebolaget A. G. O.“ Das Aktienkapital, eine halbe Million Kronen, ist zum größten Teil von deutschen Kapitalisten gezeichnet worden. Daß die schwedischen Behörden mit so großem Eifer für diese deutsche Gesellschaft eintreten, mag als ein neuer Beweis für die Internationalität des Kapitalismus gelten. Die Militärbehörden in Stockholm sind sogar soweit gegangen, daß sie Leute, die noch bis zum 1. November militärdienstpflichtig waren, schon jetzt entlassen hat, damit sie in Norrköping Streikdienstleistungen leisten können. — Die weiter gemeldet wird, ist übrigens in Norrköping jetzt auch Militär requiriert worden zum Schutze der Streikbrecher und der Straßenbahngesellschaft. Die parteiliche Haltung der Behörden erscheint um so verwirrender, wenn man weiß, wie bescheiden und selbstverständlich das ist, was die Streikenden fordern. Sie verlangen: 1. Daß der Vorsitzende ihrer Organisation, dem lediglich deswegen, weil er Vorsitzender ist, gekündigt wurde, nicht entlassen werde; 2. daß bei Anschuldigungen wegen Verfehlungen im Dienst dem Angeklagten Gelegenheit gegeben werde, sich, eventuell durch Zeugen, zu rechtfertigen; 3. daß einem gewissen Kontrolleur wegen seines brutalen Auftretens gegen das Personal eine ernste Zurückweisung zuteil werde; 4. daß Verwarnungen durch den Direktor selbst erteilt werden und alle Strafverfügungen von ihm selbst unterschrieben sein sollen; 5. daß das Personal, ungeachtet dessen, ob der einzelne der Organisation angehört oder nicht, in gleicher Weise behandelt werden soll. Die Streikenden sind dem Direktor soweit entgegengekommen, daß sie sich bereit erklärten, einen anderen Vorsitzenden zu wählen, wenn ihm die Person des jetzigen nicht genehm sei; der Direktor aber hat erklärt, er werde jeden Angestellten entlassen, der zum Vorsitzenden der Organisation gewählt würde.

Die Rasendemonstrationen gegen die Streikbrecher haben sich auch am Donnerstag wiederholt. Die Polizei beschränkte sich jedoch nur darauf, die Demonstranten aufzufordern, zu „zirkulieren“. Dem wurde selbstverständlich in aller Ruhe nachgegeben. Die das Schwedische Telegraphenbureau meldet, sind jedoch wiederum verschiedene Personen inhaftiert worden. Von den Demonstranten der beiden vorhergehenden Tage haben ungefähr 50 Anklagen wegen Teilnahme an einem Aufruf erhalten. Im Strafgesetzbuch sind hierfür Geldbußen von 10 bis zu 200 Kronen vorgesehen. — Die Zahl der jetzt vorhandenen Streikbrecher wird auf 35 angegeben. Sie zeichnen sich nicht durch besondere Gewissenhaftigkeit im Dienst aus. Eine alte Frau wurde von einem Streikbrecher überfahren und erlitt so schwere Verletzungen, daß man sie in einer Drohschle vom Plage bringen mußte. Ein schon oft wegen Fahrlässigkeit vorbestrafter Streikbrecher fuhr gegen eine Drohschle. Der Kutscher wurde vom Bod geschleudert, die Drohschle wurde komponentiert und das Pferd ging durch. Infolge Unachtsamkeit desselben Streikbrechers mußte auch ein Hund sein Leben lassen.

Wochen-Spielplan der Berliner Theater.

Königliches Opernhaus. Sonntag: Der Freischütz. Montag: Tristan und Isolde. (Anfang 7 Uhr.) Dienstag: Cavalleria rusticana. Coppelia. Mittwoch: Lohengrin. (Anfang 7 Uhr.) Donnerstag: Don Juan. Freitag: Carmen. Sonnabend: Evangelmann. Coppelia. Sonntag: Menst. (Anfang 7 Uhr.) **Neues König. Opern-Theater.** Sonntag: Theodora. Montag: Judith. Dienstag: Theodora. Mittwoch: Ein frischer Tag. Donnerstag: Theodora. Freitag: Des Meeres und der Liebe Wellen. Sonnabend: Die Journalisten. Sonntag: Theodora. Montag: Ein Wintermärchen. **Deutsches Theater.** Sonntag, nachmittags 2 1/2 Uhr: Maria Friedländer. Sonntag abend, Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag: Rettungslieber. Freitag: Maria Friedländer. Sonnabend: Dagland. Sonntag, nachmittags 2 1/2 Uhr: Lady Windermere's Fächer. Sonntag abend: Dagland. Montag: Dagland. **Berliner Theater.** Sonntag: Sarah Bernhardt: L'Aiglon. Montag: Sarah Bernhardt: L'Aiglon. Dienstag: Sarah Bernhardt: La Dame aux camélias. Mittwoch: Japantreich. Donnerstag: Ueber unsere Kraft. (1. Teil.) Freitag: Japantreich. Sonnabend: Götter von Verklungen. Sonntag: Japantreich. Montag: Alt-Heidelberg. **Leipzig-Theater.** Sonntag, nachmittags 2 1/2 Uhr: Rose Bernd. Sonntag abend: Florian Geier. Montag: Traummusik. Dienstag: Florian Geier. Mittwoch: Traummusik. Donnerstag: Florian Geier. Freitag: Traummusik. Sonnabend: Florian Geier. Sonntag, den 30. Oktober, nachmittags 2 1/2 Uhr: Die verurteilte Glöck. Sonntag abend: Traummusik. Montag: Die Frau vom Meere. **Theater des Deutsches.** Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Der Wildschütz. Sonntag abend: Die Tante schläft. Die kleinen Lämmer. Montag und Dienstag: Die Tante schläft. Die kleinen Lämmer. Mittwoch: Der Rigeunerbaron. Donnerstag: Die Tante schläft. Die kleinen Lämmer. Freitag: Die Hugenotten. Sonnabend: Tell. Sonntag, den 30. Oktober, nachmittags 3 Uhr: Tell. Sonntag abend: Die Tante schläft. Die kleinen Lämmer. Montag: Hamlet. **National-Theater.** Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Der Wildschütz. Sonntag abend: Der Freischütz. Montag: Jar und Zimmermann. Dienstag: Der Freischütz. Mittwoch: Figaros Hochzeit. Donnerstag: Der Wildschütz. Freitag: Der Barber von Sevilla. Sonnabend: Donna Juanita. Sonntag, den 30. Oktober, nachmittags 3 Uhr: Der Freischütz. Sonntag abend: Donna Juanita. Montag: Unbestimmt. **Neues Theater.** Sonntag und Montag: Die lustigen Weiber von Windsor. (Anfang 8 Uhr.) Dienstag: Erdgeist. (Anfang 8 Uhr.) Mittwoch: Die Kronpräsidenten. (Anfang 7 Uhr.) Donnerstag: Die lustigen Weiber von Windsor. (Anfang 7 Uhr.) Freitag: Die Kronpräsidenten. (Anfang 7 Uhr.) Samstag: Die lustigen Weiber von Windsor. (Anfang 7 Uhr.) Sonntag: Die Kronpräsidenten. (Anfang 7 Uhr.) **Schiller-Theater O. (Wallter-Theater.)** Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Die Kinder der Exzellenz. Sonntag abend, Montag und Dienstag: Die Jüdin von Toledo. Mittwoch: In Behandlung. Donnerstag: Die Kreuzschreiber. Freitag und Sonnabend: Die Jüdin von Toledo. Sonntag, den 30. Oktober, nachmittags 3 Uhr: Johannisfeuer. Sonntag abend und Montag: Die Jüdin von Toledo. **Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelm-Schiller-Theater.)** Sonntag, nachmittags 3 Uhr: König Lear. Sonntag abend, Montag und Dienstag: Die Großadmiral. Mittwoch: Die Kreuzschreiber. Donnerstag: In Behandlung. Freitag und Sonnabend: Krieg im Frieden. Sonntag, den 30. Oktober, nachmittags 3 Uhr: Madame X. Sonntag abend: Krieg im Frieden. Montag: Die Kreuzschreiber. **Residenz-Theater.** Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Die 300 Tage. Von Sonntag abend bis Sonnabend abend: Eine Hochzeitssnacht. Sonntag, den 30. Oktober, nachmittags 3 Uhr: Das große Geheimnis. Sonntag abend und Montag: Eine Hochzeitssnacht. **Kleines Theater.** Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Logis des Herzogs. Kollegen. Serenissimus-Juchenspiele. Sonntag abend: Elektra. Montag: Nachspiel. Dienstag: Des Volkes Rufe. Mittwoch: Fräulein Julie. Donnerstag: Nachspiel. Freitag: Fräulein Julie. Sonnabend: Nachspiel. Sonntag, den 30. Oktober, nachmittags 3 Uhr: Kollegen. Familienidyll. Serenissimus-Juchenspiele. Sonntag abend: Elektra. Montag: Nachspiel. **Trianon-Theater.** Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Madame X. Von Sonntag abend bis Sonnabend: Galkons Frauen. Sonntag, den 30. Oktober, nachmittags 3 Uhr: Madame X. Sonntag abend und Montag: Galkons Frauen. **Welle Alliance Theater.** Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Maria Stuart. Von Sonntag abend bis Sonnabend: Die Zugenglocke. Sonntag, den 30. Oktober, nachmittags 3 Uhr: Maria Magdalena. Sonntag abend und Montag: Die Zugenglocke. **Julien-Theater.** Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Krieg im Frieden. Sonntag abend und Montag: Rein Leopold. Dienstag: Der Registrator auf Reisen. Mittwoch: Hamlet. Donnerstag: Fräulein Julie. Freitag: Fräulein Julie. Sonnabend: Von Stufe zu Stufe. Sonntag, den 30. Oktober, nachmittags 3 Uhr: Der Registrator auf Reisen. Sonntag abend: Fräulein Julie. **Volkstheaterhaus.** Sonntag, nachmittags 3 Uhr: In Behandlung. Sonntag abend bis Mittwoch: Wiederleute. Donnerstag und Freitag: Fesseln der Liebe. Sonnabend: Wiederleute. Sonntag, den 30. Oktober, nachmittags 3 Uhr: In Behandlung. Sonntag abend: Fesseln der Liebe. **Carl Weill-Theater.** Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Die jüdischen Verwandten. Sonntag abend: Der Jüngerbaron. Montag: Die Fledermaus. Dienstag und Mittwoch: Die jüdischen Verwandten. **Thalia-Theater.** Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr: Charleys Tante. Sonntag abend bis Sonnabend abend: Der Weiberkönig. Sonntag, den 30. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr: Charleys Tante. Sonntag abend und Montag: Der Weiberkönig. **Zentral-Theater.** Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Die Geisha. Sonntag abend: Der Bettelstudent. Montag: Die Geisha. Dienstag: Der Jüngerbaron. Mittwoch: Die Fledermaus. Donnerstag: Die Puppe. Freitag: Boccaccio. Sonnabend: Der Generalkonul. Sonntag, den 30. Oktober, nachmittags 3 Uhr: Die Puppe. Sonntag abend: Der Generalkonul. **Kasino-Theater.** Sonntag, nachmittags 4 Uhr: Der Demoziant. Von Sonntag abend bis Sonnabend: Rutter Gräbert. Sonntag, den 30. Oktober, nachmittags 4 Uhr: Bestimmungsfahrt. Sonntag abend und Montag: Rutter Gräbert. **Apollo-Theater.** Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Frühlingstanz und Spezialitäten. Abends: Berliner Lust. Spezialitäten. Sonntag, den 30. Oktober, nachmittags 3 Uhr: Frühlingstanz und Spezialitäten. **Deutsch-Amerikanisches Theater.** Abends: In diesen und nächsten Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Ueber'n großen Teich. **Gebrüder Herrfeld-Theater.** Abends: Nur eine Nacht. Am andern Morgen. **Metropol-Theater.** Abends: Ein toller Narr. **Vollage-Theater.** Abends: Hans Fredy. Dda. **Wintergarten.** Abends: Spezialitäten. **Reichshallen-Theater.** Abends: Stettiner Sängler. **Artona-Theater.** Laubstr. 48/49. Täglich abends: Im Bannkreis der Jungfrau. Mittwoch und Sonnabend, nachmittags 4 Uhr: Die Weltausstellung in St. Louis. Darauf: Der Verdächtige.

Vermischtes.

Ein dreijähriges Mädchen von einem Freitagen erwürgt. In Kanterre haben unlängst Eltern auf ganz seltsame Weise ein dreijähriges Töchterchen verloren. Das Kind lag in der Wiege und schlief, während die Mutter das Zimmer für kurze Zeit verlassen hatte. Als sie zurückkehrte, bot sich ihr ein iherlicher Anblick. Stößen und Weitzug waren über und über mit Blut befleckt. Der herbeigerufene Arzt konnte der trostlosen Mutter nur die Mitteilung von dem Tode des Kindes machen. An der Kehle und hinter dem Ohre entdeckte er zwei Wundwunden, aus denen das Blut geflossen war, und die den Tod des kleinen Geschöpfes herbeigeführt hatten. Der Arzt und die Eltern standen vor einem Rätsel und konnten sich nicht erklären, wer dem Kinde die Verletzungen hatte beibringen können. Schließlich fand der Vater in einer Ecke des Zimmers ein eingeschlagenes Freitagen, das Maul voller Blut. Es war kein Zweifel, daß das Tier, das einem Nachbar gehörte, durch die offene Tür sich eingeschlichen und das schlafende Mädchen wie ein Kaninchen erwürgt hatte.

Ueber eine Wetterkatastrophe wird aus Nigier berichtet: Ein sehr starker Gewittersturm hat bei Ain Sefra gewütet; der Fluß trat aus seinen Ufern und zerstörte die Hälfte der Ortschaft. Die Zahl der Opfer ist sehr groß; mehrere Leichname sind aufgefunden. Durch die Ueberschwemmung bei Ain Sefra sind, wie bisher festgestellt ist, zehn Europäer und vierzehn Eingeborene umgekommen.

Original SINGER Nähmaschinen
Man beachte die Fabrikmarke.
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
Berlin, Leipzigerstrasse 92.
Filialen in allen Stadtteilen.

Roh-Tabak
Formen: Original-Fabrikpreise.
Sumatra
No. 245
belle, 2. Länge, tabellos im Brand, a M. 2.40 verzollt.
No. 246
feinbraun, 3. Länge, tabellos im Brand, a M. 1.35 verzollt. 4742
J. Fränkel
181 Brunnenstrasse 181
11 Kolibuserstrasse 11.

Rohtabak. 4732*
Größte Auswahl! Billigste Preise
Guter Brand! Vorzügliche Qualität
Sämtl. Fabrikationsutensilien.
Heinrich Franck
Berlin N., Brunnenstr. 185.
Besichtigen Sie bitte sofort:
Sumatra-Deck, Roßblatt, hellbraun, guter Brand 150 Pf.
do. ganz hell 300 Pf.
Uckermark, beste Qual., groß, sehr blattig, 60, 65, 70 Pf.
Abfall, meist abersecht, 60 Pf.
Wir rauchen nur
Hoyer-Zigaretten.
Fabrik Schöneberg, Guckelstraße 5.

Achtung!
Rein Geschäft befindet sich nicht mehr Alexanderstr. 22, sondern
Magazinstr. 14,
W. Hermann Müller,
Berlin. 4752*

Patente,
Anmeldung, Vertretung, Kauf, Finanzierung in- und Ausland, Anschläge Kostenlos, Prüfung von Patenten, Bezeichnung Zahlmengen 9-4, Sonn. 11-1, Wolters & Co., Wilhelmstr. 119/120.

Teilzahlung
kaufen Sie am besten!!!
bei **Jahre & König,**
Warschauerstr. 72.
(Wöchentlich nur 1 Mk.) Herren-, Damen- und Wecker-Standuhren, Regulateure, Broschen, Ringe, Kettchen. 5292*

Hygien-Bedarfsartikel.
Illustr. Preisl. frei.
Gustav Engel,
Berlin 172,
Potsdamerstraße 131.

Englisch. Unterricht
(Konversation u. Anfangs-Unterricht) erteilt und Übersetzungen übernimmt
[55162*]
Gertrud Swinty,
Schöneberg, Sedanstraße 57, III
Zahn-Klinik. beliebige Teilzahlung.
Invalidenstr. 145.
Olga Jacobson,

Warmes Zimmer
besser als Kohlen gibt Kuchen- und Kuchenholz. Zu den billigsten Preisen liefert daselbe öfentrecht zerleinert die Holzhandlung **W. Jonentz, Berlin**
5242* Bärwaldstr. 65.
Tanzmeister Jürgens,
Manglstr. 21, Sonnabends, Sonntags frei, übernimmt Tanzleitung für Vereine etc.
7022*

Achtung!! Billige Landparzellen
ganz dicht bei Berlin (10 Pfennig-Tour)
an der Stadtbahnstation Bieddorff, herrliche gesunde Lage, Ia. Gartenboden, jetzt noch billige Preise, R. 15, 20, 25, 30 Mark etc. Kaufende Bedingungen. Verkäufer täglich, auch Sonntags, im Bahnhofsrestaurant Bieddorff. [124/7

Hüte.

Gegr. 1875.

Verkauf zu mäßigen, streng festen Preisen.

Gegr. 1875.

Schirme.

Max Kaplan, Herren-Moden

1 Friedrichstr. 1,

Maß-Anfertigung in allen Preislagen und bekannter Güte.

Knaben-Garderobe.

Jackett-Anzüge Mk. 16, 18, 20, 22, 24, 26, 28, 30, 32 usw.

Winter-Paletots Mk. 15, 16, 18, 20, 22, 24, 26, 28, 30 usw.

Jünglings-Anzüge Mk. 8, 9, 10, 11, 12, 14, 16 usw.

Knaben-Anzüge Mk. 3, 3,50, 4, 4,50, 5, 5,50, 6 usw.

Wäsche.

Außergewöhnlich billig: Zurückgesetzte Winter-Paletots in allen Farben Mk. 10-15.

Krawatten.

Illustr. Katalog kostenfrei.

A. Schonert

Betten-

Bettfedern- und Daunen-Specialgeschäfte

50., Oranien-Strasse 12, (Ecke Heinrichsplatz)

W., Gleditsch-Strasse 49 (Winterfeldtplatz).

Kinderbettstellen v. 7,50 bis 110,- Mk.
 Betten, der Stand " 12,- " 110,50 "
 Bettfedern, das Pfd. " 0,50 " 6,- "
 Daunen, das Pfund " 2,50 " 10,- "

Rosshaar-Matratzen, Daunendecken, Kamelhaardecken, Schlafdecken.

Neu aufgenommen am Heinrichsplatz:

Kinderwagen.

Polster-Bettstellen v. 6,50 Mk. an

Polster-Matratzen v. 3,75 Mk. an

Eigene Polsterwerkstatt.

Billige, feste Preise.

Satin-Steppdeck en v. 5,75 Mk. an

Von 5 Mk. an Metall-Bettstellen

Kenner rauchen



Zenith

Cigaretten!

14L*

778L

Ausnahmepreise

Imit. Perser

Teppiche

Gebet- und Dekorationsstücke
 getreue Kopien echter Perser
 von wunderbarer Farbenpracht
 auf beiden Seiten benutzbar.

90x185 cm M.	3,75 (Wert 6,00)
130x200 " "	5,50 " 8,25
160x230 " "	8,25 " 12,75
200x300 " "	12,50 " 18,50
250x350 " "	19,50 " 28,50
300x400 " "	26,00 " 39,00

Passende Bett- u. Pull-Teppiche
 42 Pf., 75 Pf., 1,00 M., 1,50 M.

Teppich-Spezialhaus

Emil Lefèvre

Berlin S., Oranienstr. 158.

Nach auswärts per Nachnahme.

Pracht-Katalog
 mit zirka 600 Illustrationen
 auf Wunsch gratis u. franko.

Extra billig!

div. Teppiche

mit kleinen Webfehlern!

Enorme Ersparnisse im Haushalte

erzielt man durch die überall und von Jedermann unbestritten als beste anerkannten **Noas Original-Extrakte** zur kinderleichten, mühelosen Selbstbereitung von Kognak, Rum, Branntwein, echten Likören sowie allen alkoholhaltigen und alkoholfreien Getränken etc. Preis p. Fl., reichend zu 2/3 Liter und mehr fertigen Likör etc., je nach Sorte 25, 30, 40, 50, 60, 75 Pf. etc.

Rezept zu Kognak: 1 Ltr. Weing. 90%, allerrf. 1,55
 1/4 Ltr. Wasser
 1 Fl. Noas Kognak-Extr. exfl. 0,70
 über 2/3 Ltr. = Prf. 2,25

Rezept zu Rum à la Jamaika: 1 Ltr. Weing. 90%, allerrf. 1,55
 1 Ltr. Wasser
 1 Fl. Noas Rum-Extr. exfl. 0,70
 über 2/3 Ltr. = Prf. 2,25

Jeder kleine Versuch eine große Ueberraschung. Wohlgeraten unmöglich! Der **Noas Original-Extrakte** nur einmal versuchte, wird niemals wieder etwas anderes verwenden. Glänzende, ehrenvolle Anerkennungen aus hohen und allerhöchsten Stellen des In- und Auslandes. Preis. Rezeptbuch 100seit. Illustr. 10. Auflage. „Die Destillation im Haushalte“, sämtl. Recepte enthaltend, gratis.

Habell und Verkauf **Max Noa**, Berlin N. 24, Gleditschstr. 5, 3. Haus vom Rosenthaler Tor.

Raucher

Haas-Tabak



Specialität:
Anerkannt beste Qualitäten
 in 10, 20 u. 30 Pfg.-Packeten
 für kurze und lange Pfeifen
 zu haben in den Cigarren-Specialgeschäften.

Engros-Niederlagen für Wiederverkäufer:
Carl Roecker, Berlin O., Grüner Weg 112.
H. Saltzmann, Berlin S., Luisen-Ufer 3.
F. August Schmidt, Berlin SO., Köpenickerstr. 116.
H. & P. Uder, Berlin SO., Engel-Ufer 5.
A. Capelle, Charlottenburg, Kantstr. 115.

Kinderwagen-Bazar „Baby“

S. Kaliski. Haupt-Geschäft: Invalidenstr. 160 an der Brunnenstrasse

- Lager Gr. Frankfurterstr. 115 an der Andreasstraße.
- Lager Oranienstr. 31 an der Adalberstraße.
- Lager Bismarckstr. 18 an der Thurmstraße.
- Lager Reinickendorferstr. 2c neben d. Markthalle. Auf Nummer achten.
- Lager Potsdamerstr. 83b an der Gleditschstraße.
- Lager Belle-Alliancestr. 107 am Halleschen Thor.
- Lager Tauentzienstr. 7a an der Nürnbergerstraße.
- Lager Brunnenstr. 92 an der Rügenstraße.
- Lager Spandau, Havelstr. 20.

Allerbilligste Cassapr. auch bei gröss. Ratenzahlung.
 Special-Abteilung für Singer- A., Naumann-Bobbins, Adler-, Weeler- & Wilson-Maschinen, mit 5 Jahr. Garantie.
 Auch ohne Anzahlung 1 M. wöchentlich.
 Unterricht wird gratis erteilt. — Reparaturen in eigener Werkstatt billig.
 Alle Maschinen nehme bis zu 30,00 Mark in Zahlung.
 Auf Wunsch kommt Vertreter mit Catalog.
 Schneider, Schneiderinnen u. Versicherungsbeamte etc. werden als Agenten angestellt.

Near Singer A. von 45,00 an.

Lieferant der Lehrer-, Postbeamten und des Rabattvereins Norden. 13.50, 18, 22.50-150,00.

Hut-Fabrik Alfred Krug

Berlin N., Brunnenstr. 54. a. d. Straßunderstr.

2. Geschäft: Schönhauser Allee 115. a. Ringbahnhof.

Special-Geschäft 1. Ranges.

Herren-Hilfshüte Prf. 1,90, 2,40, ff. 3,00 und 4,00.
 Seidenhüte von 4-15 Prf. und Chapeaux claquees.
 Mützen für Herren und Knaben von 40 Pf. anfangend.

Reelle Bezugsquelle. Fachmännische Bedienung.

Kredit. Monatlich

10 Mark
 liebre Auslage
 Paletots
 nach Maß
 Per Kasse auch billige Preise.
 Schneidermeister,
 Prinzenstr. 55.

J. Tomporowski.

Manufakturwaren-Sortiments-Geschäfte

R. & S. Moses | Rudolf Moses

Reinickendorfer-Strasse 4 | Metzger-Strasse 41

Ecke Dalldorfer Strasse, an der Markthalle Wedding | Ecke Weissenburger Strasse, in der Nähe des Schönhauser Tors.

gehören zu den größten und ältesten Lieferanten des Sparvereins „NORDEN“.

Damen-Kleiderstoffe in Wolle und Seide. Blusenstoffe in modernsten Dessins. Ballstoffe.	Konfektion Kostüme Blusen Jacketts Kragen Kinderkleider.	Pelzwaren in Muffen, Kolliers Nerz, Nutria, Tibet. Strickwesten Strümpfe
Leinen- und Baumwollwaren Handtücher Bettwäsche	Tischzeuge Bettfedern	Wollwaren Sweaters Trikotagen Handschuhe

Garnierte Damen- und Kinder-Hüte in großer Auswahl. Spezialität: Englische Hüte.

Für Wohnungs-Einrichtungen: in grosser Auswahl Gardinen, Steppdecken, Teppiche, Läufer, Portieren, Tischdecken.

A. JANDORF & CO

SPITTELMARKT 16/17
Ecke Leipziger Strasse

BELLE ALLIANCE-STR. 1/2
Am Blücherplatz

GROSSE FRANKFURTER-STR. 113
Ecke Andreas-Strasse

BRUNNEN-STR. 19/21
Ecke Veteranen-Strasse

Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag soweit der Vorrat reicht

Neuheit! Handarbeiten Neuheit!

Neuer Genre für die Küche mit Erdbeeren-Application.

Kennen Sie unser Rabatt-System?

Besenhandtuch garniert und vorgezeichnet	2 ³⁵ M.	Bürstentasche Filz, 2teilig, vorgezeichnet	35 Pf.	Küchenspindecke garniert und vorgezeichnet	68 Pf.
Küchenhandtuch garniert und vorgezeichnet	1 ⁸⁵ M.	Bürstentasche Filz, reich garniert, 2teilig	58 Pf.	Lampenputztasche garniert und vorgezeichnet	75 Pf.
Küchentischdecke garniert und vorgezeichnet	1 ⁴⁵ M.	Bürstentasche Filz, fertig, 2teilig	65 Pf.	Topflappentasche garniert und vorgezeichnet	38 Pf.
Eimerspindecke garniert und vorgezeichnet	85 Pf.	Streichholzbehälter Filz	58 Pf.	Brotbeutel garniert und vorgezeichnet	90 Pf.
Wasser-Leitungsschoner garniert und vorgezeichnet	75 Pf.	Kissen mit Volant, garniert und vorgezeichnet	58 Pf.	Frühstücksbeutel garniert und vorgezeichnet	48 Pf.
Beckenbehang garniert und vorgezeichnet	75 Pf.	Bartbinden vorgezeichnet	18 Pf.	Kissen mit Volant, garniert und vorgezeichnet	90 Pf.
		Bartbinden fertig gestickt	38 Pf.		
Besenhandtuch garniert u. vorgezeichnet	95 Pf.	Läufer Aidastoff, fertig gestickt, „Handarbeit“	2 ⁴⁵ M.	Küchentischdecke garniert und vorgezeichnet	58 Pf.
		Tischdecken Aidastoff, fertig gestickt, „Handarbeit“	2 ⁴⁵ M.		

Ein Posten Taffet „Reine Seide“ in vielen Farben, Meter **1⁴⁵ M.**

Unsere photographischen Ateliers sind von morgens 8 Uhr bis abends 9 Uhr geöffnet.
1 Dtz. Visit (1 Person) **1⁸⁰ M.** 1 Dtz. Kabinet (1 Person) **4⁸⁰ M.** 1 Dtz. Postkarten (1 Person) **1²⁰ M.**

Original-Reichel - Essenzen.
Nachweislich die Besten, Bewährtesten und im Gebrauch Billigsten.

Original-Reichel - Essenzen.
Ueber 250 Sorten nur in Originalfl. für ca. 2 1/2 Ltr. 25, 40, 50, 60, 75 Pf. etc.

Berühmte Original - Reichel - Essenzen.

Natürliche Destillate und Extracte in höchster Vollkommenheit zur schnellen und leichten Herstellung eines jeden Liqueurs wie Cognac, Rum, Allasch, à la Benedictiner u. Chartreuse, Bonenkamp, Ingber, Kümmel, Cacao, Vanille, Rosen, Nordhäuser, Punsch etc.

Otto Reichel, Essenzen-Fabrik, BERLIN SO., Eisenbahnstr. 4.

Original-Reichel - Essenzen.
Überall erhältlich. Niederlagen durch Schilder kenntlich, wo nicht, Versand ab Fabrik.

Original-Reichel - Essenzen.
Allein echt mit Marke Lichtherz. Nehmen Sie keine Nachahmungen.

Bitte genau auf Hausnummer zu achten!

Central-Leihhaus, Jägerstrasse 72, Ecke Kanonierstrasse.

Täglicher Verkauf von eleganten Winter-Paletots und Anzügen von M. 10, 12, 15, 20, 25—30 Prima. Knaben- und Jünglings-Anzüge, Kammgarn-Anzüge, Hochzeits-Anzüge, Herren-Schlafrocke, Joppen, Geh- und Reise-Pelze, Herren- und Damen-Stiefel. Ein grosser Posten Teppiche. Alles fabelhaft billig. Tausende eleganter Herren-Garderoben sind jetzt zur Winter-Saison zum Verkauf gestellt, und sind Bauchsachen, selbst für die korpulentesten Herren passend, in grosser Auswahl vorhanden. Polzeillich konz. Leihhaus. 7322

Sonntags geöffnet von 7—10 und 12—2.

Prämiiert mit Staats- und Goldenen Medaillen!

Höchst beachtenswert!
Beste Herren- und Knaben - Garderoben der Gegenwart!

Carl Zobel, Berlin SO., Köpenickerstr. 121, Ecke Michaelkirchstrasse.

Für die Herbst- und Winter-Saison 1904-5 sind die Läger in allen Abteilungen in reichster Auswahl ausgestattet, alle Größen, auch für korpulente Herren, sind vorrätig. — Meine Garderoben zeichnen sich besonders durch vorzügliche Verarbeitung, elegante Fassons, tadellosten Sitz und dauerhafte Stoffe aus; für jedes bei mir gekaufte Kleidungsstück übernehme ich volle Garantie. Wie in meinen sieben großen Schaufenstern, so sind auch in meinen Lägern an jedem Gegenstand deutlich mit Druckschrift in Zahlen vermerkte feste Preise, die ich in Anbetracht der Güte so billig berechnet habe, daß ich mich sowohl in fertigen Garderoben wie auch bei der Anfertigung nach Maß von keiner Konkurrenz überbieten lasse. — **Zuschneider und Werkstätten im Hause.** — **Besichtigung ohne Kaufzwang gestattet.** — **Ankleidezimmer in jeder Abteilung.** — **Der neueste Katalog wird gratis versandt.**

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Dienstagabend 8 1/2 Uhr: Generalversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: Bericht und Abrechnung vom 3. Quartal. Vortrag des Genossen M. Grünwald: „50 Jahre preussisches Herrenhaus“.

Groß-Lichterfelde. Mittwochabend 8 Uhr findet bei Reifen, Chausseestraße 104, eine Volksversammlung statt. Reichstags-Abgeordneter Genosse Dr. Gradnauer spricht über: „Sozialdemokratie und Monarchie“.

Mariendorf-Mariensfelde. Dem schon lange ausgesprochenen Wunsche der hiesigen Parteigenossen, wenn irgend möglich den „Vorwärts“ in eigene Regie zu übernehmen, wird nach dem von der hierzu gewählten Kommission ingenieurliche Agitation erfreuliche Resultate gezeitigt hat, am 1. November stattgegeben werden.

Spandau. Am Dienstagabend 8 1/2 Uhr spricht Genosse Kayenstein im königlichen Saale, Pichelsdorferstr. 39, über das Thema: „Ein Weg zur Befreiung“.

Reinickendorf. Dienstag findet in der Tanne, Rordbahnstr. 11, und bei Franke, Eichbomstr. 18, Disputierabende.

Schwargendorf. Dienstagabend 8 1/2 Uhr findet im Restaurant „Sandsouci“ die ordentliche Generalversammlung des Wahlvereins statt.

Spandau. Am Dienstagabend 8 1/2 Uhr spricht Genosse Kayenstein im königlichen Saale, Pichelsdorferstr. 39, über das Thema: „Ein Weg zur Befreiung“.

Lokales.

Unmöglich!

Die Stadtverordnetenversammlung hat in einer der letzten Sitzungen eine Vorlage, betreffend Verwastung gewisser Anwesen im Gymnasium zum Grauen Kloster, einer Kommission zur Vorberatung überwiesen.

Bei dem Berlinerischen Gymnasium zum Grauen Kloster besteht seit Gründung der Anstalt im Jahre 1574 die sogenannte Kommunitätssasse. Sie ist ursprünglich aus verschiedenen kleineren und größeren Schenkungen für „unbemittelte aber fähige“ Schüler entstanden.

In Jahre 1898 gelang es dem Direktor der Anstalt, das bezeichnete Grundstück mit Genehmigung des Magistrats und der staatlichen Aufsichtsbehörden für den Preis von 1 500 000 M. zu veräußern.

Die gewaltige Werterschöpfung, die es dem Eigentümer des Grundstücks, hier einem Gymnasium, ermöglichte, von einem Tage auf den anderen ein jährliches Einkommen von 4 000 M. in ein solches von 52 500 M. (nur 3 1/2 Proz. Verzinsung vorausgesetzt), zu verwandeln, ist gewiß interessant, namentlich in dem Augenblick, wo auch in Berlin der Gebante aufwacht, die Grundsteuer nach dem gemeinen Wert, statt nach dem Nutzungswert zu erheben.

Das Kaufgeld wurde bar ausbezahlt und unter unserer Mitwirkung ginsbar angelegt. Da es aber unmöglich erschien, Zinsen im Betrage von mehr als 45 000 M. unmittelbar zum Nutzen unbemittelter aber fähiger Schüler zu verwenden, so machte der Direktor — nachdem die Stipendien, für deren Vergabe übrigens inzwischen ein Statut vereinbart, der Zahl und der Höhe nach vermehrt worden waren, — den Vorschlag, durch Erweiterung und Umbau der Räume des Gymnasiums diesen und damit mittelbar auch den bezeichneten Schülern eine lange ersehnte Wohltat zu erweisen.

Nachdem dieser Vorschlag die Billigung sowohl des Magistrats als der Staatsschulbehörde gefunden hatte, sind die Neu- und Umbauten in den Jahren 1900—1904 ausgeführt worden.

- a) Es wurde das Grundstück Klosterstraße 73 für das Gymnasium zum Preise von rund 500 000 M. angekauft, und es wurden auf demselben die Wohnungen des Direktors und zweier Oberlehrer, sowie die Unterrichtsräume für die Streitsche Stiftung neu erbaut; ferner wurde
b) das bisherige Direktorialgebäude in der Klosterstraße 74 zu Wohnungen für drei Oberlehrer umgebaut,
c) das Gebäude Neue Friedrichstraße 84 niedergelegt und an dessen Stelle ein kleineres, lediglich Schulräume enthaltendes Gebäude errichtet.
Endlich wurde
d) die bei dem Bau der neuen Turnhalle in der Neuen Friedrichstraße, welcher teils aus den Mitteln des Miets- und Baufonds des Gymnasiums, teils aus allgemeinen städtischen Mitteln bewirkt worden ist, erforderlich geordnete Ablösung des Wohnungsdrehtes der St. Nikolaische für den Küster der Klosterstraße an dem mit zur Turnhalle verwendeten sogenannten Küsterwohngebäude mit 24 500 M. auf die Kommunitätssasse übernommen und an die Kasse der St. Nikolaische ausgezahlt. Hierbei wurden zugleich überall in den alten Klostergebäuden durch Einbauten und Querwände verunstalteten schönen Arcadengänge und Gemälde wieder hergestellt.

Wir haben soweit getüzt, um dem Leser selbst das Urteil zu überlassen, inwiefern hier für die Schüler „mittelbar“ etwas geschehen sei, wobei zu berücksichtigen ist, daß die Stiftungen ausdrücklich für

„unbemittelte“ Schüler bestimmt waren, während die hier etwa für die Schüler gemachten Leistungen keineswegs gerade diesen zugute kommen. Direktor, Magistrat und Staatsschulbehörde, d. h. das Provinzialschulkollegium haben, wie uns bedünkt, hier in augenfälligster Weise gegen die Bestimmungen der Stiftungen gehandelt.

Vielleicht aber erscheint uns der oben von uns durch Sperrdruck hervorgehobene Satz. Es erschien dem Direktor, dem Magistrat und dem Provinzialschulkollegium unmöglich, 45 000 M. jährlich für „unbemittelte aber fähige“ Schüler zu verwenden! Man weiß nicht, soll man über diese Philister lachen oder weinen. Gätten sie nur in einen sozialdemokratischen Arbeiter gefragt — er hätte ihnen den richtigen Rat gegeben, denn er kennt die Forderung des sozialdemokratischen Parteiprogramms:

„Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.“

Daß diese Forderung eine ideale ist, wird wohl allseitig zugegeben werden; ihre Erfüllung scheidet, wie es bei den heute herrschenden Kreisen heißt, an der Kostenfrage. Hier war für einen Versuch im Kleinen die Kostenfrage gelöst. Schon heute kommt es in vereinzelten Fällen vor, daß ein Anabe mit Hilfe reicher Gönner von der Volksschule auf das Gymnasium verpflanzt wird, wobei aber alles von der Laune des Gönners abhängt. Rechnen wir einmal für die gesamte Unterhaltung eines Gymnasialisten im Durchschnitt jährlich 1200 M., nehmen wir an, daß dieser alle Klassen des Gymnasiums in neun Jahren durchmacht, daß ihm für weitere drei Studienjahre auf der Universität beim Abgang vom Gymnasium ein Stipendium von jährlich 1200 M. bewilligt wird, so könnte die Stadt Berlin jährlich 8—4 der ausgezeichnesten Schüler ihrer Gemeindefschulen dem Gymnasium zum Grauen Kloster zuführen, denn die Jahreseinnahme von sagen wir 48 000 M. ermöglicht die gleichzeitige Unterhaltung von 40 Jünglingen, deren jeder aber nach unserem Anschlag auf 12 Jahre rechnen darf.

Daß unser Anschlag nicht vollkommen ist, daß möglicherweise mehr oder auch nur weniger geleistet werden könnte, ist völlig gleichgültig. Er soll nur zeigen, wie einfach es gewesen wäre, in würdiger Weise die Aufgabe zu lösen, der sich die beruflichen Behörden so gar nicht gewachsen zeigen, die sie in ungläublicher Spießbürgerlichkeit für unmöglich hielten. Mehr als 45 000 M. unmittelbar zum Nutzen unbemittelter aber fähiger Schüler zu verwenden — unmöglich!!!

Merke es Dir, arbeitendes Volk, man kommt gar nicht auf den Gedanken einmal, selbst ohne daß es etwas kostet, wenigstens eine winzige Zahl von derartigen Stellen zu schaffen, auf die Deine ausgezeichnesten Söhne auch nur eine Art von Anspruch hätten — und das in Berlin unter einem „freisinnigen“ Magistrat! Ein besseres Beispiel dafür, daß die Masse des Volkes überhaupt nicht in den Gesichtskreis dieser Gesellschaft tritt, wenn es sich nicht um Entrichtung von Steuern handelt, oder um die Befriedigung von Bedürfnissen, die unmittelbar an das Tor pochen, gibt es kaum. Mag die Berliner Bevölkerung auch hieraus eine Lehre ziehen und gleich bei den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen die Nutzenanwendung machen.

Dressur von Arbeiterinnen. Ein Artikel der „Papier-Zeitung“ hat folgenden Wortlaut: „Weibliche Arbeitskraft findet in keiner Industrie so ausgedehnte Anwendung wie in der Papierverarbeitung. Frauenhände sind wie geschaffen zur Verrichtung der leichteren Arbeiten in Räten und Hartmagenfabriken, auch sind Arbeiterinnen williger, gefügiger und lassen sich leichter beschaffen als Arbeiter. Die Gewerbe-Ordnung schützt die Arbeiterinnen vor übermäßig anstrengender oder ungelinder Arbeit und schreibt vor, Ausgänge über Arbeitszeit und Ruhepausen anzubringen. Die weibliche Arbeitskraft ist in der Papierverarbeitung unerlässlich, bei dem heutigen Stande dieser Industrie wäre es unmöglich, nur männliche Arbeiter zu beschäftigen. Auch die Maschinenarbeit, die in unermesslichem Maße die Handarbeit ersetzt, kann die Arbeiterin nie entbehren. Selbst die feinsten Maschinen vertragen, wo vielerlei kleine Aufträge erledigt werden sollen. Die vielen Tausende kleiner Materialwaren- und Drogeriehandlungen, die alle ihre besonderen Aufnahmen haben wollen, sichern den kleineren Betrieben der Papierverarbeitung und mit ihnen den weiblichen Hilfskräften Arbeit auf lange Zeit. Die Schwaighaftigkeit, besonders der jugendlichen Arbeiterinnen wird wohl jedem Betriebsleiter Kerger bereit haben. Jehn Minuten ohne Aufsicht, und der Saal ist in hellem Aufruhr! Hierzu darf man die Arbeiterinnen, auch wenn sie im Stilllohn stehen, keine Gelegenheit geben, der Aufsichtsführende darf den Saal nur in dringenden Fällen verlassen. In der Behandlung sei man sehr vorsichtig. Schon das Rügen mangelhafter Arbeit ruft bei vielen den heftigsten Tränensturm hervor, überhaupt ist der Gang zum Weinen sehr verbreitet. So brach die Rednerin einer eines Mädchens, das ich rügte, in Tränen aus. Nach dem Grunde gefragt, gab sie zur Antwort: es täte ihr so leid, und dann möchte sie immer gleich weinen. Schimpfworte und allzu scharfes Auftreten sollte man bei noch in ihrer Entwicklung stehenden Mädchen streng vermeiden. Durch bestimmtes aber freundliches Auftreten kann sich der Betriebsleiter das beste Ansehen verschaffen. Man muß berücksichtigen, daß durch das Zusammenarbeiten vieler gut und schnell erzeugter Elemente, die dazu noch bald in den Kinderschuhen stehen, eine Menge unglücklicher Einflüsse wirksam werden. Wo jugendliche Arbeiterinnen in größerer Zahl beschäftigt werden, läßt sich eine Ordnung, wie man sie in gutgeleiteten Betrieben mit männlichen Arbeitern findet, kaum durchführen. Schon das häufige Kranksein und andere weibliche Eigentümlichkeiten stehen dem im Wege. Die besten Erfolge erzielt man noch, wenn man junge Mädchen einstellt, die eben die Schule verlassen.“

Wenn ein Betriebsdirektor ähnliche Vorschriften für die Dressur von Pferden zum Besten gibt, so läßt man sich das gefallen. Daß Unternehmer die in ihrem Betriebe beschäftigten Arbeiterinnen auch als eine Art intelligenter Tiere zu betrachten scheinen, kennzeichnet die Vorkstellung, die der Kapitalismus des Staates der Sozialreform sich vom Wesen seiner Aufgaben macht.

Daß man sich schämen muß ob der politischen Zustände Preussens-Deutschlands zeigt folgende Blättermeldung: Franzosen und Engländer weilen zurzeit in Berlin, um städtische Anstalten und deren Einrichtungen zu besichtigen. Die Erlaubnis dazu wurde ihnen bereitwilligst und mit Rücksicht auf das Entgegenkommen, das Berliner bei den Behörden in Frankreich und England gefunden haben, gern gewährt, da die Herren der deutschen Sprache nicht mächtig waren, wurden ihnen Beamte mit Sprachkenntnissen beigegeben. Von dem Schulkonflikt hatten die Herren noch nichts gehört und waren dann nicht wenig erstaunt, als sie hörten, daß sie erst beim Kultusministerium um die Erlaubnis zur Besichtigung einiger Gemeindefschulen nachsuchen müßten, bevor sie diese kommunalen Anstalten betreten dürften. Aus der Unterhaltung der Herren ging soviel hervor, daß sie es nicht begreifen konnten, weshalb man gerade bei den Schulen eine besondere ministerielle Erlaubnis erforderlich sei und bei den anderen städtischen Anstalten aber nicht. Als darauf einer der deutschen Begleiter scherzhaft bemerkte: „Das kommt noch!“ machten die Herren recht verduzte Gesichter, als wenn sie sagen wollten: „Berlin ist eine merkwürdige Stadt.“ Es darf gar nicht Wunder nehmen, wenn die Besucher nach ihrer Rückkehr in die Heimat ihre Glösen über diese sonderbare Einrichtung machen, die nicht einmal in China zu beobachten ist, wo es noch Reste der chinesischen Mauer geben soll. Für deutsche Pädagogen ist es beschämend, mit ansehen zu müssen, wie sie im Auslande freundlich aufgenommen werden und Gegenbesuche in Berlin mit Schwierigkeiten und lästigen Sperrereien zu kämpfen haben.

Die stittlichen Verfehlungen, deren sich im städtischen Frauen-Obdach ein Polizeibeamter schuldig gemacht haben soll, kamen am Sonnabend in der Sitzung des Kuratoriums für das städtische Obdach zur Sprache. Unser Parteigenosse Stadtverordneter Hoffmann fragte an, ob gegen den Inspektor und die Wärterin, die die Meldung über die skandalösen Vorfälle nicht weiter gegeben haben, etwas geschehen sei. Seien in der Angelegenheit noch keine Schritte unternommen worden, so stelle er den Antrag, daß das Kuratorium eine Untersuchungskommission ernenne. Stadtrat Fischbeck erwiderte darauf, daß ein juristischer Beirat des Magistrats Vernehmungen angestellt habe; die Akten in der Sache wären jetzt beim Oberbürgermeister, der in einem Falle bereits entschieden habe, während in den anderen die Entscheidung noch ausliege. Der Antrag Hoffmanns, eine Kommission zu ernennen, die Vorschläge zu machen habe, um derartigen Vorfällen für die Zukunft vorzubeugen, wurde darauf in aller Eile gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt!

Die Unterbringung verwahrloster Kinder in Fürsorge-Erziehung hat der Stadt Berlin im vorigen Etatsjahre eine Ausgabe von 486 787 M. verursacht, wovon auf Grund des Gesetzes vom 2. Juli 1900 einschließlich des Staatszuschusses 213 454 M. dem Magistrat erstattet wurden. Die Unterbringung in Privatanstalten und Privatpflege verursachte 271 938 M. Kosten, die Anstaltspflege der verwahrlosten Knaben in Lichtenberg 121 000 M. und die der Mädchen in Klein-Beeren 28 031 M., wozu noch 44 730 M. Kosten der übrigen städtischen Anstalten kommen.

Brecht bei Juden ein und schlägt sie tot! In diese kernigen Worte ist jetzt das antisemitische Programm des vertriehen Grafen Pückler zusammenzufassen. In einer Versammlung am Freitag hielt er eine Rede, die gestern gedruckt als Flugblatt in den Straßen Berlins verteilt wurde. Wir wollen daraus einige Stellen wiedergeben. Der Graf wendet sich zunächst an die „lieben, roten Kerle“, denen er rät, in jüdische Geschäfte zu gehen und dort Rabau zu machen:

„Da wird der Jude frech werden, da werden Sie wieder frech, es kommt vielleicht zur Keilerei, dann nehmen Sie sofort den Knüttel zur Hand und schlagen Sie den Hund über den Schädel, daß er sofort auf den Rücken fällt. Sie können den Lämmler auch mit dem Revolver zusammenschießen, das ist ganz egal. Die Juden, die erkläre ich für vogelfrei und jeder Mann kann dieselben zusammenhauen und zusammenschießen so viel er will.“

Weiter sprach der Graf: Diese Vande hat kein besseres Schicksal verdient. Auch kleine Einbrüche bei Juden würden sich sehr empfehlen. Man liest beinahe täglich in den Zeitungen, daß hier in Berlin eingebrochen wird, aber immer bei Christen, sehr selten bei Juden. Das ist eine sogenannte Charakterlosigkeit der Berliner Spießhaken... Ihr müßt das Einbrechen betreiben als einen ritterlichen und vornehmen Sport wie die Ranzbitter im Mittelalter, die haben auch manden verfluchten Juden beraubt und ausgeplündert. Wer in den nächsten Tagen bei einem Juden einbricht, dem schenke ich einen Taler, und wer dort zu gleicher Zeit alles kurz und klein schlägt, dem schenke ich zwei Taler, und wer außerdem den kleinen Lohn verhand, daß der Lämmler acht Tage nicht sitzen kann, dem schenke ich drei Taler, und wer obendrein die alte Sarahlehen zum Fenster hinausschmeißt, daß der alte Schädel bloß so knallt auf dem Asphalt von Berlin, dem schenke ich vier Taler und immer so weiter. Ihr könnt Euch also was verdienen. Ihr lieben Einbrecher von Berlin, also auf zum frischen und fröhlichen Einbrechen, auf zum Verhauen, auf zum Demolieren, auf zur Schneidigen und zur Lähnen Tat.

Die Verechtigung der Klage über den Mangel an öffentlichen Heilanstalten geht drastisch aus der Tatsache hervor, daß der schwer leidende Graf immer noch frei umherläuft. Hoffentlich sorgt seine Umgebung dafür, daß er sich eines Tages nicht selber an die Spitze einer Einbrecherbande stellt. Oder sollte er so verrückt doch nicht sein?

Der Ausbau der Görtlicher Vorortbahnlinie. Um die große Steigerung, die der Personen- und Güterverkehr auf der Strecke vom Görtlicher Bahnhof an erfahren hat, glatt bewältigen zu können, werden bekanntlich umfangreiche Erweiterungsarbeiten und Verbesserungen der Bahnanlagen zurzeit ausgeführt. Diese Arbeiten werden noch längere Zeit beanspruchen und erst im Frühjahr des Jahres 1906 ihren vorläufigen Abschluß finden. Die hochgelegten Bahnanlagen bestehen aus dem Hengstleipaar Berlin-Görtlich, einem besonderen Vorortgleispaar für den Verkehr der Stadtbahn zwischen Treptow und Adlershof, dem Verschlebebahnhof bei Nieder-Schöneweide von drei Kilometer Länge und endlich aus einer Verbindung von Nieder-Schöneweide und Adlershof. Vorgeesehen ist die Weiterführung des Vorortgleispaars bis Grünau und die Herstellung eines dritten Gleispaars für den Vorortverkehr vom Görtlicher Bahnhof in Berlin; diese Arbeiten sind aber in dem Kostenausschlag, der mit elf Millionen Mark abschließt, noch nicht mit eingegriffen. Von der für die Durchführung der umfangreichen Bahnanlagen ausgeworfenen großen Summe sind 8,00 Millionen Mark allein für die Zwecke der eigentlichen Bauausführung bestimmt.

Der Boykott ist den Konservativen ein Grauel, wenn er von Arbeitern als letzte Waffe gebraucht wird. Justizhausstraße, zum mindesten aber Gefängnis, sollte darauf stehen. Anders natürlich, wenn staatsverhaltende Parteien dies Kampfmittel anwenden. Dam festigt der Boykott die göttliche Weltordnung, auch wenn er zu den allerhöchsten Zwecken gebraucht wird. In der „Kreuzzeitung“ fand sich am Sonnabend folgende Briefkasten-Konze:

Wir sind Ihnen dankbar, daß Sie uns darauf aufmerksam machen, wie eine von den besten Kreisen sehr stark besuchte Weinhandlung auch zu den regelmäßigen Inserenten des „Vorwärts“ gehöre und damit indirekt der Sozialdemokratie Mittel zuführe. Aber tun andere Firmen dies nicht auch? Dessenlück dagegen vorgehen scheint uns nicht am Platze. Das Publikum kann ja, wenn es will, sich selbst helfen, indem es den „Genossen“ den Besuch des Restaurants allein überläßt.

Seit den Tagen des Wubenslücks gegen Waldeck nimmt die „Kreuzzeitung“ das Vordrecht für sich in Anspruch, im höheren Lumentum erschlaffig darzustehen.

Das Griferin. Aufsehen erregende Mitteilungen über ein neues Heilmittel macht der Berliner Arzt Geheimrat Dr. Konrad Küster in der heute erscheinenden Ausgabe der Berliner klinischen Wochenschrift. Es handelt sich um die innere Anwendung eines neuen Jodpräparates, welches im wesentlichen aus einer zwei-prozentigen Iodtinktur besteht und das, in relativ kleinen Dosen genommen, bakterientötend wirkt, ohne den Organismus des Kranken sonst irgendwie zu schädigen. Das Mittel — nach seinem Darsteller, einem Apotheker Grise, Griferin genannt — ist von Küster und verschiedenen hervorragenden Ärzten bei einer großen Zahl bakterieller Erkrankungen mit anscheinend unzweifelhaftem Nutzen angewandt worden. Vor allem bei Schwindstucht und Krebs. Wenn auch Küster in seiner Veröffentlichung vorsichtig nicht von einer Heilung der Schwindstucht durch Griferin spricht, so sind doch die von ihm erzielten Behandlungsergebnisse auch bei anscheinend verzweifelten Fällen derartig günstig, daß sie zu einer weiteren Anwendung des Mittels ermutigen. Nicht minder günstig sollen Krebsgeschwülste beeinflusst worden sein, wodurch ein Anhalt für die bakterielle Grundlage auch dieses Leidens gegeben sein würde.

Rüster berichtet ferner von günstiger Beeinflussung einer großen Zahl anderer Infektionskrankheiten, wie Masern, Scharlach, Lungenentzündung, und einer Anzahl von Hauterkrankungen. Ob auch hier dieselbe Entzündung folgt wie früher auf die Ankündigung epochemachender Heilmittel?

Wo zu kein Geld da ist. In der Lazarett-Abteilung des städtischen Hospitals und Arbeitshauses zu Nimmelsburg sind 300 Krankenbetten, die den gesundheitlichen Anforderungen, die an Betten zu stellen sind, in denen Siehe oft jahrelang liegen müssen, in keiner Weise mehr genügen. In der gestrigen Sitzung des Kuratoriums stellte der leitende Arzt des Hospitals den Antrag, wenigstens 100 dieser Betten durch neue zu ersetzen. Unsere Parteigenossen beantragten, sämtliche 300 Betten auszuwechseln. Sowohl dieser Antrag als auch der Antrag des Arztes wurden abgelehnt; bewilligt wurden nur 50 Betten. Die schlechte Finanzlage dürfte zu dieser Einschränkung herhalten. Bemerkenswert ist noch, daß die Betten bis auf die Drahtmatten im Arbeitshaus selbst angefertigt werden und die Anschaffungskosten aus diesem Grunde im Verhältnis nur gering sind. Hoffentlich zeigt das Plenum der Stadtverordneten-Versammlung sich den Armen der Armen gegenüber weniger engherzig als das Kuratorium.

Zum Mord in der Boyenstr. wird mitgeteilt, daß die zweite Person in Jülichow, mit der der verdächtige Unbekannte außer dem Schiffzimmermann Frey Mittag am vergangenen Sonntag gesprochen hat, noch nicht ermittelt ist. Da es vermutlich ein Arbeiter ist, so sind nunmehr in den Fabrik- und Arbeitsräumen des „Balkan“ und anderer Werke und Betriebe entsprechende Bekanntmachungen angeschlagen worden. Mittag beschreibt den Mann als etwa 1,50 Meter groß. Das wäre, wie wir schon andeuteten, ein sehr kleiner Mann. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß der Schiffzimmermann sich in der zahllosen Schätzung etwas irrt, daß der Mann in Wirklichkeit ein wenig größer ist.

Blässlicher Tod eines Richters. Der Hochstaplerprozeß Graf Potulicki und Genossen, der seit zwei Wochen die achte Strafkammer des Landgerichts I beschäftigt, hat gestern eine jähle Unterbrechung erfahren und mußte vorläufig beendet werden. Vor Beginn der Verhandlung war bei dem Vorsitzenden Landgerichts-Richter die betrübliche Nachricht eingegangen, daß einer der Beisitzer, Landgerichtsrat Dr. Timme einen Schlaganfall erlitten habe und deshalb den Verhandlungen nicht mehr beizuwohnen könne. Da ein Ersatzrichter nicht bestellt worden war, mußte die Verhandlung vertagt werden; sie muß später ganz von neuem beginnen. Auf Antrag des Rechtsanwalts Dr. Schwirbel wurde die Angeklagte Margarete Walowski mit Rücksicht auf ihren leidenden Zustand aus der Haft entlassen. Die Entlassungsanträge der beiden männlichen Angeklagten wurden abgelehnt.

Bei der Arbeit tödlich verunglückt ist der 30 Jahre alte Bierfahrer Gustav Franke aus der Krautstraße 36, der zwei Monate bei der Woyow-Brauerei beschäftigt war. Vor einigen Tagen sollten zwei Mann einen Faßwagen an einen Rollwagen heranziehen. Franke aber glaubte, den Wagen allein heranziehen zu können, auf dem abhängigen Gelände jedoch verlor er die Gewalt über den mit sechs Fässern beladenen Wagen, der ihn nun mit großer Wucht gegen den Rollwagen presste. Der Verunglückte erlitt so starke Quetschungen, namentlich der Leber, daß er im Krankenhaus am Friedrichshain starb.

Kein Tag ohne Eisenbahnopfer! Beim Rangieren schwer verunglückt ist gestern der 20 Jahre alte Wilhelm Boywod aus der Invalidenstr. der als Hilfsrangierer auf dem Lehrter Bahnhof beschäftigt war. Er geriet zwischen eine Rampe und einen Wagen und erlitt so schwere Quetschungen der Brust, daß er in bedenklichem Zustand in ein Krankenhaus gebracht werden mußte.

Keine „Donnerwagen“ mehr. Die Westliche Berliner Vorortbahn hat eine Beschlusse der Friedenauer Gemeindevertretung über das unerträgliche Geräusch der sogenannten „Donnerwagen“ dahin beantwortet, daß die Straßenbahnverwaltung bemüht ist, diese aus der ersten Zeit des elektrischen Betriebes stammenden, allgemein unbeliebten Wagen nach und nach ganz aus dem Verkehr zu ziehen. Hoffentlich gilt dies für den ganzen Bereich der „Großen Berliner“.

Eine schreckliche Familienzene spielte sich vorgestern Abend um 7 Uhr in dem Hause Hermsdorferstr. 4 ab. Dort wohnt der 37 Jahre alte frühere Kammmacher Max Schäfer mit seiner Frau und fünf Kindern im Alter von neun Monaten bis elf Jahren. Die ersten fünf Jahre der Ehe waren glücklich. Schäfer war fleißig und verdiente so viel, daß die Leute ihr gutes Auskommen hatten. Dann war er vier Wochen ohne Beschäftigung und nun geriet er in schlechte Gesellschaft und ergab sich dem Trunk. Seitdem arbeitete er nur noch gelegentlich als Abträger auf Mähnen im Nordhafen. Die Frau mußte die ganze Familie durch die Hausreinigung und Auharbeiten erhalten. Im vergangenen Winter aber mußte sie die Hilfe der Armenkommission in Anspruch nehmen. Am Donnerstag Abend hatte Frau Schäfer nur noch 30 Pf. Als nun ihr Mann nach Hause kam und nichts mitbrachte, dafür aber wieder betrunken war, sagte sie ihm, daß sie ihm nichts zu essen geben könne. Während sprang er ihr an die Kehle, würgte sie und schlug sie so heftig, daß ihr das Blut vom Gesicht herunterlief. Die ältesten Kinder holten ihren Onkel aus der Straßunderstr. 27 zu Hilfe. Als dieser ruhig eintrat und zu Schäfer sagte, er wolle einmal vernünftig mit ihm sprechen, zog der Teufel das Messer und brachte ihm sieben Stichwunden am Kopfe bei, so daß er jetzt arbeitsunfähig in seiner Wohnung in ärztlicher Behandlung liegt. Schäfer wurde von Säugmännern des 59. Reviers nach der Wache gebracht und von der Kriminalpolizei dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Ein schwerer Straßenbahn-Unfall ereignete sich gestern Morgen an der sogenannten „Scharfen Ede“ an der Rosenthaler- und Gormannstraße. Der Kaufmann Karl Hartmann, Linienstr. 203 wohnhaft, fuhr auf einem Zweirad die Rosenthalerstraße entlang und wollte an der Gormannstraße einen Arbeitswagen ausbiegen. Er fuhr deshalb auf das Straßengleis hinauf, unmittelbar vor einem herankommenden Motorwagen der Linie 31 und bog, um diesem auszuweichen, nach dem Rebensteig hinüber. Auf dem letzteren aber kam ihm ein Straßenbahnwagen der Linie 3 entgegen. Hartmann geriet zwischen beide Motorwagen, wurde von dem einen Kraftwagen erlitten und gegen die Seitenwand des in entgegengesetzter Richtung fahrenden Straßenbahnwagens geschleudert. Der Kaufmann blieb bestunntlos auf dem Strohhalm liegen und wurde durch einen Schuttmann mittels Droschke nach dem Hedwig-Krankenhaus in der Großen Hamburgerstraße gebracht. Wie dort festgestellt wurde, hatte der Kaufmann Brust- und Rückenquetschungen sowie auch innere Verletzungen erlitten.

Der Tischler Hermann Mertsch aus der Reichendergerstr. 123, dessen Verschwinden wir am Mittwoch meldeten, hat sich noch nicht wieder eingefunden. Seine Frau nimmt an, daß ihm in seinem nervösen Zustand irgend ein Unglück zugestoßen ist. Wer über den Verbleib des Verschwindenden etwas weiß, wird gebeten, der Frau Mertsch oder dem nächsten Polizeirevier Nachricht zu geben. Mertsch ist mittelgroß, blond und trägt einen kleinen Schnurrbart. Er ist bekleidet mit braunem Jacketanzug und hellen, modisfarbentem Ueberzieher und trägt einen schwarzen, heißen Hut.

Feuerbericht. Sonnabend früh gegen 3 Uhr wurde die Wehr nach der Friedenstr. 56 gerufen, weil hier in einer Küche Feuer ausgebrochen war. Die Gefahr konnte leicht beseitigt werden. Eine Stunde später brannte in der Hübnerstraße 18 die Verpackung eines Gasmessers, während in der Holzmarktstraße 9 ein Posten Kohlen Feuer gefangen hatte. — In der Nacht zum Sonnabend gab es am Grünen Weg 98 zu tun, wo u. a. Vögel in Flammen stand. — Um 10 Uhr erfolgte Alarm nach dem Lehrter Güterbahnhof, weil dort ein Pferd zwischen dem Bahnsteig und einem Waggon eingeklemmt war. Das arme Tier konnte erst nach großer Anstrengung hervorgeholt werden. — Zwei Straßenbahn-Unfälle verursachten Alarmierungen nach der Rosenthalerstraße 53 und nach der Andreasstraße 68. Hier war der 54-jährige Bauarbeiter Johann Richter, Langestraße 79 wohnhaft, beim Ueberfahren des Fahrdammes aus-

geglitten und unter einem herankommenden Motorwagen geraten. Noch vor Anbruch der Wehr war der Unglückliche aus seiner unbehaglichen Lage befreit, hatte aber so schwere Verletzungen erlitten, daß er im Krankenhaus Friedrichshain, wohin man ihn geschafft hatte, nach kurzer Zeit verschied. Auch in der Rosenthalerstraße handelte es sich um Ueberfahren einer Person. Diese kam aber mit leichten Verletzungen davon. — Außerdem liefen noch einige Alarmierungen in den letzten 24 Stunden ein, waren aber auf „blinden Lärm“ zurückzuführen.

Die Freireligiöse Gemeinde veranstaltet am Montag Abend 8 Uhr im großen Saale des Böhmischen Wrauhauses, Landsberger Allee 11/13 eine Volksversammlung zugunsten der Gemeinde. Herr Dr. Bruno Wille spricht über die Frage: „Widersprechen die Bestrebungen der Freireligiösen Gemeinde den Zielen der Volksschule und dem allgemeinen Staatsinteresse?“ Nach dem Vortrage findet Diskussion statt. Zahlreicher Besuch von Damen und Herren ist dringend erwünscht.

Das Berliner Aquarium erhielt für seine Sammlung kleiner und interessanter Säugetiere drei Exemplare einer zur Gruppe der fruchtfressenden Fledermäuse gehörigen indischen Tiergattung, die zufolge der Behuldlichkeit ihres Kopfes und Auges mit dem des Hundes als Flughund bezeichnet wird; trotz ihrer beträchtlichen Größe, denn sie überragen darin unsere einheimischen Fledermäuse um das Dreifache, sind diese braunen Mäusen unter den Handflüglern recht gutmütig und harmlos und erregen, namentlich wenn sie zum Verzehren ihrer Vegetarierkost aus lustiger Höhe vom Drahtgitter herabkommen, viel Heiterkeit. Die Kollektion der Fledermäuse und verwandten Reptilien, welche die ersten Käfige der Schlangengalerie bevölkern, wurde ergänzt um zwei bordsriatische bzw. nordostafrikanische Arten. Die eine ist ein Ohrlöcher, eine mit unserer Blindschleiche verwandte, jedoch vierbeinige Wühlsehne, die oberseits auf sandigem und bräunlichem Grunde rot gestreift und gefleckt ist und als echtes Tagtier mit dem Schwinden des Tagesgeflüchtes sich in den schützenden Sand vergräbt. Die zweite Art ist ein zu den Agamen zählender Schlangenschwanz, der in seiner Färbung auch an die des Sandes und Gesteines erinnert und bei seinem behenden Laufen und Klettern den Kopf eigentümlich hoch trägt; der bis süßlange Gesell nähert sich hauptsächlich von größeren Reptilien.

Schillerfeier. Der Giordano Bruno-Bund beabsichtigt zum hundertjährigen Todestage Schillers am 9. Mai 1906 eine Feier zu veranstalten und hat den Magistrat um die Hergabe des festsaales im Rathaus ersucht. Der Magistrat ersucht die Stadtverordneten-Versammlung um ihre Zustimmung zur Hergabe des Saales für diesen Zweck.

Aus den Nachbarorten.

Pantow. Alerikal ist Trumpf! Die hiesige katholische Gemeinde beabsichtigt, eine Kirche im Orte zu erbauen. Zu diesem Zwecke ist der Kuratist Rosow, derselbe, der seinerzeit den Amtsvorsteher zu bewegen mußte, daß der populierende Mönch Sfigur im Ratskeller das Abkreuz abgemittelt wurde, seit längerer Zeit sehr rührig, um seinen Zweck zu erreichen. Sämtliche Gemeindevorsteher, mit Ausnahme der sozialdemokratischen, erfreuten sich der Besuche des Herrn. Sein Zweck war, sie für die Idee zu begeistern, daß die Gemeinde auf einen im Bebauungsplan festgelegten Schmuckplatz in der Nähe des zukünftigen Amtsgerichtes eine Kirche errichten lasse und den Grund und Boden wertvolllich hergebe. Daß die Annut der Kirchengemeinde ganz besonders dabei betont wird, braucht eigentlich nicht besonders hervorgehoben zu werden, wenn man weiß, daß das Grundstück, worauf jetzt die Kapelle steht, mit 40 000 M. gekauft wurde und nach nunmehr drei Jahren mit 60 000 M. zum Verkauf steht. Im übrigen ist keine Stimmung vorhanden, in einem Orte, der mit Ausnahme des sogenannten Marktes keinen Platz aufweist, zukünftige Plätze mit Bauwerken zu versehen.

Neu-Weißensee. Gegen die Gültigkeit der am 28. September stattgefundenen Wahl zur Gemeindevertretung in der zweiten Wählerabteilung, wobei unser Parteigenosse Reule 44 Stimmen und der Gegner 40 Stimmen erhielt, war von einem Genossen Einspruch erhoben worden und zwar auf Grund des § 59 der Landgemeinde-Ordnung, wo es zum Schluß heißt: „Die Bekanntmachung muß den Namen, den Tag und die Stunden, in welchen die Stimmen bei dem Wahlvorstande abzugeben sind, genau bezeichnen.“ Letzteres war in der Wahlaufrorderung nicht geschehen, und es lag daher in der Hand des Wahlvorstandes, den Wahlakt zu schließen, wann es ihm beliebte. Der Gemeindevorstand jedoch berief sich auf einen Kommunitar zur Landgemeinde-Ordnung von P. Freitag, der folgendes ausführt: „Es besteht aber keine unbedingte Notwendigkeit, in die ortsübliche Bekanntmachung eine Mehrzahl von Stunden mit bestimmten Endterminen aufzunehmen. Für größere Gemeinden ein wird es indessen sehr zweckmäßig und empfehlenswert sein, für jede Klasse eine besondere Stunde festzusetzen und den Wählern zugleich mitzuteilen, wie lange man auf ihr Erscheinen warten werde.“ So allerdings der Begriff „größere Gemeinden“ anfangs, wäre man sich vielleicht erst dann klar geworden, wenn die Wahl ein ungelehrtes Stimmverhältnis geseigt hätte. So allerdings, weil es gerade in den Raum paßt, schätzte man den Ort mit seinen 34 000 Einwohnern und mit seinen 1010 Wählern der II. Abteilung noch zu den „kleinere Gemeinden“. Und so geschah es, daß der Gemeindevorstand in der Vorlage einfach diktirte, daß der Einspruch zurückzuweisen und die Wahl für gültig zu erklären sei; was von den bürgerlichen Herren Gemeindevorstandern auch akzeptiert wurde, trotzdem unsere Genossen dies neuerliche Gebaren des Gemeindevorstandes kennzeichneten und von der Gemeindevertretung verlangten, nach Recht und Gewissen zu urteilen.

Menschliches Elend. Die „Potsd. Kor.“ meldet: Auf ein zigeunerhaft aussehendes Weib, welches sich mit ihrem 54-jährigen Mann und ihrem achtjährigen Sohn Waldemar in den Wäldern der Umgegend Berlins herumtreibt, wird jetzt von den Behörden auf Grund eines Stedbriefes eifrig gefahndet. Es handelt sich um die 33-jährige Frau Töpfer Anna Gregor geb. Schmidt, welche bis zum August in Gatow an der Hadel Wohnung hatte und jetzt wegen Jagdvergehens 1 Monat Gefängnis verbüßen soll. In der letzten Zeit wurde sie in den Wäldern bei Pfaffenwalde aufgepißt, ist aber seitdem von dort verschwunden und wahrscheinlich näher nach Berlin zu gewandert.

Eine Gemeinde, die nicht weiß, wo sie ihr Geld hinstun soll, ist der Vorort Rosenthal, der mit den Kolonien Wilhelmstr. und Nordend eine gemeinsame Kommunalverwaltung besitzt. Das Gemeindevermögen bestand bisher in einem Selbstbrannt, der in der Privatwohnung des Gemeindevorstandes Platz gefunden hatte. Nun zieht aber der Rentat nach Wilhelmstr., während die Gemeindefasse in Nordend bleiben muß. Weder der Gemeindevorsteher, noch ein anderes Mitglied des Vorstandes der Gemeinde wollen den Geldschrank zu sich in die Wohnung nehmen, um nicht die Verantwortung tragen zu müssen. Im Amtsbureau, das am Nachmittags und Abend ohne Aufsicht ist, kann man den Geldschrank nicht unterbringen, so daß die Gemeinde tatsächlich in Verlegenheit ist, wo sie mit ihrem Gelde hinstun soll. Die Rechnungs-Kommission der Gemeindevertretung wird sich mit der Lösung der absonderlichen Frage zu befassen haben.

Rixdorf. Der erste Kunstabend am Sonntag, den 23. Oktober, abends 8 Uhr, im Realgymnasium ist Littenenon gewidmet. Eintrittskarten zu 40 Pf. sind beim Gastwirt Hoppe, Berlinerstr. 14, zu haben.

Auf der Brandstätte in Neuenhof bei Potsdam hat am Donnerstagnachmittag ein gerichtlicher Lokaltermin stattgefunden. Es ist inzwischen immer zweifelhafter geworden, ob der noch immer verhaftete 14-jährige Schmiedelehrling Dohnstein der Brandstifter ist. Das Gericht verfolgt bereits eine andere Spur.

Schöneberg. Der Bildung einer Krankenhaus-Deputations-Deputation nach einem früheren Vorschlage der Stadtverordneten-Versammlung, dessen Beschluß beinahe zu einem Konflikt mit dem Magistrat geführt hätte, ist dieser nun doch beigetreten. Die neue Deputations-Deputation für das Krankenhaus wird aus drei Magistratsmitgliedern und fünf Stadtverordneten bestehen, sie hat selbständig alle Anschaffungen, die sich auf die innere Einrichtung beziehen, zu treffen. Die Mitwirkung von Bürgerdeputierten scheint somit ausgeschlossen zu sein. Die Wahl der fünf Stadtverordneten zu der genannten Deputation (der früheren hat u. a. Genosse O. B. seit ihrem Bestehen angehört) wird voraussichtlich in einer der nächsten Sitzungen erfolgen. — Verwunderlich ist, daß der Magistrat noch immer nicht Zeit gefunden hat, die vor sechs Wochen von den sozialdemokratischen Stadtverordneten in Sachen der Dinausführung des früher in Aussicht genommenen Termins der Fertigstellung des Krankenhauses eingereichte Anfrage zu beantworten. Es scheint dies auch gar nicht mehr in seiner Absicht zu liegen, da er nicht nur ein Eingehen hierauf bei der Gelegenheit vor 14 Tagen angekauften Krankenhausaufträge verniedert hat, sondern sie bis jetzt noch auf keine Tagesordnung hat gelangen lassen. Somit scheint ihm die Anfrage recht unbehaglich gewesen zu sein.

Im Streit erschlagen. In Ahrensfelde, einer hinter Neu-Weißensee gelegenen Ortschaft, wurde auf der Chaussee, die nach Berlin führt, der Aufscher Wäling aus der Stralauer-Allee 17 tot aufgefunden. Verletzungen am Kopfe wiesen darauf hin, daß er im Handgemenge erschlagen worden war. Die Ermittlungen der Ortsbehörde haben folgendes ergeben: Wäling war bei dem Sandgrubenbesitzer Priesethan in der Stralauer-Allee als Aufscher angestellt. Er war beauftragt, eine größere Ladung von Tonröhren von Berlin nach Ahrensfelde zu fahren und dort abzuladen. Denselben Auftrag hatte der Aufscher Jierle aus der Frankfurter-Allee erhalten, der, ebenfalls bei der Firma Priesethan angestellt, mit einem zweiten Wagen nach Ahrensfelde fuhr. Beide Aufscher lebten seit längerer Zeit in Feindschaft, die schon oft zu argen Tauschlichkeiten geführt hat. An der Abblatstelle in Ahrensfelde brach wieder Streit zwischen beiden aus, in dessen Verlauf Wäling zuerst mit einem Eisennagel gegen den Kopf seines Kameraden jagte. Nun kam es zu einer wilden Schlägerei zwischen beiden, bis Wäling, der zuerst angegriffen hatte, bewußtlos zu Boden stürzte. Arbeiter, die in der Nähe waren, nahmen sich des Schwerverletzten an, jedoch starb Wäling, bevor ärztliche Hilfe geholt werden konnte. Die Leiche wurde neben die abgeladenen Tonröhren gelegt; eine Anzeige erstatteten weder Jierle noch die Arbeiter, die Zeugen der Tat waren. Erst morgens wurde die Ortsdarmarmerie von Passanten benachrichtigt und sie verhaftete nach Ermittlung des Tatbestandes den Aufscher Jierle.

Gerichts-Zeitung.

Im Fassmünzer-Prozeß Gehaus und Genossen wurde gestern fast während des ganzen Tages die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Es wurde der Teil der Anklage verhandelt, durch die die Angeklagten Gehaus und Hellmer beschuldigt werden, in Posen im November und Dezember 1902 falsche Zweimarkstücke völlig verkehrsfertig und auch Fünfmarsstücke hergestellt zu haben. Die Verhandlung, welche wenig Bemerkenswertes bot, wurde am Montag vertagt.

Der Haussegenschwindel vor Gericht. Der schwindelhafte Passendvertrieb von Hausseggen, der im vorigen Jahre besonders von Berlin aus betriebligt wurde, erhielt eine drastische Beleuchtung durch eine Verhandlung, welche gestern unter dem Vorsitze des Landgerichtsdirektors Oppermann die ganze Sitzung der vierten Strafkammer des Landgerichts I in Anspruch nahm. Auf der Anklagebank hatten der Fabrikant Wilhelm Kämmerer und dessen „Generalvertreter“, der Kaufmann Julius Proesfel, wegen Betrugs Platz zu nehmen. Kämmerer betrieb bis zum Jahre 1891 in der Reichendergerstraße eine kleine Rahmenfabrik. Dann begann er, wie er selbst angibt, mit geringen Mitteln den Vertrieb von Hausseggen. Bald nahm dies Geschäft infolge des eigenartigen Vertriebes einen kolossalen Umfang an. Kämmerer legte seinem Institut auf seinen Vertriebsstellen und Adresskarten die Bezeichnung „Kunstanstalt Wohlhart“ bei. Er nahm zirka 100 Reisende an, die mehreren Oberreisenden und einem Chefreisenden, dem Mitangeklagten Proesfel, unterstanden. Es wurden acht Buchhalter und ein Oberbuchhalter, drei Lehrlinge und gegen 20 Arbeiter beschäftigt. Der Umsatz stieg von Monat zu Monat, im Jahre 1893 erhielt die Firma von dem ihr zunächst belegenden Postamt nicht weniger als gegen 240 000 M. ausbezahlt. Die Bilder wurden in großen Mengen von einer auswärtigen Fabrik bezogen und durchsichtlich mit 80 Pf. pro Stück bezahlt. Sie stellten zumeist nur Vidersprüche dar, für Katholiken waren auch Heiligenbilder in den buntesten Farben vorhanden. Die Bilder wurden in der Kunstanstalt Wohlhart eingekauft und verlagert und dann zogen die Reisenden, mit Mustern versehen, nach allen Himmelsrichtungen in die Welt hinaus. Nach der ihnen erteilten Instruktion hatten sie das Bild für den Preis von 6,50 M. zu verkaufen. Der Besteller hatte dem Reisenden 1,50 M. sofort zu bezahlen, welche des letzteren Provision darstellten, der Rest von 5 M. wurde bei Zusendung des Bildes durch Nachnahme erhoben. Aber der kolossale Absatz war auf eine Geschäftspraxis zurückzuführen, die von der Anklagebehörde als betrügerisch bezeichnet wurde. Kämmerer hatte Hunderttausende von Prospektten drucken lassen, worin das Kunstinstitut Wohlhart anzeigte, daß der Ueberdruck aus dem Silberverkauf dazu dienen sollte, armen verkrüppelten Kindern einen Heilung und Pflege zu verschaffen. Es waren auch Abbildungen von verkrüppelten Kindern beigefügt, welche von dem Institut „Wohlhart“ urteilt worden waren.

Der Gerichtshof verurteilte die Angeklagten wegen versuchten Betruges, und zwar Kämmerer zu vier und Proesfel zu drei Monaten Gefängnis.

Vermischtes.

Feuer in einer Kaserne. Gestern Abend 11 Uhr entstand in Kulin Feuer im Mittelbau des ehemaligen Kadettenhauses, worin das Jäger-Bataillon untergebracht ist; der Mittelbau ist mit dem ganzen dort befindlichen Munition ausgebrannt.

Der Komplize des Defraudanten Jenner, namens Gottstein, wurde heute in Reichenberg verhaftet. Man fand bei ihm 30 000 Kronen, während bei seinem Bruder, der bei Trautenau eine Gastwirtschaft besitzt, 96 000 Kronen entdeckt wurden. — Jenner hat jetzt ein vollständiges Geständnis abgelegt, nachdem die Polizei die ganze Nacht im Prater nach dem unterschlagenen Gelde gesucht hatte. Er hatte wenigstens zehn Komplizen, von denen bereits sechs verhaftet sind. Näheres berichtet noch ein Wolffsches Telegramm aus Wien, 22. Oktober. Die Angabe des heute verhafteten Jenner, daß er das Geld vergraben habe, stellte sich als ein auf die Zurechnung der Polizei berechnetes Manöver heraus. Der verhaftete Gottstein, bei dem 5000 Kronen gefunden wurden, gestand, seinem Wiener Quartiergeber ein Paket mit 100 000 Kronen gegeben zu haben, und gab an, dieser habe angenommen, daß es nur Photographien enthalte. Tatsächlich wurden bei dem Quartiergeber Gottsteins, einem Metallschleifer, 100 000 Kronen ermittelt. 27 000 Kronen waren bei einem Bruder Schädls untergebracht, der gleichfalls verhaftet wurde.

Wasserstand am 21. Oktober. Elbe bei Ruffig — 0,41 Meter, bei Dresden — 1,82 Meter, bei Magdeburg + 0,58 Meter. — Unstrut bei Strahlstut + 0,75 Meter. — Oder bei Rattibor + 1,60 Meter, bei Dresden Ober-Regel + 4,96 Meter, bei Dresden Unter-Regel — 1,18 Meter, bei Frankfurt + 0,59 Meter. — Weichsel bei Brahmehnde + 2,44 Meter. — Warthe bei Posen — 0,02 Meter. Rega bei Ulsch — Meter.



WAARENHAUS HERMANN TIETZ

Leipzigerstrasse 46-50 — Krausenstrasse 44-49.

Montag
Dienstag
Mittwoch

Vorzugs-Preise

Soweit der
Vorrat reicht.

Glas

Bierservice mit 6 Gläsern	95 Pf.
Bierbecher gravirt, Boden abgeschliffen	15 Pf.
Wassergläser crystal geschliffen	22 Pf.
Gambrinustulpen crystal	32 Pf.
Roth- u. Rheinweingläser crystal	25 Pf.
Madeiragläser crystal	20 Pf.
Liqueurgläser crystal	18 Pf.
Weinrömer crystal gravirt	75, 85 Pf.
Weinrömer	25, 28, 32, 38 Pf.
Selterbecher, Bierbecher 2/10, 1/4, 2/10 mit Goldrand	7 Pf.

Porzellan

Teller tief und flach	10, 15, 18, 22 Pf.
Dessert-Teller	12, 15 Pf.
Terrinen gross	125
Ragoutschüssel	68, 85 Pf.
Saucieren	55 Pf.
Platten oval, gross	75, 85, 95 Pf.
Kaffeekannen 38, Theekannen	25, 45 Pf.
Rahmkannen	15, 18, 22, 32 Pf.
Satz Töpfe fein decoriert, 6th.	150

Steingut

Satz Salatiären Zwiebelmuster, 6th.	110 145
Satz Salatiären Fond, 6th.	150
Tortenplatten viereckig	135
Heringskasten Zwiebelmuster	165
Waschbecken weiss	85 Pf. 125
Waschbecken farbig	125 150
Waschkügel weiss	45, 95 Pf.
Waschkügel farbig	75 Pf. 125
Toilette-neimer Ia m. Bügel	325
Saucieren	35, 45 Pf.

Emaille grau blau

Eimer ca. 28 cm, grosse Form	65 70 Pf.
Eimer fein decorirt, mit Deckel	175
Eimer Cylinder-Form mit Toilett-Deckel	225 325
Wannen oval	85 Pf. 115 125 155
Wasserkessel	80 Pf. 100 110 125 145
Wasserkessel mit Sack	90 Pf. 110 135 150 190
Schmortöpfe	30 40 48 60 75 85 Pf.
Gasserollen	18 22 28 36 46 55 Pf.
Ringtöpfe	statt 65 80 85 95 Pf. 1,05 45 60 65 75 85 Pf.

Wirtschafts-Artikel

Frühstückskasten eigener Musterschutz	450
Waschfässer } v. stark. Zink mit	750 875 1050
Waschzuber } Holzboden	780 850 975
Waschtisch von Eisen mit □ Platte	800
Waschgarnitur dazu, 5 theilig, Mäglöckchen	1050
Wäschekochtöpfe verzinkt	305 bis 445
Waschkessel von Kupfer	1155 u. 1395
Einmachekessel von Messing	24 28 32 cm 325 490 625

Lampen

Kronen 3flammig bronze komplett	1825 1975 2250 2500 2750 3250 4500
Kronen 5fl., bronze, komplett	3250
Speisezimmerkronen 4fl., komplett	3650 4050 4500 4850
Zugampel mit Schirm und Bekrönung	1450
Schlafzimmerampel mit Goldperlen, Neuheit, komplett	1800
Glühkörper I „Victoria“ 20 Pf.	Gas selbstz. 45, 55, 60 Pf.
Zünder m. Stock statt 75 Pf. 32 Pf.	Gas cylinder Ia. p. Dtzd. 110

Anzüge werden chemisch gereinigt. **Anzüge Paletots** nach Maß von **24-30 Mark** liefert unter Garantie für guten Sitz aus prima Stoffresten **Aug. Löther** Restehandlung Prinzenstr. 38 I am Moritzplatz und Bellealliancestr. 98 I. Anzüge reinigen u. aufbügeln M. 1,50.

Brauerei Karl Gregory Aktien-Gesellschaft

Berlin N. 700L*
empfehlen ihre vorzüglichen Biere, aus bestem Malz und Hopfen hergestellt, als:
Lager-Bier (goldgelb)
Pilsener Bier (Spezialität)
Hofbräu (nach Münchener Art)
in Gebinden und Flaschen.

Trinkt **Bilz-Brause.**
Bestes alkoholfreies Erfrischungsgetränk.
Otto Starick, N.O., Landsberger Allee 6-7.
Tel. VII, 1666.

Ernst Hess, Harmonika-Fabrik (gegr. 1872)

Klingenthal (Sachsen), liefert seine dauerhaft gebauten und auf den Weltausstellungen zu Sydney und Melbourne wegen ihres prächtigen Orgeltones mit dem 1. Preis gekrönt.
Konzert-Zug-Harmonikas

Station **Alt-Glienicker Adlerhof** - Alt-Glienicker der Gärten u. Glorietten (täglich ab 100 Bogen).
Auf dem großen neu erschlossenen Bau-Terrain am herrlich gelegenen Falkenberg bei Grünau, unmittelbar am Ufer Alt-Glienicker (am Telow-Stanal), sollen noch bis zum 1. Dezember 150 Baustellen in Größe von 43 bis 87 Quadratrußen zu billigen Preisen von **1 Mark an pro Quadratmeter netto Baugrund** verkauft werden; auch baureife Baustellen (Hochbau) an gepflanzter Straße zu billigen Preisen unter günstigsten Zahlungsbedingungen.
Näheres im Restaurant Zeh in Alt-Glienicker, Grünauerstraße. 7732*

Charlottenburg.
F. Kunstmann nur Wallstr. 1.
Uhren und Goldwaren
Grosses Lager. Billige Preise. 5962*
Reparatur schnell und billig.

mit offener Nickel-Klavatur, Stiel (11 Falt.) Doppelbalg mit vernickelten Stahlblechschutzecken, ff. poliertem Gehäuse u. kräftigen Doppelbässen.
Mark 10Tast, 2Chör., 2Reg., 50Stimm. 5,-
10 " 3 " 3 " 70 " 7,-
10 " 4 " 4 " 90 " 9,-
19 " 2mal 2Chör. 108 " 10,50
Schule zur Selbsterlernung sowie Kiste und Verpackung umsonst.
Porto extra. Glockenspiel 60 Pf. mehr. Reich illustrierte Preis-Kataloge ab. Zugharmonikas (120 verschiedene Nummern von 2 M. bis 80 M.), Zithern, Violinen, Musikwerke usw. verschiebe umsonst- und portofrei. 1633b*

Schöne Herren-

Garderobe. Wir empfehlen:
1 Posten getragene Herren-Paletots
1 Posten getragene Herren-Anzüge
1 Posten getragene Hosen
1 Posten getragene Giletts u. Rockanzüge
von den feinsten Herrschäften und Kavaliere. Nur kurze Zeit getragene Monatsachen **spottbillig.**
Zugleich machen wir auf unsere Abteilung **neuer Garderobe** aufmerksam.
J. Wand, Herren u. Knaben-Garderoben
Hauptgeschäft: Chausseestr. 80a.
2. Geschäft: Prinzenstr. 17, a. d. Wasserthorstr.
3. Geschäft: Gr. Frankfurterstr. 116, a. d. Andreasstr.

29 Gardinenhaus Bernhard Schwarz, Wallstr. 29, Hinz-Ging.
RESTE.
Zur Damenmäntel-Konfektion, Mädchen- und Knabengarderobe, Damentuche in schwarz und farbig, Kostümstoffe, Kammingarn, Cheviot, Corkskrow, Plüsch, Sammet, Besatzartikel etc.
KONFEKTION
Fertige Jacketts, Paletots, Capes, Kostüm-Röcke etc. Größte Auswahl. Billige Preise.
C. Pelz, Kottbuser-Str. 4.

— Gegründet 1894. —
Jede Dame spart Geld!
Nach beendeter Engros-Saison, Ausverkauf, einzeln, wie seit 10 Jahren, um zu räumen
Sakkos, Boleros u. Paletots
in all. Längen, durchweg gefüttert
Eskimo, Covercoat, Pelz-imitationen:
Astrachan, Karakul, 5-35
Breitschwanz M. Wert bis 60 Mark!
Engros-Lager!
Spezialität: Extraweiten für starke Damen Paletots, Jacketts, Capes. Kein Laden!
Abend-Paletots 4-25 | Gummi-Mäntel, 8-20
Golf-Capes in allen Läng. M. Havelocks Mark
Max Mosezytz, Landsbergerstr. 59 1 Treppe, a. Alexanderpl.
Sonnabend bis 5^{1/2} Uhr abends geschlossen.

Technikum Elektra

Berlin SO., Neanderstr. 4.
Abendkurs für Automobilfahrer
(Chauffeurs). Theoretische und praktische Ausbildung. Man verlange Prospekt.

Partei-Nachrichten.

Der sozialdemokratische Wahlverein in Jena wählt in seiner Versammlung am 19. d. M. ein aus 14 Personen bestehendes Parteitagkomitee, das über die Arrangements zum nächsten Parteitag, sowie die Art der Aufbringung der erforderlichen Mittel in Beratung treten soll.

Sozialdemokratischer Parteitag in der Schweiz. Die Geschäftsleitung der schweizerischen sozialdemokratischen Partei veröffentlicht für den am 20. November in Biel stattfindenden Parteitag die Tagesordnung, die 12 Punkte umfasst, von denen der Bericht der Geschäftsleitung, der Bericht der sozialdemokratischen Fraktion des Nationalrates, der Programmbericht (Referent Lang-Rüch und Sieg-Gent) erwähnt seien.

Soziales.

Norddeutsche Allgemeine Sozialpolitik.

Die Norddeutsche Allgemeine Wilow-Zeitung beschäftigt sich mit den sozialpolitischen Tagungen der letzten Tage, insbesondere dem Wohnungskongress und der Gesellschaft für Sozialreform. Für die Väter des Wohnungskongresses ist es im höchsten Grade blamabel, daß selbst die Norddeutsche mit der Ansicht nicht zurückhalten kann, die Hausbesitzer hätten eine zu große Rolle auf dem Kongress gespielt.

Zeit besser schneidet, wenn man den Maßstab der „Norddeutschen“ gelten läßt, die Gesellschaft für Sozialreform mit ihrer Generalversammlung ab. Sie erscheint der „Norddeutschen“ schon fast der Förderung sozialdemokratischer Bestrebungen verdächtig.

Die selbständigen Gewerbetreibenden seien eine politisch besonders wichtige Gruppe, die auf monarchischem Boden stehe und mit deren

Verklammerung dem Staate ein reicher Fonds von Patriotismus verloren ginge. Das heißt man im Wilowjargon Sozialpolitik aus Parteisichtigkeiten treiben und die Interessen der Arbeiter ebenso wie die vielleicht vorhandene bessere Einsicht dem höheren Partei-Interesse des sogenannten monarchischen Prinzips opfern.

Auch die Verhandlungen über Arbeitskammern oder Arbeiterkammern werden besprochen. Dabei wird Herr v. Schulz als ein Mann der Praxis gefeiert, dessen Gründen gegenüber dem Doktor Dr. Pernis eine überlegene Bedeutung zukomme.

Die Kennzeichnung des Herrn v. Schulz als eines Mannes, dessen Gründen überlegene Bedeutung beikomme, interessiert uns in einigen anderen Beziehungen, die die „Norddeutsche“ allerdings zu erwähnen vergißt. Herr v. Schulz ist nämlich in der erwähnten Verhandlung auch nachdrücklich eingetreten für die Zulassung der Führer und Beamten der Gewerkschaften als Mitglieder der Arbeitskammern und für Schaffung eines wirklichen Koalitionsrechtes.

Wir dürfen demnach erwarten, daß die „Norddeutsche“ die überlegene Bedeutung der Gründe, die Herr v. Schulz hierfür hat, anerkennt und gleichfalls für ein wirkliches Koalitionsrecht und für Anerkennung der Gewerkschaftsführer als berufene Vertreter der Arbeiter eintritt.

Ueber die Anwendung des § 616 B. G. B. im Bereiche der Justizverwaltung hat der Justizminister bestimmt:

I. Personen welche im Bereiche der Justizverwaltung auf Grund eines Dienstvertrages beschäftigt werden, erhalten bei einer unter den § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches fallenden Verhinderung an der Dienstleistung die vertragsmäßige Vergütung nach folgenden näheren Bestimmungen:

1. Arbeiter, die mindestens ein Jahr ununterbrochen im Dienste der Justizverwaltung beschäftigt sind, erhalten bei militärischen Übungen von nicht mehr als vierzehn Tagen zwei Drittel des Lohnes, wenn sie verheiratet oder überwiegend Ernährer von Familienangehörigen sind. Bei länger dauernden Übungen wird der bezeichnete Teilbetrag des Lohnes nur für die ersten vierzehn Tage gezahlt.

2. Allen Arbeitern wird bei Arbeitsverhinderung infolge von Teilnahme an Kontrollversammlungen, Ausschreibungen und Musterungen sowie infolge von Erfüllung staatsbürgerlicher Pflichten (Schöffen-, Geschworenenendienst, Wahrnehmung von Terminen als Zeuge, Sachverständiger, Vormund usw., Feuerlöschdienst auf Grund öffentlich-rechtlicher Verpflichtung, Teilnahme an Reichstags-, Landtags- und Kommunalwahlen, an den Sitzungen der Gemeindeversammlung, oder als gewählter Vertreter an den Sitzungen der Gemeindevertretung oder der städtischen Körperschaften) der Lohn für die Dauer der notwendigen Abwesenheit weitergewährt; die etwa für den Zeitverlust anderweit gewährten Entschädigungen (vgl. Allgemeine Verfügung vom 28. Juni 1903, Just.-Minist.-Bl. S. 143) sind anzurechnen.

II. Im übrigen findet ein Anspruch auf Vergütung aus § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches bei Unterbrechung der Arbeit nicht statt; insbesondere bleibt die Anwendung dieser Vorschrift auf Erkrankungsfälle ausgeschlossen; es bewendet dieserhalb bei den Anordnungen über die Krankenfürsorge für die in der Justizverwaltung beschäftigten Personen (vgl. Allgemeine Verfügungen vom 26. April 1901 und 28. Dezember 1903, Just.-Minist.-Bl. von 1901 S. 95 und von 1903 S. 309).

III. Bei anderen, unter den § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches fallenden Verhinderungen an der Dienstleistung, namentlich bei Arbeitsverhinderung wegen dringender persönlicher Angelegenheiten, bleibt es, ohne daß dem Arbeiter ein fester Anspruch auf Lohn zusteht, dem Ermessen des Vorstandes der Behörde, bei welcher der Arbeiter beschäftigt wird, überlassen, den Lohn für die Dauer der Verhinderung zu gewähren. Als Verhinderungsfälle dieser Art kommen besonders in Betracht: Wahrnehmung gerichtlicher Termine in eigenen Angelegenheiten, Anzeigen beim Standesamt, Eheschließung des Arbeiters, Geburten und Tausen in der eigenen Familie, Todesfälle oder schwere Erkrankungen der nächsten Angehörigen.

IV. Die Dienstverträge sind künftig unter Berücksichtigung der Bestimmungen unter I und II abzuschließen, bestehende Verträge aber, erforderlichenfalls nach vorchriftsmäßiger Auffündigung, entsprechend zu ändern.

V. Die vorstehenden Bestimmungen erstrecken sich nicht auf Personen, die nur zu vorübergehenden Zwecken (als sogenannte Gelegenheitsarbeiter gegen Stundenlohn usw.) angenommen sind.

VI. Diese Verfügung tritt am 1. November 1904 in Kraft.

Die „ausländische“ Wurst und das Fleischbeschaugesetz.

In Hessen besteht keine Fleischschau. Das Fleisch von Würsten, die Herr Hutwohl aus dem hessischen Orte Bingen nach dem preussischen Orte Vingerbrück einfuhrte, war deshalb nicht auf Trichinen untersucht worden. Es wurde infolgedessen wegen Uebertretung des preussischen Gesetzes vom 18. Juni 1902, betreffend die Ausführung des Schlachtvieh- und Fleischbeschaugesetzes, in Verbindung mit dem Reichsgesetz vom 3. Juni 1900, angeklagt. Und zwar sollte er den § 2 des preussischen Gesetzes übertreten haben, welcher bestimmt: „Koches und zubereitetes Fleisch von Schweinen, das aus einem anderen deutschen Bundesstaat eingeführt wird, ist amtlich auf Trichinen zu untersuchen, sofern es zum Genuß für Menschen verwendet werden soll und nicht bereits einer amtlichen Trichinenschau unterlegen hat.“

— Vom Landgericht als Berufungsinstanz wurde Angeklagter freigesprochen, weil Wurst nicht zubereitetes Fleisch im Sinne des Gesetzes, sondern vielmehr ein Erzeugnis aus Fleisch sei, was nicht unter das Gesetz falle. Auch habe das in Bingen zur Herstellung verwendete Fleisch nicht auf Trichinen untersucht werden können, weil es dort an einer Fleischschau fehle. — Auf die Revision der Staatsanwaltschaft hob jedoch das Kammergericht dies Urteil auf und verwies die Sache nochmals an die Vorinstanz zurück. Begründend wurde ausgeführt: Aus der Entstehungsgeschichte des § 2 des preussischen Gesetzes geht hervor, daß Wurst als zubereitetes Fleisch angesehen werden solle und somit untersucht werden müsse. Da dies natürlich nicht bei der fertigen Wurst gehe, so sei die Untersuchung des verwendeten Schweinefleisches erforderlich. Wenn nun in Hessen keine Fleischschau bestünde, so dürfe eben Wurst, die Schweinefleisch enthalte, nicht von Hessen nach Preußen eingeführt werden.

Marktpreise von Berlin am 21. Oktober. Nach Ermittlungen des Igl. Volksgeld-Präsidenten. Für 1 Doppel-Zentner: Weizen**) gute Sorte 17,60—17,80 M., mittel 17,58—17,57 M., geringe 17,56—17,55 M. Roggen**) gute Sorte 13,85—14,00 M., mittel 13,80—13,80 M., geringe 13,80—13,80 M. Futtergerste**) gute Sorte 15,50—14,40 M., mittel 14,30 bis 13,80 M., geringe 13,20—12,20 M. Hafer**) gute Sorte 16,40—15,60 M., mittel 15,50—14,70 M., geringe 14,60—13,90 M. Erbsen, gelbe, zum Kochen 10,00—30,00 M. Speisebohnen, weiße 50,00—30,00 M. Bohnen 60,00—30,00 M. Kartoffeln 9,00—7,30 M. Kichstroh 5,00—4,32 M. Heu 9,00—7,20 M. für ein Hologramm Butter 2,50—2,00 M. Eier per Schock 4,50—3,20 M. *) Reel Wagen und ab Bahn. **) Ab Bahn.

Advertisement for Baer Sohn clothing. Header: Beste Waren. Billigste Preise. Vornehme Mass-Anfertigung! Feste Preise. Bar-Verkauf. Three columns of clothing: Winter-Paletots für Herren (8.50 M), Winter-Anzüge für Herren (9 M), Winter-Joppen für Herren (4.50 M). Bottom: Knaben-Mäntel (3 M) and Knaben-Anzüge (2 M). Large logo: BAER SOHN. Address: Chausseestrasse 24a-25, 11 Brückenstrasse 11, Gr. Frankfurterstr. 20. Note: Die 24te Winter-Preisliste wird kostenlos versandt.

Achtung! **Achtung!**
IV. Kreis (Ost)

Dienstag, den 25. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in Anton Hoekers Festsälen, Weberstr. 17:
Kommunalwähler-Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Die bevorstehende Stadtverordnetenwahl. Referent: Stadtverordneter Heine-
 mann. 2. Diskussion. 3. Aufstellung eines Kandidaten für den 22. Kommunal-Wahlbezirk.
 4. Wahl eines Komitees.
 244/16 Die Vertrauensleute.

Achtung! Schöneberg. Achtung!

Dienstag, den 25. Oktober 1904, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal Dbst,
 Weininger-Straße 8:

Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung:
 1. Vortrag des Gewerkschaftssekretärs G. Link über das „Kranken-Versicherungsgesetz“. 2. Diskussion.
 3. Normierung der Kandidaten zur Generalversammlung der Diätarbeitslosen. 4. Verschiedenes.
 296/13
Die Gewerkschaftskommission zu Schöneberg.
 V. v. Carl Henkel.

NB. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht aller Arbeiter Schönebergs zu erscheinen.

Rummelsburg.

Generalversammlung des Sozialdemokr. Wahlvereins

Mittwoch, den 26. Oktober cr., abends 8 1/2 Uhr,
 im Lokale des Herrn Gorgas, Neue Prinz Albrechtstraße 74.

Tages-Ordnung:
 Bericht des Vorstandes und Vertrauensmannes. Anträge: a) betreffend Zusammen-
 führung des Vorstandes; b) Wiederaufnahme durch Streichung ausgeschiedener Mitglieder;
 c) Zugehörigkeit zur Gewerkschafts-Organisation. Diskussion. Wahl des Vorstandes und
 Vertrauensmannes. Stellungnahme zur Kreisversammlung. Wahl der Delegierten zu derselben.
 Mitgliedsbuch legitimiert. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht. Der Vorstand.

Stukkateure!

Laut **Generalversammlungs-Beschluss** vom 17. Oktober dieses
 Jahres gilt für unsere Kollegen auf den Bauten folgende Arbeitszeit-
 Einteilung:

	Anfang	Frühstück	Mittag	Festabend	Tägl. Arbeitszeit
Vom 16. Februar bis 15. Oktober	7 Uhr	8 1/2-9 Uhr	12-1 Uhr	5 Uhr	8 1/2 Stunden
" 16. Oktober " 15. November	7 1/2 "	9-9 1/2 "	12-12 1/2 "	4 1/2 "	8 "
" 16. November " 15. Januar	8 "	9-9 1/2 "	12-12 1/2 "	4 "	7 "
" 16. Januar " 15. Februar	7 1/2 "	9-9 1/2 "	12-12 1/2 "	4 1/2 "	8 "

Die Kollegen werden ersucht, diesen Beschluss genau durchzuführen. Es ist jede etwaige
 Lichtarbeit über die gegebene Zeit abzulehnen. Nur so können wir dem eintretenden Arbeits-
 mangel steuern, indem wir diese verkürzte Arbeitszeit streng einhalten.
 Die anderen Bauernrufe werden gebeten, der Durchführung obigen Beschlusses den ge-
 hörigen Nachdruck zu verleihen.

Die Ortsverwaltung der Filiale Berlin des Zentralverbandes der Stukkateure Deutschlands.
 N. 37, Strahburgerstr. 17, Tel. Amt III. 1447.

Konsumgenossenschaft Berlin
 und Umgegend.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.
 N. 39., Willdenow-Strasse 30. Fernspr.: Amt II, 2543.

Die Genossenschaft bietet den Mitgliedern gute Ware zu möglichst billigen Preisen.
 Bei einer Mitgliederzahl von 5500 dürfte sich voraussichtlich der

Umsatz auf Eine Million Mark steigern.

- Unsere Verkaufsstellen befinden sich:
- 1. Swinemünderstraße 44.
 - 2. Chorinerstraße 46.
 - 3. Buttmanstraße 19.
 - 4. Willdenowstraße 30.
 - 5. Gartenstraße 3.
 - 6. Wicelstraße 31.
 - 7. Ebelingstraße 14.
 - 8. Arndtstraße 5.
 - 9. Graefstraße 40.
 - 10. Hagelsbergerstraße 20.
 - 11. Berlinerstraße 76.
 - 12. Apostel Paulusstraße 27.
 - 13. Gothenstraße 1.
 - 14. Friedrichstraße 12.
 - 15. Langhausstraße 60.
 - 16. Winsstraße 64.

In allen Verkaufsstellen werden Mitglieder aufgenommen. Eintrittsgeld 50 Pf.
Konsumenten! Organisiert Euch!

Begr. 1864
Pelzwaren-Fabrik
 Neue Königstraße 21, II,
 verkauft nach beendeter Engros-
 Saison Reismuster, Kolliers, Stolas, Muffen etc. zu
 billigsten Engros-Preisen.
 Es gelangt nur wirklich reelle
 Kürschnerware zum Verkauf.
 Reparaturen jeder Art werden
 billigst und sauber aus-
 geführt.

Das Älteste
Rester-Geschäft
 des S.-O. von
Wilh. Mühlbach
 empfiehlt Rester von Plüsch, Krimmer, Gollinow zu Damen-
 und Kinder-Jackets
 zu den billigsten Preisen.
 Größte Auswahl in fertiger
 Konfektion.
10 Oppelnerstr. 10

Freireligiöse Gemeinde.
 Montag, den 24. Oktober, abends 8 Uhr:
Oeffentliche Versammlung
 im großen Saale des Böhmischen Brauhauses, Landsberger Allee 11/13.
Vortrag von Herrn **Dr. Bruno Wille:**
 Widersprechen die Bestrebungen der Freireligiösen Gemeinde den Zielen der
 Volksschule und dem allgemeinen Staatsinteresse?
 Nach dem Vortrage freier Meinungsäusserung.
 Zahlreicher Besuch von Damen und Herren sehr erwünscht.
 Jeden Sonntag um 9 und 11 Uhr vorm. im Bürgeraal des
 Rathauses, Königstraße, Vorträge, wozu Gäste sehr willkommen sind.

Ich habe
 einen
 Vorrat
Damen-Saccos
 sehr billig zu verkaufen. Gleichzeitig empfehle ich mich den ver-
 ehrten Damen zur Anfertigung von **Damenmänteln, Jackets, Capes, Kostümen** und **Kindersachen** zu soliden Preisen.
 Swinemünderstr. 68, L. **Hermann Schubert.**
H. Preuss, Swinemünderstr. 66, I. Etage,
 Cigarren und Tabak-Fabrik und Engros-Lager (Tel. III 6949)
 bekannte billige Bezugsquelle f. Gändler, Ren-Gablieferungen etc.
 Specialität: **Pre-Ussina-Cigarren**
 ausschließlich gesch. Spezialmarken f. Remer, in allen Preislagen überall käuflich.

Verband der an Holzbearbeitungsmaschinen
 beschäftigt. Arbeiter Berlins u. Umgegend.
 Montag, den 24. Oktober 1904, abends 8 1/2 Uhr
Zußerordentliche General-Versammlung
 im Lokale „Adligshaus“, St. Frankfurterstr. 117.
 Tages-Ordnung:
 1. Ausschluss eines Mitgliedes (Recht). 2. Fortsetzung der Statutenberatung.
 Pünktliches Erscheinen aller Mitglieder erforderlich.
 Mitgliedsbuch legitimiert.
 26/11 Der Vorstand.

Handlungsgehülfen!

Mittwoch, den 26. cr., abends 9 Uhr,
 in Suggenhausens Etablissement, Moricplatz:

Oeffentliche Versammlung.

Die wahren u. die falschen Freunde.
 Referent: Schriftsteller **Georg Bernhard.**
 Nach dem Vortrage: Diskussion.

Handlungsgehülfen! Handlungsgehülfinnen!
 Erscheint zahlreich in dieser Versammlung!

Willy Friedländer,
 Mitglied des Zentralverbandes der Handlungsgehülfen u. -Geheulinnen
 Deutschlands. Bezirk Berlin.

Zentralverband der Schmiede.

Zahlstelle Berlin.
 Bureau und Arbeitsnachweis: Stralauerstr. 48. Amt I 7770.

Mittwoch, den 26. Oktober 1904, abends 8 1/2 Uhr, bei Drüsel,
 Neue Friedrichstr. 35:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Abrechnung: a) vom 3. Quartal 1904, b) von der Dampfpartei.
 2. Vortrag über: „Arbeiterkämpfe einst und jetzt“. Referent:
 Genosse **Brückner.**
 3. Anträge der Ortsverwaltung.
 4. Verschiedenes.
 Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet. Die Ortsverwaltung.
 176/12

Tapezierer.

Mittwoch, 26. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Wendt, Beuthstr. 20:
Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Bericht des Vorstandes. 2. Kassendbericht. 3. Diskussion. 4. Ver-
 bandsangelegenheit. — Pflicht eines jeden Kollegen ist es, zu erscheinen.
 178/3 Die Ortsverwaltung.

Großer öffentlicher Vortrag
 für Damen und Herren.

Montag, den 24. Oktober 1904, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale
 der „Arminhallen“, Kommandantenstraße 20.
 Thema: **Die Aufgaben der Krankenkassen in sozialer
 und hygienischer Beleuchtung.**

Referent: Herr **Georg Wagner,** Schriftsteller.
 Nach dem Vortrage: Diskussion.
 Zahlreicher Besuch im Interesse der Aufklärung erbeten.
 Verein für Gesundheitspflege des Volkes, Berlin-Moabit.
 296/7

Marko
Salamander
 Damen-Stiefel Herren-Stiefel

 Das Beste in Auswahl, Form und Arbeit
 Einheitspreis 12.50 M.
Rudolf Moos
 Berlin C., König-Strasse 47
 Stammhaus: Friedrichstraße 221.
 Verlangen Sie Preisliste.

Kronleuchter-Fabrik
 für Gas u. Petroleum.
 Größte Auswahl.
400 Kronen
 von 10-700 M.
 Verk. zu billigst. Fabrik-
 preisen an Private.
 Auf Wunsch Teilzahlung
 ohne Preisserhöhung.
Siegel & Co.
 Prinzenstrasse 33.

Dankfagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher
 Teilnahme und die Kranzsenden für
 unseren verstorbenen Vater, den
 Maurer **Karl Karbe,** legen wir
 hiermit allen unseren herzlichsten Dank.
Witwe Karbe nebst Kindern,
 Berlin NW., Birkenstr. 47.
Dr. Simmel, Prinzen-
 Str. 41,
 Spezialarzt für **Haut- und Halsleiden.**
 10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse
 d. Tischler u. and. gew. Arbeiter
 (U. S. 3 Hamburg.)
 Verwaltung Berlin O.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unser Mitglied
Karl König
 infolge Operation am 19. Oktober
 gestorben ist.
 Die Beerdigung findet heute
 Sonntag, nachmittags 4 Uhr, von
 der Leichenhalle des Hellands-
 Friedhofes in Plöckensee aus statt.
 Um rege Beteiligung der Mit-
 glieder ersucht.
 Die Ortsverwaltung.

Am 21. d. Mt. verstarb nach
 langem Leiden unser allerbester
 Rentant Herr
Karl Stentz.
 Wir verlieren in ihm einen
 wohlwollenden, nachsicht überden
 Vorgesetzten und wird uns sein
 Andenken stets in Ehren bleiben.
 Die Beamtin der
 Orts-Krankenkasse der Schlosser
 und verwandten Gewerbe.

Orts-Krankenkasse d. Schlosser
 u. verwand. Gewerbe zu Berlin.
 Am Freitag, den 21. d. Mt.,
 verstarb im 79. Lebensjahre unser
 Rentant Herr
Karl Stentz.
 52 Jahre hat derselbe in selbst-
 lofer Hingabe und mit unermüd-
 lichen Fleiß seines Amtes ge-
 waltet. Aus den engbegrenzten
 Verhältnissen einer kleinen Ge-
 sellen-Krankenkasse ist unter seiner
 Anführung eine umfangreiche,
 leistungsfähige Orts-Krankenkasse
 erwachsen.
 Durch seine Hilfsbereitschaft und
 fremdbüchigen Fleiß hat er sich
 nicht nur die Liebe des Vorstandes,
 sondern der ganzen Mitglieder er-
 wonnen.
 Wir werden seiner stets in Ehren
 gedenken.
 234/26 Der Vorstand.

Die Beerdigung findet am
 Montag, den 24. d. Mt., nach-
 mittags 4 Uhr, von der Leichen-
 halle des alten Sophien-Kirchhofes
 in der Bergstraße aus statt.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
 Den Kollegen zur Nachricht, daß
 unser Mitglied, der Metallarbeiter
Alfred Kutsche
 am 20. Oktober gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Sonntag, den 23. Oktober cr.,
 nachmittags 4 1/2 Uhr, von der
 Leichenhalle des St. Sebastian-
 Kirchhofes in Reinickendorf aus statt.
 Rege Beteiligung wird erwartet.
 123/7 Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Handels-,
Transport- u. Verkehrsarbeiter
 Deutschlands.
 Verwaltungsstelle Berlin I.
 Hiermit hiene den Mitgliedern
 zur Nachricht, daß unser Kollege
Robert Schulz
 am 19. d. Mt. verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute,
 Sonntag, den 24. d. Mt., nach-
 mittags 3 Uhr, von der Leichen-
 halle des St. Gollgatha-Friedhofes
 aus statt.
 Rege Beteiligung wird erwartet.
 Die Ortsverwaltung Berlin I.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse
 der deutschen Wagenbauer.
 (U. S. 511 Göttha.)
 Bezirk Berlin 16.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unser Mitglied
Otto Steinbok
 am 20. d. Mt. gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute,
 23. d. Mt., nachmittags 3 1/2 Uhr,
 von der Halle des Emmaus-
 Kirchhofes aus statt.
 Um rege Beteiligung bitten
 Der Vorstand.
 253/7

Den Kollegen hiermit die
 traurige Nachricht, daß unser lang-
 jähriger Mitarbeiter, der Hilfs-
 arbeiter
Alfred Günther
 am 18. Oktober cr. gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Sonntag, den 23. Oktober cr.,
 nachmittags 3 1/2 Uhr, von der
 Leichenhalle des Schöneberger
 Friedhofes, Moritzstr., aus statt.
 Das Personal der Buchdruckerei
 H. S. Hermann.

